Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 1-2/2013, 50. Jahrgang • www.express-afp.info • www.labournet.de/express • ☎ (069) 67 99 84 • ISSN 0343-5121 • Preis: 3,50 Euro

»Wir wollen auch raus!«

Paukenschlag – Streik der Sicherheitsbeschäftigten am Flughafen

Im Sicherheitsgewerbe, hier speziell im Aviation-Bereich, gibt es aktuell drei Tarifrunden. Zum einen die Manteltarifrunde, in der erstmals auf Bundesebene die Rahmenbedingungen für die grundlegenden Arbeitsbedingungen der ca. 8 000 Aviation-Beschäftigten verhandelt werden Zentral ist hier die Forderung nach geregelten Dienst- und Schichtplänen. Parallel dazu sind zum anderen noch zwei Länderlohntarife offen: Im Rahmen der allgemeinen Bewachungsrunde in NRW fordert ver.di-NRW für den Aviation-Bereich Lohnerhöhungen von 12,36 Euro auf 16,00 Euro. Und in Hamburg wollen die Aviation-Beschäftigten ihren Lohn von 11,80 Euro auf 14,50 Euro heraufgesetzt sehen. Ende Januar haben wir Peter Bremme, Leiter des Landesfachbereichs Besondere Dienstleistungen von ver.di Hamburg, zu Vorgeschichte und zum aktuellen Stand der Dinge befragt.

express: Ihr habt es am 18. Januar geschafft, mit einem Streik der Sicherheitsbeschäftigten den Hamburger Flughafen lahmzulegen. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will… Die Sicherheitskräfte hat man bislang nicht als sehr kampfstarke Berufsgruppe wahrgenommen. Wie war die Stimmung bei den KollegInnen?

Wir hatten schon zweimal für den MTV gewarnstreikt – jeweils zwei Stunden mit der Frühschicht. Allein hier war das Streikergebnis enorm. Viele Flüge fielen aus, 10 000 meist businessgedresste Passagiere mussten sich in Schlangen einreihen und darauf warten, dass sie in den zwei Spuren, die von den insgesamt 23 Spuren noch zur Verfügung standen, sicherheitsgecheckt wurden. Hier war die Stimmung bei den KollegInnen vom Sicherheitsdienst schon bombastisch.

Doch erst der Ganztagesstreik brachte alle drei Schichten auf die Straße, und es passierte das, was immer bei Streiks passiert: Der angesammelte Stress verwandelte sich in eine enorme Menge von Endorphinen, KollegInnen fielen sich um den Hals, Erinnerungsbilder von wild zusammengewürfelten Menschenknäulen wurden auf Facebook gepostet, einige reckten auch – heimlich – ihre Faust, als sie sich vor den wartenden Passagieren von ihren KollegInnen ablichten ließen. Und natürlich waren sie als »Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft« mehr als Helden für einen Tag.

Gab es überhaupt schon mal einen solchen Streik in der Bundesrepublik? Wie (lange) habt Ihr den Streik vorbereitet und was hat die KollegInnen überzeugt, mitzumachen? Wie hoch ist Euer Organisationsgrad und wie hoch war die Streikbeteiligung?

Nein – dieser Streik hat keine mir bekannten Vorläufer. Von diesem Streik gehen drei wesentliche Botschaften aus:

- Wir spielen mit diesem Streik jetzt auch in der Streikoberliga mit, zusammen mit der GDL, UFO und dem Marburger Bund. Und das ist auch die wichtige Botschaft nach Innen: Mit einer klar an den Interessen der Beschäftigten ausgerichteten Politik muss ver.di keine Angst haben, relevante Berufsgruppen an Kleinstgewerkschaften zu verlieren.
- Arbeitskämpfe in prekären Beschäftigungslagen sind möglich und sehr wahrscheinlich auch erfolgreich. Die Sicherheitskräfte an Flughäfen haben in der ÖTV lange ein Schattendasein neben der großen Lufthansa und den Beschäftigten in den Flughafengesellschaften geführt. Erst mit dem Fachbereich 13, der sich in ver.di insbesondere der ›Randgruppen› annehmen soll und diese gezielt betreut, ist eine Entwicklung eingetreten, die dieses neue Selbstbewusstsein ermöglicht hat.
- In diesen harten Zeiten für die Gewerkschaftsbewegung sind Tarifforderungen von über 30 Prozent vielen zu unrealistisch und weltfremd. Andererseits zeigt diese Forderungshöhe – und darauf kommt es hier an –, dass wir mit der Organisierung der oft für unorganisierbar gehaltenen SicherheitsmitarbeiterInnen Hoffnungen wecken, wie sich Beschäftigte aus der unteren Stufe des Prekariats in ein Leben katapultieren könnten, das mehr als ein Überleben sichert. Mich würde freuen, wenn ver.di diesen Funken in andere Auseinandersetzungen tragen und das »Unrealistische« zum eigenen politischen Auftrag machen würde. Schließlich hat der alte Klunker mit nur drei Tagen Streik eine elfprozentige Erhöhung erzwungen. Die Streiks in NRW und Hamburg werden zu Ergebnissen in ähnlichen Größenordnungen führen.

Die Vorbereitung lief nach den erfolgreichen Stundenstreiks problemlos. Die anderen Schichten drängelten quasi die Tarifkommission, aufs Tempo zu drücken. »Wir wollen auch mal raus...« – das war die klare Botschaft. Die KollegInnen waren auch gut vorbereitet. »Deine Rechte im Streik«-Broschüren wurden als klares Signal überall im Flughafen platziert. Die Streikerfahrungen wurden in den Pausen weitergegeben. Klar war auch, dass nur eine sehr kleine Gruppe eingeweiht war über den Zeitpunkt des Streiks. Den Ablauf selbst hatten wir allerdings breit diskutiert.

Neben dem enormen Ansporn der Tarifforderung – schließlich fordern wir 22,8 Prozent – war für die Streikmotivation vor allen Dingen ausschlaggebend, es ›denen da oben‹ mal so richtig zu zeigen. ›Die da oben‹, das waren neben den Vorgesetzten die Bundespo-

Fortsetzung auf Seite 2 unten

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Wir wollen auch raus!«, ein Gespräch mit Peter Bremme zum Streik der Sicherheitsbeschäftigten am Flughafen S. 1
Peter Hoffmann: »Fabrik Krankenhaus – über ein System verkehrter ökonomischer Anreize« S. 2
Gewerkschaftslinke: »Deutsches Tarifdumping beenden. Argumentations-(nach)hilfen für die Tarifrunde 2013« S. 4

BETRIEBSSPIEGEL

»Warum sollte es nicht gehen? Mit Oberst a.D. und Reservistenhilfe eine ›schöne Zeit bei Amazon‹« S. 4
Ralf Kronig: »Betriebsklimakatastrophe«, zur »Haltbarkeit« der SAP-Beschäftigten S. 6
»Wirtschaften ohne Chef?«, Einblicke in eine »selbstverwaltete« Taxi-Genossenschaft S. 8
Anton Kobel über Dieter Braeg: »Wilder Streik – das ist Revolution. Zum Streik der ArbeiterInnen 1973 bei Pierburg« S. 12

INTERNATIONALES

Fritz Hofmann: »Planvolle Zerstörung in Südeuropa. Was es im ›Sixpack‹ alles nicht mehr gibt« S. 6
StS/KH: »Mehr Löcher im Binnenmarktkäse. EU perforiert Entsenderichtlinie, EGB demonstriert – mit zu wenigen« S. 8
»Toteninsel«, Offener Brief von Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa S. 10
Peter Haumer: »Beugemaßnahmen. Selbstverwaltete Fabrik Jugoremedija in Serbien soll in den Bankrott getrieben werden« S. 12
»Ohne Euch reicht's für uns!«, griechische Arbeiter übernehmen Baustofffabrik S. 14
Willi Hajek: »Trotz alledem: nicht locker lassen«, über Kathedralen, Baumhütten und Nester des Widerstands S. 15
Jenny Brown: »Höllenpläne – genug von Just in Time und unfreiwilliger Teilzeit«, Einzelhandelsbeschäftigte in den USA ergreifen Initiative S. 17

REZENSIONEN

Peter Nowak: »Formen und Förmchen«, Sammelband von Azzellini/Ness lotet Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen der Arbeiterselbstverwaltung aus S. 11
Edgar Weick: »Lieber Umwege als Sackgassen«, über die Lebenserinnerungen von Andreas Buro S. 19

Bildnachweise

Sämtliche Bilder dieser Ausgabe sind der Grafic Novel »Reisen zu den Roma«, denen wir diese Ausgabe widmen, entnommen. Der Band hält den Erfahrungs- und Erkenntnisprozess fest, den der mehrfach preisgekrönte Fotograf Alain Keler im Laufe seiner zahlreichen Begegnungen mit den Roma durchläuft – hier erneut in stilbildender Kooperation mit seinem Zeichnerkollegen Emmanuel Guibert und dem Gestalter Frédéric Lemercier. Ergänzt wird der aufwändig gestaltete Band durch einen Anhang mit ausführlichem Hintergrundmaterial zu den einzelnen Stationen der Reise und weiterführenden Literaturhinweisen.

Wir danken dem Verlag »Edition Moderne« sehr herzlich für die freundliche Überlassung der Bilder sowie seine mutigen und schönen Bücher. Kauft, lest und reist selbst: »Reisen zu den Roma«, Edition Moderne, Zürich 2010, ISBN 978-3-03731-090-8

Fabrik Krankenhaus

Peter Hoffmann* über ein System verkehrter ökonomischer Anreize

Krankenhäuser stehen heutzutage in Deutschland in Konkurrenz zueinander – egal ob in privater, öffentlicher oder frei-gemeinnütziger Trägerschaft. Durchgesetzt wird diese Konkurrenz über die Form der Finanzierung von Krankenhausleistungen: nämlich durch Fallpauschalen bzw. Diagnosis Related Groups (DRG). Wer mehr und schwerere Fälle »produziert«, bekommt mehr Geld und reüssiert so möglicherweise auf »dem Markt«. Ohne grundlegende Korrektur wird uns das DRG-System in eine Zukunft führen, in der als Fabriken organisierte Krankenhäuser die ihnen anvertrauten PatientInnen als Werkstücke dazu missbrauchen, betriebswirtschaftliche Ziele zu erreichen – bei gleichzeitig immer unerträglicher werdenden Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Der Beitrag, den Peter Hoffmann im Namen des AK Krankenhausbeschäftigte des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) geschrieben hat, versucht zu zeigen, dass es hier nichts bringt, an Stellschrauben zu drehen, aber das System so zu lassen. Sondern er kommt zu dem Schluss, dass die Finanzierung der Krankenhäuser grundlegend verändert werden muss.

Der Preisdruck auf die Krankenhäuser

Früher basierte die Finanzierung der Krankenhäuser auf bedarfsdeckenden, tagesgleichen Pflegesätzen, die mit den Krankenkassen für das einzelne Krankenhaus wie auf dem Basar verhandelt wurden. Das bot zwar den Anreiz, PatientInnen möglichst lange im Krankenhaus zu halten, garantierte aber gleichzeitig, dass auch das bezahlt wurde, was an Bedarf an Krankenhausleistungen verhandelt worden war. Diese Logik ist 2004 komplett auf den Kopf gestellt worden. Seither erhalten die Krankenhäuser Geld durch Fallpauschalen für abgeschlossene Patientenbehandlungen. Der jeweilige Behandlungsfall wird auf Basis einer detaillierten Dokumentation medizinischer Maßnahmen und Diagnosen anhand seines finanziellen Behandlungsaufwandes einer bestimmten *Diagnosis Related Group* zugeordnet. Die jeweilige DRG wird durch ihr sog. Relativgewicht gegenüber dem Durchschnitt aller Behandlungsaufwände (Relativgewicht: 1,00) definiert. Das Relativgewicht wird dann mit politisch entschiedenen Landesbasisfallwerten multipliziert und ergibt die Fallpauschale in Euro. Die deutschen *Diagnosis Related Groups* sind also kein Festpreissystem mit verlässlich kalkulierbaren Entgelten für die Krankenhäuser. Die finanzielle Entwicklung des stationären Bereiches wurde bewusst nicht an die
Entwicklung des medizinischen Versorgungsbedarfs geknüpft, der sich über die Zeit durch einen Wandel bei den Erkrankungen, die Altersentwicklung und neue Therapien verändert. Der zulässige Kostenanstieg im Gesundheitswesen sollte stattdessen über Preismanipulationen auf die Steigerungsrate der Erwerbseinkommen begrenzt werden. Diese fallen aber seit Jahrzehnten gegenüber den Unternehmer- und Vermögenseinkommen ab. Die knapper werdende finanzielle Ressource »Grundlohnsumme« wurde als die bestimmende Größe festgelegt. Deshalb und wegen weiterer politisch verfügter Kürzungen wurde den Kliniken von 2006 bis 2011 laut Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG) nur eine Preissteigerung um 5,5 Prozent zugestanden.

Die Kliniken konzentrierten sich in der Einführungsphase des DRG-Systems betriebswirtschaftlich folgerichtig auf Kostensenkungen, insbesondere durch Personalkürzungen in Pflege und Service. Dennoch stiegen infolge von Lohnerhöhungen, wegen des allgemeinen Preisanstiegs und steigender Energiekosten nach Angaben der DKG die Kosten im Zeitraum 2005 bis 2011 um 27,9 Prozent. Das Preisniveau für Krankenhausleistungen blieb also weit hinter den allgemeinen gesellschaftlichen Kostensteigerungen zurück.

Rationalisierung und sinkende Preise

Zwei weitere wichtige Gründe für den Druck auf die Preise liegen in der DRG-Systematik selbst begründet: Der durchschnittliche finanzielle Aufwand für die einzelnen medizinischen Prozeduren und Diagnosen wird kontinuierlich erfasst und berechnet, so dass auf erfolgreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Kostensenkungen stets im nächsten Schritt Senkungen bei den Preisen einzelner DRGs erfolgen, was heißt, dass das Krankenhaus für diesen Fall dann eben weniger Geld bekommt.

Vereinbaren Gesetzliche Krankenkassen (GKV) und Krankenhausgesellschaften in einem Bundesland für das nächste Jahr mehr Leistungen bei gleichbleibendem Gesamtbudget und berücksichtigt man dann noch verschiedene Abschläge für Mehrleistungen auf Krankenhausebene, so wird der Erlös für die einzelne Leistung also z.T. mehrfach abgesenkt – wie bei einem Kuchen, der in immer kleinere Stücke geteilt wird.

Der Ausweg: »marktgerechte Überversorgung«...

Dass es im DRG-System mit den Preisen für Krankenhausleistungen wie auf einer Kellertreppe hinab ging, war aus unterschiedlichen Motiven politisch gewollt: Die GKV hoffte, die gleiche Anzahl von Leistungen für weniger Geld zu erhalten, also Entlastung bei ihren meist knappen Finanzmitteln, die ja auch auf der unzureichenden Grundlohnsumme basieren. Die politischen Entscheidungsträger wussten, dass – angesichts einer im internationalen Vergleich sehr hohen Versorgungsdichte mit Krankenhausbetten – Bettenabbau und Krankenhausschließungen in Deutschland auf der politischen Agenda standen. Stattdessen sollte die DRG-Systematik auf scheinbar objektive Weise den Markt bereinigen und die Schließung von Betten und unrentablen Krankenhäusern indirekt erzwingen. So produziert man Sachzwänge! Dass im Konkurrenzkampf ausgerechnet die Krankenhäuser betriebswirtschaftlich erfolgreich sind, die den PatientInnen die beste Qualität bieten, wird von neoliberalen Politikern und Ökonomen zwar inbrünstig beschworen, ist aber unbewiesen und muss angesichts bisheriger Erfahrungen eher angezweifelt werden.

Hinzu kommt, dass sich seit Anfang der 90er Jahre die Bundesländer Schritt für Schritt ihrer Verpflichtung aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (1972) entziehen, im Rahmen der sog. dualen Finanzierung für die Krankenhausinvestitionen aufzukommen – auch dies wegen des vermeintlichen Sachzwangs der »leeren öffentlichen Kassen«. Im Jahr 2009 betrugen die öffentlichen Fördermittel nur noch 2,8 Mrd. Euro. Während das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1991 bis 2009 um 56,9 Prozent stieg, wurden die Fördermittel für Krankenhäuser nominal um 22 Prozent, gemessen an der Kaufkraft um 45 Prozent gesenkt. Die Krankenhäuser mussten Gelder, die ihnen von den Krankenkassen eigentlich zur Finanzierung ihrer Betriebskosten, vor allem Personalkosten, überwiesen wurden, für Baumaßnahmen und medizinische Geräte verwenden. Mit diesem Geld könnte man, das hat die Gewerkschaft ver.di ausgerechnet, mehrere tausend Stellen in der Pflege finanzieren! Über lange Jahre hat sich vor allem bei Krankenhäusern mit vergleichsweise höheren Kosten (aus ganz unterschiedlichen Gründen) und in finanzschwachen Kommunen ein hoher Investitionsbedarf angestaut. Die politischen Entscheidungsträger sahen sich jedoch nicht veranlasst, eine politische Lösung dieser Problematik zu finden.

Hier setzt das erfolgreiche ökonomische Geschäftsmodell privater Klinikkonzerne an. Sie investieren in privatisierte Krankenhäuser zunächst erhebliche Kapitalmittel, um den Investitionsstau zu beseitigen. Nach einer »Restrukturierung« mit rigoroser Kostensenkung muss das Krankenhaus dann eine hohe Rendite erwirtschaften, um seine Kreditlast tragen und Gewinne abführen zu können. Der Anteil an Krankenhausbetten in privater Trägerschaft ist in Deutschland mittlerweile höher als in den USA. Wenn private Klinikkonzerne in ihren Häusern »Rationalisierungspotenziale heben« und den Investitionsstau überwinden, erscheint dies zunächst positiv. Man muss aber nach dem Preis fragen, den die PatientInnen und die Beschäftigten dafür bezahlen.

Nach der DRG-Einführung 2004 waren

Fortsetzung von Seite 1

lizei, die tagtäglich das Leben an der Spur in allen Einzelheiten kontrolliert, aber auch die Geschäftsleute, die mit abschätzigen Bemerkungen den »ungebildeten Lakaien der Bundespolizei« täglich auf den Geist geben. Ihnen kollektiv ein »Ihr könnt mich alle mal« entgegen zu schreien, ist wohl die größte Motivation zu streiken. Und das haben wir mit einem richtigen Paukenschlag geschafft. 250 SicherheitsassistentInnen konnten 10 000 Passagiere am Boden halten, Flugzeuge flogen fast leer los, der Flughafen fuhr einen mittleren sechsstelligen Minusbetrag ein. Die Lufthansa musste nach unbestätigten Angaben 1,3 Mio. Euro in den Wind schreiben. Alles zusammen ein Vielfaches dessen, was die Lohnerhöhungen gekostet hätten.

All das ermöglicht hat eine Streikbeteiligung von 95 Prozent. Mittlerweile haben sich 60 Prozent der Beschäftigten bei ver.di organisiert.

Wie haben die KollegInnen aus den anderen Berufsgruppen am Flughafen reagiert – besonders die, die als Streikbrecher eingesetzt werden sollten?

Wenn wir streiken, das wissen auch die Streikbrecher, dann wird ein Arbeitstag am Flughafen zum Alptraum. Orientierungslose, frustrierte Passagiere, cholerische Geschäftsleute und wütende Familien ruhig zu stellen, das macht bei einem zu erwartenden 10-Stunden-Tag niemandem Spaß. Daher haben sich 80 Prozent der zur Verfügung stehenden möglichen Streikbecher spontan krank gemeldet. Während, aber besonders auch nach dem Streik gab es – nicht nur hinter vorgehaltener Hand – ein dickes Lob für den Streik. Alle Berufsgruppen sympathisieren mit den Underdogs am Flughafen. »Denen habt ihr's mal richtig gezeigt«, war noch die harmloseste Variante von Anerkennung und Lob.

Von unseren Schwesterorganisationen der bei UNI GLOBAL zusammengeschlossenen Dienstleistungsgewerkschaften an anderen europäischen Flughäfen haben wir gehört, dass dort Streikbrecher engagiert werden sollen. Die organisierten Beschäftigen wurden aufgeklärt, dass ein zukünftiger Flug nach Hamburg, Düsseldorf oder Köln kein Sightseeing ist, sondern Streikbruch, und die KollegInnen sind auf alles vorbereitetet und wissen sich zu wehren.

Im Inland hat das Unternehmen Kötter versucht, Beschäftigte aus Erfurt unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu den Streikflughäfen zu locken. Doch auch hier funktionierte das gewerkschaftliche Frühwarnsystem und kein Beschäftigter ist dem Aufruf der Geschäftsleitung gefolgt.

Die Tarifverhandlungen im Sicherheitsgewerbe betreffen auch eine ganze Reihe anderer Branchen – beispielsweise waren auch Streiks bei den Betriebsfeuerwehren von Chemieunternehmen angekündigt. Kannst Du etwas darüber sagen, wie erfolgreich die Arbeitskämpfe anderswo laufen?

Ja, auch diese Streiks haben funktioniert. Für viele Beschäftige war es das erste Mal, dass sie gestreikt haben. Die Streiks in diesen Hochsicherheitsbetrieben sind allerdings reglementiert und haben daher nicht die Wirkung eines Flughafenstreiks.

Ist Eure Streikbotschaft beim Arbeitgeber angekommen? Noch scheinen sie kein adäquates Angebot gemacht zu haben. Riskieren sie erneute Streiks und damit Ausfallkosten, mit denen man gleich mehrere solcher Tariferhöhungen bezahlen könnte?

Die Botschaft ist zunächst bei allen Aviation-Lobbyorganisationen angekommen. Der Verband der Flughafenbetreiber fordert in Allianz mit den Airlines und dem Arbeitgeberverband BDSW eine Verschärfung des Streikrechts an Flughäfen. Ähnlich wie in Frankreich sollen Streiks erst möglich sein, wenn sie lange vorher angekündigt werden. Auch Zwangsschlichtungen sollen ermöglicht

die Rationalisierungspotenziale bei marktwirtschaftlich erfolgreichen Kliniken innerhalb weniger Jahre nahezu ausgeschöpft. Angesichts gedeckelter Budgets und des anhaltenden Preisdrucks verhielten sich die Kliniken marktkonform, als sie »in die Menge« gingen: Die Anzahl der lukrativen Operationen stieg seitdem so an, dass sie sich nicht mehr mit medizinischer Notwendigkeit erklären lässt. Das ist inzwischen auch in den öffentlichen Medien angekommen. In ARD und ZDF gab es alleine im Januar 2013 schon zwei Dokumentationen über dieses Phänomen – mit vielsagenden Titeln: »Vorsicht Operation« und »Patientenfabrik«. Da die Kassen neue, aufwändige und oftmals teure Therapien sowie Standardbehandlungen, die über die verhandelte Menge hinaus erbracht werden, zusätzlich vergüten müssen, konnten die Kliniken trotz des geringen Anstiegs der Preise ihre Erlöse zwischen 2005 und 2011 um 23,1 Prozent steigern. Laut einer RWI-Studie sind die Fallzahlsteigerungen in deutschen Krankenhäusern zu einem erheblichen Anteil auf nicht-medizinische Gründe zurückzuführen.

Auffällig ist, dass die Mengenausweitungen sich weitgehend auf Operationen an Gelenken, Wirbelsäule und Gallenblase sowie kardiologische Interventionen beschränken. Das statistische Bundesamt meldet für den Zeitraum 2005 bis 2009 eine Zunahme der Gelenkspiegelungen und Knieprothesen um 20 Prozent. Die Zahl der Wirbelsäulenoperationen hat sich 2010 gegenüber 2005 verdoppelt. PatientInnen in Deutschland werden doppelt so häufig an Knien und Hüften operiert und beinahe viermal so häufig invasiv mit einem Herzkatheter untersucht wie in der Schweiz (2008).

Gibt es dafür eine vernünftige medizinische Erklärung? Der medizinische Fortschritt mag punktuelle Kostenanstiege erklären. Auch der demografische Wandel hat Auswirkungen, aber er reicht nicht aus, solche Steigerungen zu erklären.

... und Unterversorgung zugleich

Aus dem Bereich der niedergelassenen ärztlichen KollegInnen gibt es Klagen, dass bei Krankenhauseinweisungen öfter lediglich eine Schmalspurdiagnostik vorgenommen wird und komplizierte Diagnosen, die teure Untersuchungen erfordern würden, nicht abgeklärt werden. Stattdessen wird im Entlassungsbrief die spätere ambulante Durchführung der aufwändigen Diagnostik empfohlen. Da der Pflegeaufwand in der DRG-Systematik nicht adäquat abgebildet wird, ist die Behandlung stark pflegebedürftiger, chronisch und komplex erkrankter PatientInnen oftmals für das Krankenhaus defizitär, sofern keine erlösträchtigen invasiven Prozeduren durchgeführt werden. Konsequent setzt sich dabei der ökonomische Zynismus bis in die menschlichen Beziehungen im Krankenhaus fort: Solche »unproduktiven«, verlustbringenden PatientInnen sind im Krankenhaus – wie auch in unserer Gesellschaft – nicht willkommen. Sie werden an den Rand gedrängt und mit möglichst geringem Aufwand abgefertigt.

Der Patient als Objekt der Gesundheitswirtschaft

Für die Beschäftigten im Krankenhaus ist offensichtlich: Die Frage, wie »lukrativ« ein »Fall« ist, entscheidet immer stärker darüber, ob der Patient gerade mit dem nötigsten abgespeist wird, angemessen und qualitativ gut versorgt wird oder gar, wie viele PrivatpatientInnen, medizinischen Maßnahmen zugeführt wird, die den Erlös steigern, aber für die PatientInnen einen zweifelhaften Nutzen haben. Diese zynische Haltung gegenüber PatientInnen bestimmt immer stärker die Prozesse im Krankenhaus. Eine steigende Bewertung von »Prozeduren« im Abrechnungssystem der DRG sowie Bonussysteme für Chefarzt-Gehälter, die die »Leistungen steigern«, verstärken die Tendenz zu einer kurz entschlossenen, invasiven, teuren Medizin, die mögliche Alternativen häufig außer Acht lässt, für PatientInnen zunehmend riskant und volkswirtschaftlich betrachtet oft teuer und unsinnig ist – und die den GesundheitsarbeiterInnen die sinnvolle medizinische Arbeit immer schwerer macht.

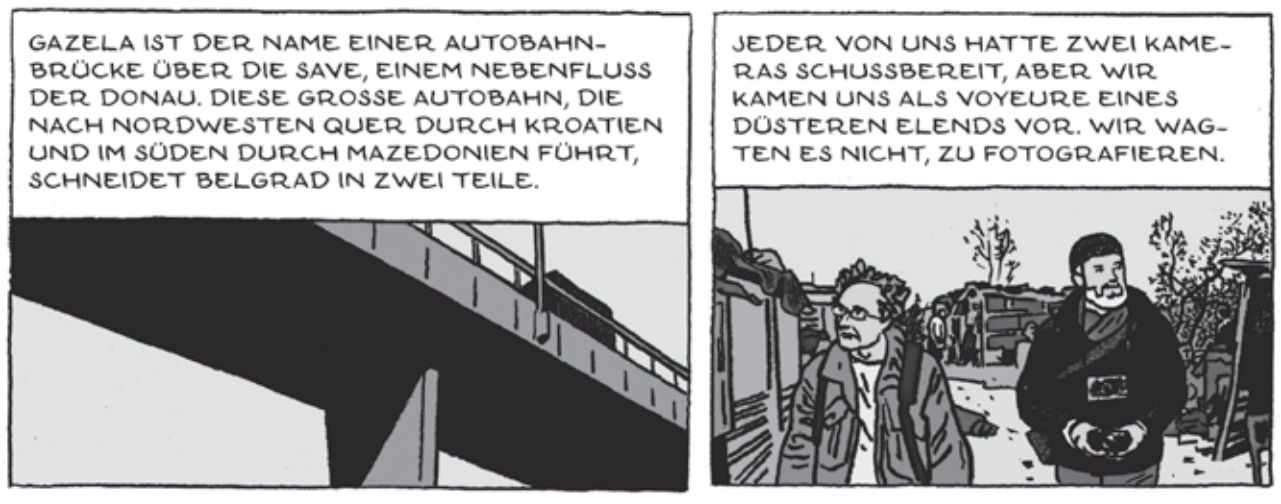
Denn Behandlungen, Eingriffe und Operationen werden zunehmend in einer Discounterlogik erbracht, die unweigerlich – ob früher oder später – auf Kosten der Qualität gehen muss. Die Anzahl der Fachkräfte, besonders in der Pflege, ist zu gering, sie sind nicht immer optimal qualifiziert, und sie wechseln häufig aus Frustration.

Statt Weiterrennen: Energien bündeln für den Fortschritt

Die Ärztinnen und Ärzte, die im vdää organisiert sind, meinen: Anstelle der DRG und der Marktkonkurrenz sollten wir ein patientInnengerechtes und volkswirtschaftlich sinnvolles System der Krankenhausfinanzierung entwickeln. Behandlungsentscheidungen müssen frei von finanziellen Interessen erfolgen. Voraussetzung dafür sind eine Non-Profit-Trägerschaft der Kliniken und eine Ausstattung mit auskömmlichen öffentlichen Investitionsmitteln. Auskömmlich heißt: Bei der Festsetzung der Budgets müssen die tatsächliche Preissteigerung für die Kliniken, vor allem aber Veränderungen beim medizinischen Versorgungsbedarf zugrunde gelegt werden. Statt Markt und Konkurrenz darüber »entscheiden« zu lassen, wo welches Krankenhaus ökonomisch überlebt, muss es endlich eine am Bedarf orientierte gesellschaftliche Krankenhausplanung geben, die ihren Namen verdient.

Gesundheit darf in Deutschland nicht zu einer Ware werden, Krankenhäuser nicht zu Fabriken und PatientInnen nicht zu Objekten eines geld- oder gewinnorientierten Krankenhaus-Wirtschaftssystems. Derzeit scheinen noch alle betroffenen Interessengruppen zu glauben, das DRG-System würde den stationären Sektor letztlich einigermaßen sinnvoll steuern und die wichtigsten Interessen aller Beteiligten erfolgreich integrieren.

Man kommt aber nicht aus der Sackgasse, indem man schneller rennt. Es hilft nichts, wir müssen umkehren: An der gesundheitspolitischen Herkulesaufgabe eines neuen, auch volkswirtschaftlich sinnvolleren Finanzierungssystems führt kein Weg vorbei. Als erstes müssen die Betroffenen im Gesundheitswesen, PatientInnen wie Beschäftigte, diese Aufgabe jedoch überhaupt erkennen und ihre Verantwortung für deren Bewältigung akzeptieren. Man darf nicht bei dieser Analyse und Kritik des DRG-Systems stehen bleiben, sondern als nächstes ist zu diskutieren, was es nun zu tun gilt, damit diese Kritik Konsequenzen hat.



** Peter Hoffmann ist Anästhesist und arbeitet im »AK Krankenhausbeschäftigte« des »vereins demokratischer ärztinnen und ärzte« (vdää) mit. Der Beitrag geht auf Diskussionen dieses Arbeitskreises zurück, der sich seit Jahren mit den Fehlentwicklungen in den Krankenhäusern beschäftigt.*

werden. In NRW haben die Arbeitgeber sogar Textbausteine für Notfallverordnungen aus dem Gesetzestext abgeschrieben.

Gleichzeitig wird eine Armada von Anwaltskanzleien beauftragt, Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Auch das juristische Streikunterbindungsarsenal, das bei den GDL-Streiks zum Einsatz kam, soll für den Flughafen erprobt werden. Hinter den Kulissen ist klar: Der Druck zur Einigung ist enorm. Vordergründig spielt der BDSW noch mit unserer Streikoption. Denn wenn ein erneuter Streik ansteht, können sich die Vertreter noch wichtiger nehmen und so können Türen in Ministerien, bei der Bundespolizei, bei Flughafenbetreibern und Airlines für den Arbeitgeberverband noch besser geölt werden.

In der Presse liest man, dass die Branchenvertreter, also Fluggesellschaften und Flughafenbetreiber, mit Schadensersatzforderungen drohen und ankündigten, sie würden der rechtlichen Frage nachgehen, ob und in welchem Umfang eine Haftung des Staates in Betracht komme, weil die Verantwortung für die Passagierkontrollen die Bundespolizei beziehungsweise, je nach Betreiber des Flughafens, die jeweilige Landesbehörde habe, die wiederum private Sicherheitsdienstleister damit beauftragen könne. Der Bundesverband des Sicherheitsgewerbes hätte den Gesetzgeber gar aufgefordert, das Streikrecht zu ändern oder gar zu verbieten, wie die junge welt *am 29. Januar 2013 schreibt. Was ist dran? Ist das nur das übliche Streikgebaren oder ist das ernster zu nehmen? (Stichwort Diskussionen über die Einschränkungen des Streikrechts bei Arbeitskonflikten in der Daseinsvorsorge, siehe express Nr. 4/2012)*

Diese neue Koalition müssen wir ernst nehmen. Hier wird unter der Flagge »Harmonisierung der Rechtsgrundlage in der EU« einerseits daran gearbeitet, die Streikaktivitäten an die von Sarkozy verschärften Streikgrundlagen an Flughäfen in Frankreich anzupassen – Stichwort: lange Vorankündigungszeiten und Zwangsschlichtung. Andererseits wird der Streik des Sicherheitspersonals als Beleg für die Notwendigkeit der Einschränkung von Streikmöglichkeiten in der so genannten Daseinsversorge benutzt. Gleichzeitig sind Rechtsanwaltskanzleien, die ihr Geld schon mit dem Streikfall der GDL verdient haben, aufgefordert, die Zweitverwertung ihrer Erkenntnisse zu versilbern, also die Streikparteien damit zu verunsichern, dass Schadensersatzansprüche in Millionenhöhe an sie gestellt werden. Diese Kanzleien prüfen auch, wie wirksam einstweilige Verfügungen gegen Flughafenstreiks sein könnten.

Diese Auseinandersetzung zeigt, wie wachsam wir alle zukünftig sein müssen, wenn Gewerkschaften damit wieder liebäugeln sollten, Streikrechte zu Ungunsten von Minderheitsorganisationen einschränken zu wollen.

Vielen Dank und viel Erfolg bei den weiteren Aktionen!

Geneigte LeserInnen

Als selbst Angehörige einer Minderheit widmen wir diese Nummer den Minderheiten – den über- und den unterschätzen: Peter Bremme berichtet von der kleinen Minderheit am Flughafen, den Sicherheitskräften, die dennoch den Flughafen lahm legten und der gefühlten Mehrheit der businessgedressten Economy-People den Tag erfreulich schwer machten. Peter Hoffmann und Ralf Kronig gehören in ihren Berufsgruppen jeweils zur absoluten Minderheit der Kapitalismuskritiker, die einen klaren Blick auf die Ausbeutungsverhältnisse im Krankenhaus und bei Software-Konzernen haben. Ein Kutscher aus einer »selbstverwalteten« Taxi-Genossenschaften berichtet, wie sich in seinem Betrieb wiederum eine Minderheit zu Chefs aufgeschwungen und so das Minderheiten- zu einem Mainstreamprojekt gemacht hat. Peter Haumer dagegen zeigt, wie eine selbstverwaltete Fabrik – in Post-Jugoslawien inzwischen auch eine Minderheit – von der alten und trotz Systemwechsel neuen Elite mit fast allen Mitteln angegriffen wird. Dass aber die Krise aus mancher Minder- schnell eine Mehrheit macht und umgekehrt, belegen Dario Azzelini und Immanuel Ness, wie Peter Nowak in seiner Rezension über »Die endlich entdeckte politische Form«, eine Breitbandanalyse weltweiter Selbstverwaltungsprojekte von der französische Revolution bis heute, beschreibt. Ohne das Buch gelesen zu haben, haben Beschäftigte eines Baustoffunternehmens in Thessaloniki ihre Form entdeckt – Beton ist, was man daraus macht! Oder anders: Nichts ist ein für alle Mal. Das ließe sich für alle Versuche, dem Kapital zu dienen, sagen. Das weiß selbst oft morgen erst, was es gestern gebraucht hätte, und doch erklärt es die, die es heute gerade braucht, morgen schon für überflüssig – keine gute Orientierungshilfe. Dazu mehr in der Argumentationsnachhilfe der Gewerkschaftslinken zur Tarifrunde 2013 (S. 4f.).

Ließe sich diese Flüssigkeit der Verhältnisse nur auch für die inneren und äußeren Grenzen Europas feststellen. Die jedoch sind betonhart und stacheldrahtbewehrt – für die, die aktuell von draußen kommen und auf der »Toteninsel« Lampedusa landen (s. Seite 10), und für die, die schon seit dem frühen Mittelalter hier in Europa leben, also von innen kommen und doch ausgeschlossen von fast allem sind. Das verdient das Licht der Aufklärung, das bekanntlich auch aus dem Osten kam. Ihnen, den rund 7-9 Mio. Roma und Sinti der EU, sind die Bilder dieser Ausgabe gewidmet: »Reisen zu den Roma« – eine ebenso wunderbare wie bedrückende Koproduktion mit Feder und Linse von Alain Keler, Emmanuel Guibert und Frédéric Lemercier – müsste eigentlich keine Reise in den Osten sein, denn sie sind unter uns, mitten in den Zentren, in Italien, in Frankreich, in Dortmund oder auch im Rhein-Main-Gebiet – wenn man sie denn lässt und nicht immer wieder in die Ghettos am Rande Europas und im Herzen seiner Ökonomie abschiebt. Das stellen am Ende ihrer Reisen auch die Autoren des Bandes fest, die ihre Rolle als zuschauende Dokumentatoren aufgeben und mit den »Unberührbaren« gemeinsame Sache(n) machen. Kooperation mit Wissen und (Selbst-)Bewusstsein eben. Eine inclusive Einladung, der wir uns nur anschließen können.

Deutsches Tarifdumping beenden

Tarifjahr 2013 – Argumentations(nach)hilfen der Gewerkschaftslinken

In diesem Jahr stehen mehrere bedeutende Tarifverhandlungen an. Laut WSI-Tarifarchiv laufen für ca. 12,5 Millionen Beschäftigte die Lohn- und Gehaltstarife aus. Allein in der Metall- und Elektroindustrie im April geht es um die Einkommen von rund 3,4 Millionen Beschäftigten. Damit diese einen Ausgleich für das von ihnen letztlich produzierte »Wirtschaftswachstum« haben, gilt seit den späten 60ern die Forderung: Eine Lohnforderung setzt sich aus Inflationsausgleich plus Produktivitätsausgleich zusammen. In Zeiten besonderen Selbstbewusstseins und einer etwas höheren Popularität für die Idee, nicht nur teilhaben, sondern umverteilen und so zumindest indirekt auch einen Anreiz für Investitionen bieten zu wollen, kam nochmal eine sog. »Umverteilungskomponente« hinzu. Davon ist bei bundesdeutschen Gewerkschaften seit langem keine Rede mehr. Doch in anderen Branchen geht es um (noch) mehr als die Frage der ›gerechten‹ Teilhabe am verteilungspolitisch neutralen Kuchen, sondern darum, ob das Modell der Sozialpartnerschaft, das auf dem vermeintlichen Common Sense von Inflationsausgleich und Produktivitätsfortschritt beruht, überhaupt noch eine Perspektive bietet – und für wen?

Im Einzelhandel dürfte die Antwort auch dem letzten Anhänger der Sozialpartnerschaft klar sein, wenn die Arbeitgeberverbände, wie geschehen, sowohl Einkommens- als auch Manteltarifverträge im Paket kündigen. Möglicherweise, um die Arbeitskampffähigkeit der Handelsbeschäftigten auf eine noch grundsätzlichere Probe zu stellen als beim letzten, fast zweijährigen tariflosen Aushungerstreik; möglicherweise auch, um nun endlich das umstrittene ver.di-Projekt einer Entgeltstrukturreform durchzusetzen, das zuletzt ver.di-intern am Einspruch zahlreicher Mitglieder gescheitert war und nun vielleicht mit den Arbeitgebern und unter dem Druck, sonst eventuell gar keinen Abschluss erzielen zu können, durchgesetzt werden kann. Von ver.di wird dies als »Generalangriff auf die Tarifstandards« interpretiert. Man darf gespannt sein, für welche Forderungen sich die Mitglieder überhaupt noch mobilisieren lassen.

Während die Gewerkschaft hier noch keine Forderung formuliert hat, wird in den bereits begonnenen Verhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder das Ziel von 6,5 Prozent Lohn- und Gehaltssteigerung ausgegeben. Geringfügig überboten wird dies von den 6,6 Prozent, die die IG BAU im Bauhauptgewerbe fordert. Am unteren Ende der bisher beschlossenen Forderungen liegt die NGG, die je nach Branche 5 bis 6 Prozent verlangt.

»Naturgemäß« umstritten sind die Prognosen für die künftige konjunkturelle Entwicklung und die Frage, ob merkliche Einkommenssteigerungen eher bremsende oder förderliche Wirkung hätten. Interessant wäre es hier insbesondere, die regelmäßigen Hurra-Meldungen des ›gefühlten‹ IFO-Geschäftsklimaindexes wenigstens einmal auf ihren nachträglichen Wahrheitsgehalt zu überprüfen – ein Vorhaben, das noch einer Überprüfung durch kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen harrt.

In die Zahlenspielereien rund um die Tarifrunden hat sich auch die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken mit einer Extraausgabe ihres Infobriefes eingeschaltet, die wir im Folgenden leicht gekürzt dokumentieren. Untermauert durch einen Rückblick auf die Einkommens- und Vermögensentwicklung der letzten Jahre plädieren die KollegInnen für einen starken Bezug der einzelnen Tarifauseinandersetzungen aufeinander, für ein koordiniertes Vorgehen und für die Aufstellung einer Festgeldforderung, die vor allem den unteren Lohngruppen zugute käme.

Die Rahmenbedingungen der Tarifpolitik der letzten Jahre waren durch die Krise stark beeinflusst. Die klassische Entgeltpolitik der Gewerkschaften auf der Basis eines verteilungsneutralen Spielraums kann so nicht weitergeführt werden. Eine Neuorientierung ist notwendig. In Vorbereitung der Tarifrunde 2013 sollten wir sowohl einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten Jahre werfen, die aktuellen Bedingungen analysieren und Ziele für eine Neuorientierung in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen debattieren. Unser Netzwerkinfo extra soll dafür eine Basis bieten.

Lohndumping 2000 bis 2012

Für den Zeitraum 2000 bis 2012 beträgt der verteilungsneutrale Spielraum rund 36 Prozent. Er umfasst die Preis- und die Produktivitätssteigerungen. Die Produktivität ist um 13,4 Prozent gestiegen. Um eine Umverteilung zugunsten des Kapitals zu verhindern, hätten die realen Löhne (preisbereinigt) mindestens um diesen Betrag steigen müssen. Die realen Bruttostundenlöhne stiegen jedoch nur um 2,1 Prozent an. Dies ist weniger als 0,2 Prozent jährlich! Mehr als elf Prozentpunkte mehr hätten es sein müssen, um den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen.
Die Folge: Der Anteil der Einkommen durch Lohnarbeit am jährlichen Volkseinkommen sank von 72 Prozent im Jahr 2000 auf 67 Prozent im Jahr 2011.

Hinter diesen 11,3 Prozentpunkten Lohnverlust steckt der Verlust von sehr viel Geld: Eine Billion Euro (1 000 000 000 000) hätten die Beschäftigten seit 2000 mehr bekommen müssen.

Die Tariflöhne stiegen seit 2000 (preisbereinigt) um gut sieben Prozent. Insofern ist die Entwicklung bei den Tariflöhnen nicht ganz so dramatisch wie bei den Bruttostundenlöhnen.

Dies bedeutet, dass die Gewerkschaften es in ihrem ureigensten Bereich der Tarifpolitik nicht geschafft haben, die Ergebnisse flächendeckend umzusetzen, weil der Anteil der Beschäftigten, die unter dem Schutz eines Tarifvertrages arbeiten, ständig schrumpft. Zu Beginn der 1990er Jahre arbeiteten noch 70 Prozent der Beschäftigten unter dem Dach eines Tarifvertrages, 2010 nur noch 52 Prozent. So haben die Tarifabschlüsse heute weniger bzw. z.T. keine Ausstrahlung mehr auf die Lohnentwicklung in nicht tarifgebundenen Bereichen.

Für die anstehenden Tarifrunden heißt dies: Holen wir uns einen Teil des Lohnverlustes der vergangenen Jahre zurück! Eine Umverteilung von oben nach unten ist dringlich. Es muss erleichtert werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Unterschiedliche Entwicklung in den Branchen

Die tarifpolitische Lage ist im Bereich der Chemieindustrie sowie der Metall- und Elektroindustrie noch am besten. In der Chemie sind die Lohnerhöhungen gegenüber dem verteilungsneutralen Spielraum seit 2000 leicht im Plus. Im Metallbereich ist er bei einem Minus von 1,4 Prozent nicht ganz ausgeschöpft worden. Dramatischer ist die Lage im Öffentlichen Dienst. Der Verteilungsspielraum ist mit einem Minus von 9,6 Prozent überhaupt nicht ausgeschöpft. Durch politisch motivierte Steuergeschenke an Reiche und Vermögende in Höhe von 600 Milliarden Euro seit 2000 wurden die öffentlichen Kassen geplündert. Dies verschlechtert die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Tarifauseinandersetzungen dramatisch.

Wenn schon in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen der verteilungsneutrale Spielraum nicht ausgeschöpft wurde, verwundert es nicht, dass in schlechter organisierten Bereichen und mit hohem Anteil an prekärer Arbeit die verteilungsneutralen Spielräume erst recht nicht ausgeschöpft wurden. Insbesondere im Einzelhandel wurde seit 2000 im Wesentlichen nur die Preissteigerungsrate mit den Lohnerhöhungen ausgeglichen.

Aber auch Tarifbereiche wie Chemie und Metall stehen unter Druck. Die Einhaltung von Tarifverträgen ist heute schlechter als in früheren Jahrzehnten. Das zeigen insbesondere die Abweichungsvereinbarungen, die auf Grundlage des Pforzheimer Abkommens der IGM seit 2004 abgeschlossen wurden. Zurzeit gibt es in der Metall- und Elektroindus-

»Warum sollte es nicht gehen?«

Mit Oberst a.D. und Reservistenhilfe eine »schöne Zeit bei Amazon«

Amazon ist mit über 88 000 Beschäftigten der größte Online-Versandhändler der Welt. Auch in Deutschland boomt das Geschäft. Inzwischen gibt es acht Logistikzentren in Deutschland (davon alleine zwei in Bad Hersfeld) mit mehreren tausend Beschäftigten. In Spitzenzeiten werden alleine in Deutschland bis zu zwei Millionen Pakete von Amazon versandt. »Work hard, have fun, make history«, das ist die Formel der Corporate Identity, die Amazon seinen Beschäftigten aufzwingt – wohl in der Annahme, dass das auf Englisch irgendwie »cool« klinge. In Wirklichkeit bleibt für die Beschäftigten davon aber nur »hart Arbeiten« übrig. Spaß haben sie bei der harten Arbeit sicher nicht: Pro Arbeitstag legen Tausende von »Pickern« Wege von bis zu 20 km zurück und stemmen dabei bis zu 20 Tonnen Gewicht pro Schicht; dabei werden sie mittels Scanner im wahrsten Sinne des Wortes auf Schritt und Tritt kontrolliert. Und das ganze auch noch für einen Hungerlohn und unsichere Arbeitsverhältnisse: Amazon ist der Lohndrücker der Branche und hält wenig von tariflichen Regelungen. Während für den Großteil der Lager-Arbeiten im Versandhandel nach Angaben von ver.di zwischen 11,47 Euro und 11,94 Euro tarifliches Einstiegsgehalt gezahlt wird, schickt Amazon seine Mitarbeiter mit einem Stundenlohn von 9,65 Euro bis 11,12 Euro nach Hause. Rund zwei Drittel der Beschäftigten haben nur befristete Verträge. Amazon stellt das auf der Unternehmens-Homepage so dar, dass man die »saisonalen« Arbeitsplätze nur für Spitzenzeiten wie z.B. Weihnachten brauche. In der Tat macht Amazon exzessiven Gebrauch von Saisonarbeitskräften aus dem osteuropäischen Ausland, deren Nutzung durch die Bundesregierung im Jahr 2011 erleichtert wurde.

Make history? Geschichte könnten die KollegInnen bei Amazon vielleicht bald machen – aber anders, als die Firmenpropaganda das meint: Denn endlich setzen sich die KollegInnen zur Wehr. Seit Herbst 2012, also kurz vor dem Weihnachtsgeschäft, kämpfen die KollegInnen in Bad Hersfeld für einen Tarifvertrag, der regelmäßige Lohnerhöhungen in »angemessener« Höhe, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Zuschläge und Befristungen verbindlich regeln soll. Wir werden in den nächsten Ausgaben weiter verfolgen, wie erfolgreich sie damit sein werden.

Doch vorher wollen wir dokumentieren, mit welch harten Bandagen hier gekämpft wird und welcher Art Konkurrenz sich die KollegInnen stellen müssen. Mit dem Betreff »AMAZON-LAGERARBEITER VON UNGARN. Nicht NUR SAISON ARBEITER HABEN WIR« erreichte Heiner Reimann, ver.di-Sekretär in Bad Hersfeld und für Amazon zuständig, das unten doku-

trie rund 1100 verbandsgebundene Betriebe, in denen abweichende, überwiegend schlechtere Regeln als der Tarif vereinbart sind.

Statt Lokomotiven – ein großer Geleitzug?
Die Gewerkschaften sind in den Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre weit unter ihren Möglichkeiten geblieben. In diesem Jahr laufen für über zwölf Millionen Beschäftigte die Tarifverträge aus, allein im März und April für über sechs Millionen Beschäftigte. Lasst uns die Tarifrunden im Frühjahr bei Metall, IG BAU und ver.di (hauptsächlich Einzel-, Groß- und Außenhandel, Versicherung, Post, Öffentlicher Dienst der Länder) gemeinsam führen. Das gibt uns eine größere Kampfkraft, wovon auch die nachfolgenden Branchen profitieren werden. Also es bietet sich die Gelegenheit, die Fundamente einer solidarischen Lohnpolitik zu erneuern, aus dieser Situation politisch Kapital zu schlagen – durch koordinierte Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategien. In einem großen gemeinsamen Geleitzug.

Profite heben ab
Während sich die Netto-Einkommen je ArbeitnehmerIn seit 2000 real nach Abzug der Inflationsrate kaum verändert haben, werden die Reichen immer reicher. Die Kluft zwischen Vermögen und Löhnen ist gewachsen, die Spaltung der Gesellschaft ist größer geworden.

Das private Vermögen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und liegt bei über zehn Billionen Euro. Das reine Geldvermögen (ohne Sachanlagen, Immobilien etc.) liegt bei ca. 4715 Mrd. Euro, so hoch wie noch nie, und hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt lag 2011 bei ca. 2600 Mrd. Euro, der Schuldenberg der öffentlichen Hand bei ca. 2000 Mrd. Euro.

Die unteren 50 Prozent der Bevölkerung teilen sich mittlerweile ein Prozent der Besitztümer, während die oberen zehn Prozent mehr als die Hälfte des Nettovermögens aller Deutschen ihr Eigen nennen.

Geld ist also genug da. In den Tarifrunden 2013 holen wir uns kräftige Erhöhungen.

BRD: Höchster Niedriglohnanteil in Westeuropa
Nach der Meldung von Eurostat vom 20. Dezember 2012 hat Deutschland mit 22,2 Prozent den höchsten Niedriglohnanteil unter allen Vergleichsländern in Westeuropa – ein Skandal. In Frankreich sind es nur 6,1 Prozent, in den skandinavischen Ländern zwischen 2,5 und 7,7 Prozent und selbst im Durchschnitt der Eurozone nur 14,8 Prozent.

Insgesamt 1,5 Mio. Menschen arbeiten für weniger als fünf Euro pro Stunde. Skandalös ist, dass das Lohndumping Menschen besonders getroffen hat, die ohnehin nicht besonders viel verdienen. Den Beschäftigten, die 2000 zu den 40 Prozent mit dem geringsten Einkommen gehörten, wurden Lohnkürzungen von 10 bis 20 Prozent zugemutet.

Das zeigt die dringende Notwendigkeit, in den Tarifrunden 2013 die unteren Entgeltgruppen kräftig anzuheben, am besten mit einem hohen Mindest- oder Festbetrag.

Konsumnachfrage und Verbraucherpreisentwicklung
Bis 2005 lagen die privaten Konsumausgaben leicht über der Entwicklung des Bruttosozialprodukts. Seit Agenda 2010, Hartz IV, Reallohnverlusten und Prekarisierung der Arbeit steigen die Konsumausgaben kaum noch und driften von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ab. Kein Wunder, wurde den Beschäftigten doch rund eine Billion Euro Kaufkraft seit 2000 vorenthalten. Viele Anschaffungen wurden in den letzten Jahren aufgeschoben, weil den Beschäftigten das Geld fehlte.

Die offizielle Inflationsrate spiegelt nicht wider, welche Preissteigerungen bei Produktgruppen in normalen ArbeitnehmerInnen-Haushalten am Einkommen nagen.

Normale Arbeitnehmer geben Geld vor allem für Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe, den Unterhalt ihres Fahrzeuges und für Verkehrsdienstleistungen aus. Deren Preise sind viel stärker gestiegen als der amtliche Durchschnittsindex, der durch geringere Preisentwicklungen bzw. -senkungen bei technischem Gerät und langlebigen Wirtschaftsgütern gebremst wird. So stiegen die Preise für Verkehrsdienstleistungen in den letzten fünf Jahren um ca. 20 Prozent, bei Nahrungsmittel um ca. 14 Prozent und bei Miete/Mietnebenkosten um ca. elf Prozent. Wer nur ein geringes Einkommen hat, ist oft bei einem Mietanteil von 40 bis 50 Prozent seines Einkommens. Die Tariferhöhungen müssen diese Preisentwicklungen entsprechend berücksichtigen.

Wirkung von Festgeld- und Prozent-Forderung
Da bei den unteren und mittleren Entgelten die Reallohnverluste in den letzten Jahren am größten waren, ist eine Festgeld- bzw. Mindestforderung notwendig.

Der Länderbereich von ver.di ist mit gutem Beispiel vorangegangen. So beschloss die Tarifkonferenz von ver.di Stuttgart für den Länderbereich als Forderung einen Festbetrag von 250 Euro und die ver.di Betriebsgruppe der Uni Stuttgart 300 Euro. Leider wurde die soziale Komponente von der Bundestarifkommission komplett kassiert.

Wir gehen davon aus, dass eine Forderung mindestens die Größenordnung von acht Prozent, mindestens 250 Euro haben sollte. Die Tabelle zeigt die Wirkung von Prozenten und Festbetrag. Durch einen Mindestbetrag von 250 Euro würden Einkommen bis ca. 3100 Euro bei einem Mindestbetrag besser wegkommen. Da wären selbst bei den relativ hohen Metallentgelten alle Entgeltgruppen bis zum Eckentgelt (Facharbeiterecklohn) (inklusive 15 Prozent Leistungszulage) besser bedient. Selbst in Baden-Württemberg mit seinem hohen Eckentgelt (ca. 2700 Euro – andere Bezirke liegen zwischen ca. 2400 und 2624) und seiner eher geringen Anzahl Beschäftigten im unteren Entgeltgruppenbereich würden fast die Hälfte der KollegInnen bei Festgeld mehr in den Geldbeutel bekommen.

Grundentgelt in Euro	8-%-Forderung	Festgeld	Prozent
1400	112 €	250 €	17,86 Prozent
1800	144 €	250 €	13,89 Prozent
2200	176 €	250 €	11,36 Prozent
2600	208 €	250 €	9,62 Prozent
3000	240 €	250 €	8,33 Prozent
3400	272 €	250 €	7,35 Prozent
3800	304 €	250 €	6,58 Prozent
4200	336 €	250 €	5,95 Prozent
4600	368 €	250 €	5,43 Prozent
5000	400 €	250 €	5,00 Prozent

Vernichtung von Vollzeitjobs
Seit 2000 sind rund 2,3 Millionen Vollzeitarbeitsplätze vernichtet worden. Gleichzeitig sind 4,1 Millionen »bad jobs« entstanden: durch massive Ausweitung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung in Gestalt von Mini-Jobs und von Leiharbeit. Viel zu viele Menschen müssen in diesen Jobs dann auch noch befristet arbeiten.

Unter dem Strich bleibt ein Plus von 1,8 Millionen zusätzlichen Jobs. Zum größten Teil sind es prekäre Jobs mit unsicherer Lebenslage, schlechter Bezahlung und einer viel zu kurzen bezahlten Arbeitszeit. Immer mehr Erwerbstätige teilen sich das gleiche Arbeitszeitvolumen. Mehr bezahlte Arbeit gibt es nicht. Eine um 3,5 Prozent gewachsene Anzahl von Beschäftigen teilt sich die seit 2000 gleich gebliebene Gesamtstundenzahl.

Die prekäre Beschäftigung hat sich – nachdem SPD und Grüne die Schutzzäune niederrissen – immer mehr in die betriebliche Realität hinein gefressen. Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen sind unmittelbare Instrumente, um das Entgelt zu drücken. Der Stammbelegschaft wird verdeutlicht, dass billigere Arbeitskräfte ihre Arbeit übernehmen können. Dies führt zu Disziplinierung und Entsolidarisierung. Gewerkschaftliche Handlungsmacht wird massiv geschwächt.

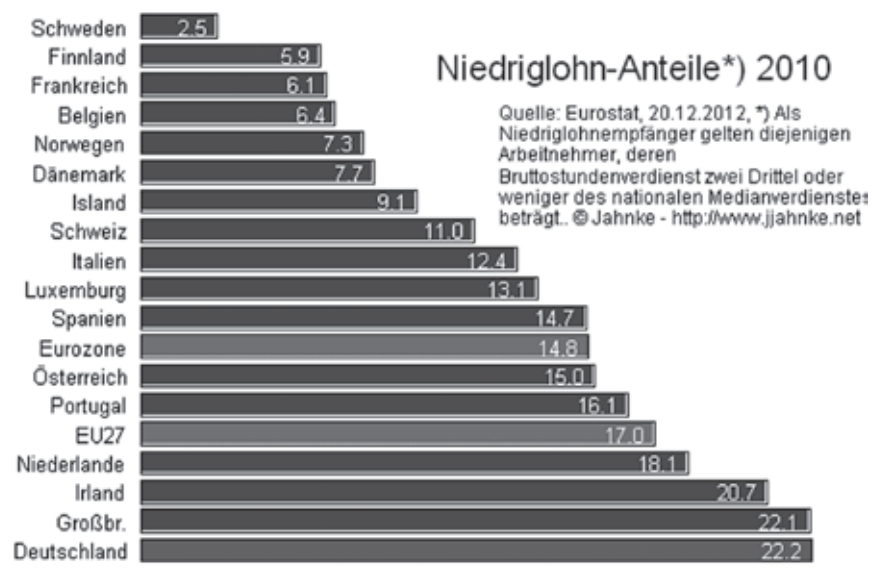
Deshalb müssen die Tarifrunden genutzt werden, einen Mindestlohn von zwölf Euro und das Verbot von Leiharbeit zu verankern. Eine wichtige Maßnahme ist die Kündigung der Leiharbeitstarifverträge und die Durchsetzung des Grundsatzes der EU-Leiharbeitsrichtlinie *Equal Pay* und E*qual Treatment* (siehe auch NWI Extra zu den Leiharbeitstarifverträgen) und die Unterschriftensammlung der Gewerkschaftslinken »Verbot von Leiharbeit und Werksvertragsbetrug!« im Labournet Germany (www.labournet.de). Deshalb die Aufforderung an alle Tarifkommissionsmitglieder, sich für die Kündigung der DGB-Leiharbeitstarifverträge stark zu machen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nur in eng begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein. Werkverträge dürfen nur unter Zustimmung des Betriebsrates zustande kommen und müssen regelmäßig von diesem auf ihre Notwendigkeit kontrolliert werden!

Ohne Streiks kein gutes Ergebnis
Dass eine Warnstreikwelle zur Durchsetzung dieser Ziele nicht ausreichen wird, ist jetzt schon klar. Ein längerer Streik wird notwendig sein, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Ein Streik ist aber auch deshalb wichtig, damit die Gewerkschaften ihre Durchsetzungskraft zurückgewinnen und eine neue Generation von KollegInnen und Vertrauensleuten Streikerfahrungen sammeln kann.

In der internationalen Arbeitskampfstatistik rangiert die Bundesrepublik als Schlusslicht, nur noch durch die Schweiz unterboten. Je seltener gestreikt wird, umso zählebiger wird der Streik wie ein Fremdkörper eingekapselt. Um dem entgegenzuwirken, gilt es, sich den Streik in die gesellschaftliche Realität zurück zu holen. Diese Enthaltsamkeit beim Streik hat auch mit dazu geführt, dass wir Schlusslicht in der Einkommensentwicklung sind und über ein Jahrzehnt Reallohnverluste hinnehmen mussten.

Außerdem: Die beste Solidarität mit den kämpfenden Lohnabhängigen in den Ländern Südeuropas ist, wenn wir endlich einen Teil der Lohnverluste des vergangenen Jahrzehnts ausgleichen.

(Quelle: Netzwerk-Info Gewerkschaftslinke Extra: Tarifrunde 2013, online unter: http://archiv.labournet.de/GewLinke/index.html)



mentierte Email von einem »Oberst. A.d. Sándor Kerekes«, an dem das darunter dokumentierte Angebot an Amazon hing:

»Sehr geehrter Heiner Reimann,
Gestatten sie bitte uns bei Ihnen zu melden. Wir möchten mit Ihnen zusammen arbeiten. Warum könnte es nicht gehen? Im Internet kann man sehen, dass Sie für Lagerarbeit für AMAZON viele Leuten suchen. Wir haben gute Arbeitern für Lagerarbeit, aber wir haben viele gute Fachleuten in verschiedenen Beruf auch. Wir können hier von disziplinierten ungarischen Reservisten immer wehlen. Frauen und Maenner. Viele sprechen deutsch oder englisch.

ES HABEN WIR VORIGES JAHR FÜR AMAZON NACH GRABEN GETAN. Ich bin Sándor Kerekes Stelvertreter des ungarischen Reservistenverbandpresident. Voriges Jahr bei Amazon arbeitete 170 Leuten von uns. Es haben wir mit Sachsenreservisten organisiert. Jetzt haben wir für Lagerarbeit minimum 400 Leuten, die mehr als ein Jahre lang oder kürzere Zeit in Deutschland arbeiten möchten. Mit uns arbeiten werden und können Sie und Amazon sehr viel Geld, Zeit sparen. Unsere Leuten sind bereit zu fahren und zu arbeiten.

Wir wünschen für Sie viel Erfolg, gute Gesundheit von Ungarn, Budakeszi, Swebisch-Wudigess.

Dankeschön für Ihres Geduld.

PS. Ich als Oberst A.d mit grosem Bundeswehrauszeichnung, was ich vor 5 Jahren von Deutschenverteidigungsminister bekommen habe, warte ich Antwort.

Oberst. A.d. Sándor Kerekes«

Das Angebot der Firma Figye-lő Ör GmbH an AMAZON:

»Sehr geehrte Damen/ Herren,
ich schreibe Ihnen, da wir, als Arbeitskraft-/ Personenvermittlerfirma aus Ungarn Partners in der EU-Länder suchen. Wir bieten Arbeitskräfte von jedem Bereich und Ausbildungsstufe, die im Ausland arbeiten wollen und können.

Letztes Jahr haben wir z.B. bei AMAZON/Graben, als MA der Vorweihnachtssaison (bei C-Return und Receive) eine schöne Zeit verbracht und denken immer noch gerne an Amazon zurück. Wenn Ihre Kunden auch oft Saisonarbeiter und/oder Mitarbeiter auf Dauer bräuchten, könnten wir Hilfkräfte dauerhaft um 100-200 MA, saisonell um 500-600 Personen zur Verfügung stellen.

Wir haben uns überlegt, um es Ihnen und unseren Landsleuten einfacher zu machen, in dem wir Ihnen vom 15. Oktober bis zum 31. Dezember 2012 200 Arbeitskräfte, bei angemessenen Bedingungen 200 Saisonarbeiter zur Verfügung zu stellen. Wenn es nötig ist, können wir Unterkunft, Verpflegung und Transport für MA organisieren. Unabhängig davon möchten wir Ihnen Angebote auch in anderen Wirtschaftszweigen machen.

Sollten Sie Interesse daran haben, mit der Geschäftsführung der GmbH zu verhandeln, so möchten wir Sie bitten, uns einige Termine in der nahen Zukunft zum persönlichen Treffen vorzuschlagen. Wir freuen uns auf Ihre Besprechungsterminvorschläge!

Da die Weinachtssaison schon angefangen hat, bitten Sie höflich, möglichst innerhalb von einer Woche auf unser Angebot zu reagieren, selbst wenn Sie unsere Propositionen nicht in Anspruch nehmen möchten.

Im Voraus vielen Dank für Ihre umgehende Antwort.

mit freundlichen Grüße
László Nádas, Divisionsleiter
Figye-lő Ör GmbH
Szél str. 42, H-2092 Budakeszi, Ungarn
Tel. +36-23-457-420
Handy: +36-20-440-2242
figyeloor@gmail.com
www.figyeloor.hu (Ungarisch)«

Betriebsklimakatastrophe

›Mit Eurem Siegeswillen unschlagbar‹ Ralf Kronig* zur »Haltbarkeit« der Beschäftigten bei SAP

»Best Year Ever«, Rekord-Quartalszahlen, über fünf Milliarden Euro Gewinn bei über 30 Prozent Rendite, Milliarden-Firmenkäufe und permanente Tempoerhöhung in Form von »Antreiber-Emails« der Vorstandssprecher: »Wie gut das Unternehmen diese Prioritäten umsetzen kann, liegt an jedem Einzelnen von uns. Jeder in unserem Team kann mit voller Kraft dazu beitragen, dass wir unserem Ziel näher kommen. Um das mit Schnelligkeit und Beweglichkeit zu erreichen, haben wir folgende organisatorische Änderungen beschlossen…«. Dann folgen diverse Reorganisationen zum Jahresanfang und der aufschlussreiche Hinweis: »Änderungen sichern uns einen schnellen Start 2013.« Für Erholung und Regeneration ist weder Raum und noch Zeit, denn: »Wir werden überall Kosten zurückfahren« und: »Wir werden nicht mehr so viel einstellen«. Das sind Vorstandsankündigungen, die eine weiter steigende Arbeitsverdichtung und -intensität für die Beschäftigten bedeuten. Der Gewinn soll sich schließlich um eine Milliarde Euro auf sechs Milliarden Euro im Jahr 2013 erhöhen.

Doch wer zahlt für diese »Hochgeschwindigkeits- und Höchstleistungskultur« den Preis? Oder gibt es wirklich ein zeitlich entgrenztes »Spitzensportlerleben« im Betrieb? Neben den geschönten Ergebnisdarstellungen von Mitarbeiterbefragungen, die den Eindruck einer allzu heilen Arbeitswelt vermitteln, gibt es gravierende Schattenseiten des Unternehmenserfolgs bei SAP im nordbadischen Walldorf. Die Gesundheit der Beschäftigten, deren Durchschnittsalter in Deutschland bei über 40 Jahren liegt, befindet sich in einer bedenklichen Schieflage. Der Druck des Managements und die Vorgaben des Aufsichtsratsvorsitzenden, Haupteigentümers und »Cheftechnikers« Hasso Plattner zeigen ihre verheerende Wirkung. Wieder nehmen sich Beschäftigte Auszeiten, um sich vor Erschöpfungszuständen und exzessiven Belastungsrisiken zu schützen oder vom erhöhten Verschleiß zu erholen. Wieder hat sich die Anzahl arbeitsbedingter Langzeiterkrankungen bedenklich erhöht. Wieder sind Kolleginnen und Kollegen über die Feiertage früh verstorben.

Nachhaltigkeit ade, Turbo an

Die Arbeit muss immer schneller fertig werden. Tag und Nacht gehen Anrufe auf dem Smartphone ein, Konferenzen finden zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten in verschiedenen Zeitzonen statt, SMS und Emails sind »zeitnah« zu checken, zugleich gibt es Meetings mit KollegInnen, mehrere Projekte werden parallel verfolgt, vorgegebene Ziele und Deadlines sind einzuhalten – und am besten sind die Beschäftigten immer erreichbar und zeitgleich in den sog. ›sozialen Medien‹ aktiv. Natürlich werden frühzeitige Erledigung und ein perfektes Arbeitsergebnis erwartet. Schwächen und Erkrankungen sind nicht einkalkuliert.

Diese Arbeitsweise geht an die Substanz der Menschen. Da ist die Katastrophe oftmals nah – weil knapp geplante Projekte platzen oder Beschäftigte nicht mehr können. Jeder will sein Bestes geben, im Unternehmen und privat. Doch der immense Leistungs- und Erwartungsdruck ist wie ein Sog, dem niemand entkommt, auch am Feierabend, in der Nacht und am Wochenende nicht. Denn wenn zum Beispiel der »Cheftechniker« Ergebnisse bis zum Montag erwartet, gibt es für viele Beschäftigte keine Freizeit.

> »Die 40-Stunden-Woche habe ich nie eingehalten, doch jetzt kommt noch der Termin- und Gruppendruck dazu, den uns das Management von oben diktiert. Das ist doch nicht mit der Lean-Philosophie gemeint. Immer muss ich nachweisen, was ich tue, wie erfolgreich ich es tue, mich rechtfertigen und punktgenau abliefern. Dazu kommen noch permanente, überflüssige Reorganisationen vom Vorstand. Da verliere ich das Vertrauen.«

Viele KollegInnen stellen sich die Frage: »Schaffe ich es bis zum Rentenalter, gesund und fit zu bleiben, in diesem Rhythmus weiter zu arbeiten?« Durch permanente Restrukturierungen, extreme Leistungsanforderungen und Rationalisierungsmaßnahmen wie »Lean Production« (schlanke Produktion) in der Software-Entwicklung werden bei SAP Tatsachen geschaffen. Mit Hilfe von verkürzten Taktungen – zum Beispiel Produkt-Abgabe im Zwei-Wochen-Rhythmus – wird permanente Höchstleistung gefordert. Und der Takt kann zerstörerisch sein.

Tägliche Besprechungen, unklare Kompetenzverteilungen und unrealistische Terminvorgaben fördern die individuellen Belastungen. Auf der Strecke bleiben Regenerationspausen, die Gesundheit und oftmals das Innovationspotenzial der Fachkräfte, deren Motivation und Überzeugung, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen.

»Gratifikationskrise«

Wo Vertrauensarbeitszeitregelungen bestehen, müssten sie eigentlich auch zu mehr Arbeitszeit-Souveränität für die Beschäftigten führen, zu Freistellungsansprüchen und zum Mitentscheiden. Vertrauen beruht schließlich auf Gegenseitigkeit, doch der Grundsatz ist verletzt. »Net schwätze – schaffe!«, lautet ein bekanntes Sprichwort in der Region des Unternehmens.

Arbeitsanforderungen, Arbeitsleistungen und die Gegenleistungen der Arbeitgeberin stehen in einem immer größeren Missverhältnis. Schleichend stellt sich eine »Gratifikationskrise« ein: Unfassbar niedrig sind die fixen Mindest-Gehaltserhöhungen von knapp über einem Prozent, die in der Regel jährlich neu ›ausgeschüttet‹ werden. Überstunden gibt es in einer unternehmensorientierten Vertrauensarbeitzeit nicht, entsprechend werden sie auch nicht vergütet, auch wenn eine 60- oder 70-Stunden-Woche vorliegt. Die Zielvorgaben werden so hoch gesetzt, dass die variablen Anteile für die Beschäftigen in keinem Verhältnis zu den willkürlich festgelegten Zahlungen an das Management stehen. Die Bezahlung ist für viele Beschäftigte somit ungerechter und unfairer geworden.

Dagegen verdienen die SAP-Kapitalgeber Milliarden durch unbezahlte Überstunden der Beschäftigten, eine moderne und zugleich uralte Form betrieblicher Ausbeutungskultur. Allein der Aufsichtsratsvorsitzende erhielt für das Geschäftsjahr 2011 über 133 Mio. Euro Dividende. Ein Zeichen für ein immer größer werdendes Auseinanderdriften der sozialen Schere und ein Zeichen mangelnder Teilhabe der SAP-Beschäftigten am Unternehmenserfolg. Aufgeblähte Boni, Gehälter, Prämien, Optionsgeschäfte, Abfindungsregelungen, Antrittsgelder, Rentenbezugsansprüche und Abgangsentschädigungen für die sog. Wirtschaftselite sind Ausdruck eines finanzmarktgetriebenen Turbokapitalismus und seines kurzfristigen, irrsinnigen Renditedenkens. »Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird«, meinte schon Marx.

»Arbeiten bis zum Umfallen«

Trotz entsprechender Studien, vieler Erkenntnisse aus Untersuchungen und längst vorliegender konkreter Handlungsempfehlungen zur demografischen Entwicklung: Bei SAP wurde bisher nicht eine Maßnahme zur alter(n)sorientierten Gestaltung der Arbeitsbedingungen ernsthaft geprüft und umgesetzt. Von einer Entschleunigung kann nicht die Rede sein, denn weiterhin werden Beschäftigte als Modell »autistischer Leistungsmaschinen« betrachtet und gepuscht. Jeder hat als »Ressource« zu funktionieren und sich zu verhalten.

Die Beschäftigten verfügen oft nicht über den notwendigen Gestaltungsspielraum, um ihre Arbeitsaufgaben und -belastungen eigenständig angehen und verbessern zu können. Immer seltener werden direkte Aufträge formuliert, statt dessen gibt es indirekte Ziel- und Leistungsvorgaben. Nur das Ergebnis zählt. Notwendig wäre eine Wertschätzung von Erfahrungswissen, um die Kompetenzen der Beschäftigten zu erweitern. Allein die Einhaltung einer regelmäßigen, täglichen Arbeitszeit von acht Stunden wäre nachhaltig weniger belastend für die Menschen.

> »So stelle ich mir Fließbandarbeit vor, das hätte ich nie gedacht, dass ich den Sinn in meiner Arbeit verliere. Für Innovation habe ich keine Zeit, da Termine, Zahlen und Vorgaben mich erdrücken. Ich muss ja im Takt arbeiten.«

Die flexiblen Arbeitseinsätze, die überzogenen Arbeitsanforderungen und die Höchstleistungskultur – ohne Entlastungsregeln – bewirken, dass Menschen ihre Leistungsgrenzen permanent überschreiten. Viele Ärzte und Therapeuten warnen vor der Entwicklung

Planvolle Zerstörung in Südeuropa

Was es im »Six Pack« alles nicht mehr gibt – ein Lesetip von Fritz Hofmann

Bereits vor der Krise 2008/2009 hatten wir es in vielen EU-Staaten aufgrund von Arbeitsmarktreformen, Dezentralisierung von Tarifvertragssystemen, Rentenkürzungen, Privatisierung von Dienstleistungen und Abbau öffentlicher Gesundheitsleistungen mit Wellen der (Neo-) »Liberalisierung« zu tun. In den südeuropäischen Ländern (GIPS-Staaten, so die von den Autoren der Studie verwendete Abkürzung) waren solche Reformversuche vor allem in der Arbeitsmarkt-, Lohn- und teilweise in der Rentenpolitik aber weniger weit vorangeschritten und immer wieder am Widerstand der nationalen Gewerkschaften und linker Parteien gescheitert.

Die These der Autoren lautet, dass es sich bei der Politik, die die Troika den GIPS-Staaten aufzwingt und die von den dortigen Regierungen umgesetzt wird, auch um ein »Nachholen« handelt: ein nachholender Siegeszug des Neoliberalismus, der in den west- und osteuropäischen Ländern bereits ganze Arbeit geleistet hat. Ein Siegeszug, der soziale Katastrophen auslöst. Der den Kräften des Widerstands der Vergangenheit jetzt die Grundlage entzieht und sie zu zerstören sucht. Und der in seiner Konsequenz eben auch die gesamten übrigen europäischen Gewerkschaften schwächt und bedroht, die sich jedoch »bislang in ihren nationalen Bastionen verbarrikadieren« (S. 29).

Aber auch hinsichtlich der Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa ist das Urteil der Autoren eindeutig: »[Sie] … leisten keinen Widerstand gegen die Austeritätspolitik und die Schwächung der Gewerkschaften in Europa.« (S. 30)

Hier soll jetzt nicht der von den Autoren geforderte Politikwechsel diskutiert werden. Es soll vielmehr darauf hingewiesen werden, wie zeitgleich und verheerend in den südeuropäischen Ländern Veränderungen erzwungen werden. Die Studie arbeitet das für mehrere Bereiche heraus:

- eine *Privatisierung öffentlichen Eigentums* auch jenseits aller wirtschaftlichen Vernunft nach dem Modell deutscher Treuhand. »Nicht zufällig kommen einige der Investoren genau aus jenen Ländern, die maßgeblich bei der Formulierung der Bedingungen für die Kredite beteiligt waren.« (S. 24);
- ein *Abbau vorhandener Alterssicherungssysteme* in allen Ländern: Rentenkürzungen, Renteneintrittsmöglichkeiten, die sich um viele Jahre nach hinten verschieben, langfristig verheerende Senkungen von Rentenansprüchen;

Klaus Busch/Christoph Hermann/Karl Hinrichs/ Thorsten Schulten: »Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell«, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse (www.fes.de/ipa), 37 Seiten, November 2012

und sprechen von stark veränderten Krankheitsbildern bei allen Altersgruppen. Zum Beispiel melden Schwerbehinderte ihren Status nicht, weil die Betroffenen Nachteile für ihre berufliche Entwicklung oder Sanktionen befürchten. Junge Menschen, Zeitarbeitskräfte oder Beschäftigte mit Werkverträgen arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen, in der Hoffnung, dass sich daraus irgendwann einmal eine Festanstellung ergibt. SAP fördert die Entwicklung zum »kranken Unternehmen«, wie es eine Kollegin sagte.

»Ich hatte zum zweiten Mal Tinnitus, das ist schon ganz normal, brauchte schon längere Auszeiten, auch meine Ehe ging kaputt, manchmal denke ich, wie soll ich den ewigen Druck noch zwei bis drei Jahre aushalten.«

Was passiert mit Beschäftigten, die mit den Tempoverschärfungen nicht mehr mithalten können, wenn sich die Rahmen- und Arbeitsbedingungen nicht verbessern?

Gesundheitswesen nach Management-Maß

Oftmals sind psychiatrische und therapeutische Einrichtungen die letzte Hilfemöglichkeit für Betroffene, die unter Burnout, Depressionen oder Angststörungen leiden. Sie können am Arbeitsplatz und im Unternehmen nicht mit Unterstützung, Verständnis und Hilfe rechnen. Längst wird auch über arbeitsbedingte Suizide gemunkelt, auch wenn dazu bisher konkrete Erkenntnisse und Zahlen fehlen.

Das unternehmensinterne Gesundheitswesen definiert SAP als ein »im Kern nachhaltig gesundes und erfolgreiches Unternehmen«. Angesichts Hunderter von Langzeitkranken muss dies ›nachhaltig‹ bezweifelt werden. Darüber hinaus versteht sich das Gesundheitswesen als verlängerter Arm der Arbeitgeberin und Erfüllungsgehilfe im betriebswirtschaftlichen Sinne: »Das Thema der Zukunft ist jedoch nicht das Messen der physischen Abwesenheit (Absentismus), sondern die Frage, wie viel Produktivität dadurch verloren geht, dass Mitarbeiter dem Unternehmen nicht ihr volles Potenzial zur Verfügung stellen können (Präsentismus).« Tatsächliche Sozialpartnerschaft definiert sich anders, denn Stress ist keine rein persönliche Verhaltensreaktion. Statt verhaltensbezogener Maßnahmen bedarf es einer verstärkten Verhältnisprävention, das heißt: Die krankmachende betriebliche Realität muss verändert werden.

Ergebnisse zur »Work-Life-Balance« im Rahmen weltweit durchgeführter Mitarbeiterbefragungen durch die Arbeitgeberin wurden jahrelang ignoriert. Zuletzt mit der Begründung, dass das Engagement der Beschäftigten immer noch sehr hoch sei. Das Verhalten des Managements erscheint somit grob fahrlässig, wenn die »kollektiven Erschöpfungszustände« keine wirkliche Beachtung für die Arbeitsgesundheit finden. Es mangelt an Verbindlichkeit. Eine jüngst durchgeführte Befragung der IG Metall im Rahmen der Bundesinitiative »Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft« im Projekt »Arbeitsorientierte Innovationspolitik zur Sicherung und Förderung der Frauenbeschäftigung in industriellen Branchen« zeigt mehr als deutliche Warnsignale und eine dramatische Entwicklung auf:

- 38 Prozent der Befragten bemerken eindeutige Stresssymptome, bei weiteren 27 Prozent kommt dies gelegentlich vor.
- Beruf und Privatleben sind für 32 Prozent der Beschäftigten schwer vereinbar, für 40 Prozent ist das teilweise so. Männer sehen hier etwas mehr Probleme als Frauen.
- In ärztlicher Behandlung aufgrund arbeitsbedingter Stresssymptome sind 18 Prozent der Befragten. Weitere 8 Prozent sind dies gelegentlich.
- Die Erwartung, Mehrstunden arbeiten zu müssen, haben 63 Prozent der Befragten – auch hier äußern sich die Männer kritischer.

Die Studie hat SAP nicht interessiert.

»Die Haltbarkeitsdauer eines Software-Entwicklers ist nicht länger als die eines Kricketspielers – ungefähr 15 Jahre. Die 20-jährigen Typen bringen mir für den Unternehmenserfolg mehr als die 35-Jährigen (...) Bei dem Tempo, in dem die Technologie sich verändert, wird man mit 35 sehr schnell überflüssig, wenn man nicht dazulernt. Für 40-Jährige ist es sehr schwierig, relevant zu sein.« (Aussage eines SAP-Managers, bevor er befördert wurde.)

Zwar gibt es seit 2011 Regelungen für die Wiedereingliederung von Langzeitkranken – mit der Einführung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) sollte jeder bei der Rückkehr ins Unternehmen auf Wunsch Unterstützung erhalten. Gerade bei psychischen Erkrankungen kann sich das BEM aber als Drama für die Betroffenen darstellen. Denn eine ernsthafte Wiedereingliederung stellt sich bei einer physisch bedingten Erkrankung einfacher dar als bei psychisch bedingter Abwesenheit. Bei psychischen Langzeiterkrankungen spielen neben dem erheblichen Leistungsdruck und den überhöhten Zielvorgaben insbesondere die Personen, die den Leistungsdruck weitergeben, eine entscheidende Rolle. Oftmals ist die Wiedereingliederung in den gleichen Bereich mit der gleichen Umgebung und den gleichen Vorgesetzten unmöglich. Es muss ein anderer Bereich gefunden werden. Die Bereitschaft der Arbeitgeberin dazu hält sich allerdings in Grenzen. Von Verantwortlichen müssen sich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dann schon mal Aussagen anhören wie »Bitte hab Dich nicht so«, »Stell ich nicht so an«, »Streng Dich an«, »Hattest Du zu viel Stress zu Hause?«, »Es wird viel besser als vorher« oder »Es wäre doch besser, außerhalb von SAP eine ›Herausforderung‹ zu suchen«. Die Arbeitgeberin geht logischerweise gerne den einfachen Weg: zurück in die alte Abteilung, obwohl dies von externen Therapeuten sehr selten empfohlen wird.

Die Kolleginnen und Kollegen sollen ein paar Monate »nett« zu dem Rückkehrer sein, der Chef auch. Es wird verlautbart, der kranke Kollege/Kollegin habe gefehlt, weil er/sie »private oder persönliche Probleme« habe. Man schont sie oder ihn dann eine gewisse Zeit, und dann fangen Stress und Druck wieder von vorne an.

Letztlich schiebt SAP die Probleme auf den Einzelnen ab und individualisiert das Thema Krankheit. Die Arbeitgeberin leugnet die Verantwortung, die Antreiberin und Ursache für psychische Probleme, Burnout mit Angstzuständen, Panikattacken und Selbstmordgedanken zu sein.

Marktradikal kontrolliert und gesteuert

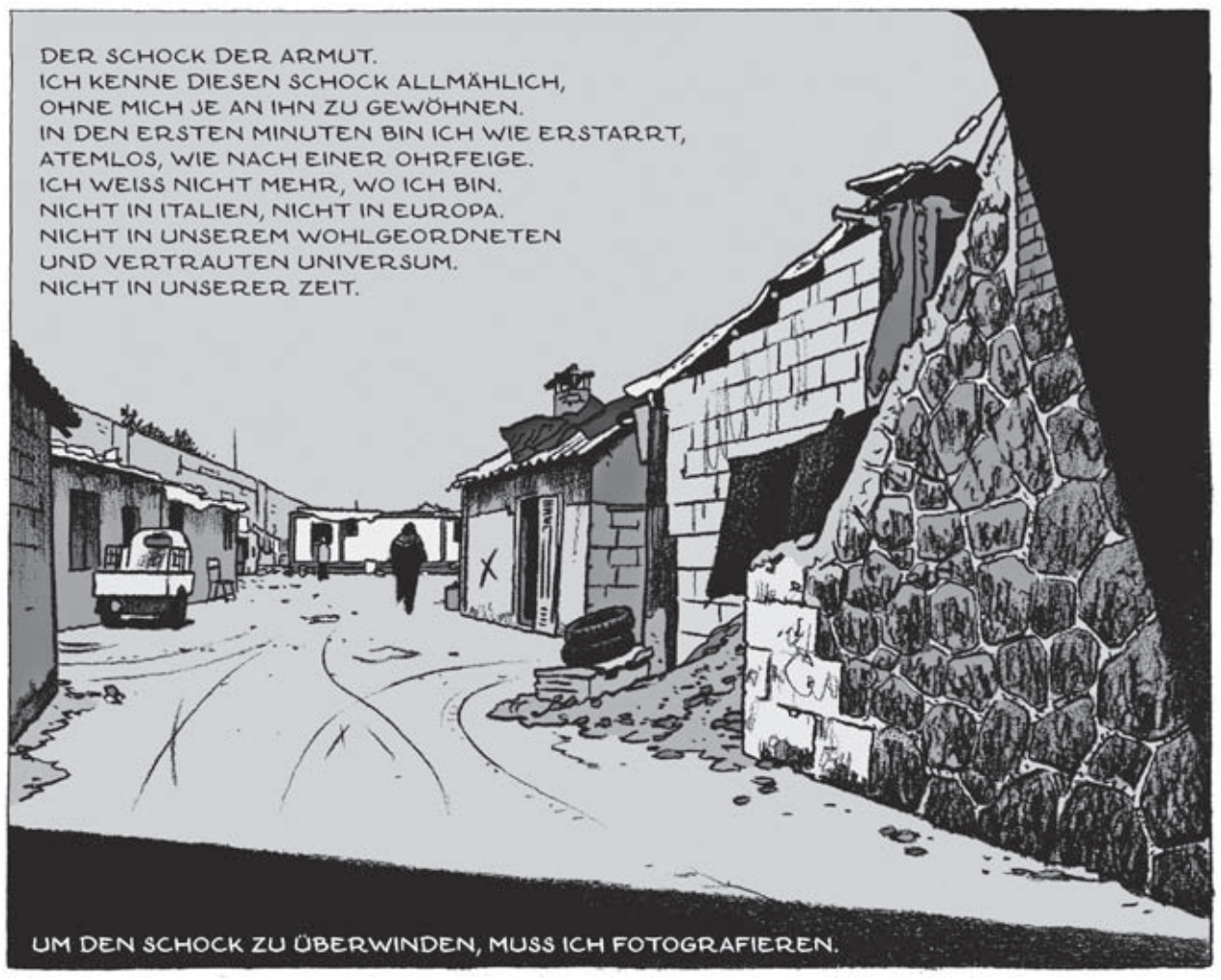
Als zentrale Ursache für die immensen arbeitsbedingten Belastungen kann die maßlose, marktradikale Renditevorgabe angesehen werden: Im Jahr 2015 soll sie über 35 Prozent erreichen. Der persönliche Profit von wenigen ist hier wichtiger als Fragen zur Gesundheit am Arbeitsplatz.

Die Entwicklung bei SAP steht dafür, wie stark zwei Pole auseinander driften: die wirtschaftlich möglichst optimale Verwertung der Arbeitskraft und die soziale Anerkennung der Arbeitsleistung. Jeder Beschäftigte soll als Individuum seine Wettbewerbs- und Wertschöpfungsfähigkeit täglich unter Beweis stellen. Wer »sich nicht rechnet«, dem drohen Sanktionen – spätestens im jährlichen Mitarbeitergespräch, das die Bewertung der Leistung, des Engagements und zukünftig des Verhaltens (z.B. Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Arroganz o.ä.) bzw. der Einhaltung von »Unternehmenswerten« beinhaltet.

Die Arbeit im Unternehmen muss umgestaltet werden: Der psychische Druck und die Dauerbelastung müssen abgebaut werden. Gegen vorgegebene Rahmenbedingungen und inhumane Arbeitsbedingungen kann der einzelne Beschäftigte allein nichts unternehmen. Und: Auf freiwilliges Handeln von oben zu warten, das zeigt die Erfahrung, ist ein Fehler und illusorisch. Zu guter Arbeit gehören nachhaltige Arbeitsbedingungen.

Doch während die Durchsetzung entsprechender Forderungen schon auf betrieblicher Ebene, im direkten Kontakt der Beschäftigten untereinander und mit dem Management schwierig ist und eine Überwindung der individualisierenden Managementtechniken voraussetzen würde, rollt die nächste Welle zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen bereits auf uns alle zu: Cloud Computing, Crowdsourcing, Talent Cloud – neue Arbeitsformen

Fortsetzung auf Seite 8 oben



• die *Zerstörung vorhandener Lohnsysteme* und ein *neuer europäischer Interventionismus* im Bereich der Lohnpolitik.

Bemerkenswert ist, dass die GIPS-Staaten sehr entwickelte Flächentarifvertragsstrukturen und eine hohe Tarifbindung von 80 bis 90 Prozent aufwiesen – eine deutlich höhere Quote als in anderen europäischen Ländern. Das hatte sich auch lange Zeit als außerordentlich stabil erwiesen. Genau diese Strukturen werden jetzt planmäßig zerstört: durch massenhafte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und durch gezielte Intervention der EU.

Ursprünglich war im EU-Vertrag eine europäische Regelungskompetenz für den Bereich der Lohnpolitik noch ausdrücklich ausgeschlossen. Im März 2011 wurde dann auf Initiative von Merkel und Sarkozy der sogenannte Euro-Plus-Pakt überall durchgedrückt. Mit diesem Pakt hat sich die EU das Recht zur »Überprüfung der Lohnbildungsverfahren und erforderlichenfalls des Grads der Zentralisierung im Verhandlungsprozess« zusichern lassen (S. 13). Und sie hat bereits der Hälfte aller EU-Staaten Reformen in den Tarifvertragssystemen »empfohlen«.

Im Falle der GIPS-Staaten lief dies über offene Erpressung: Kauf von Staatsanleihen gegen Zerstörung der Tarifvertragssysteme. Zu nennen sind: gesetzliche Ausdehnung von Öffnungsklauseln (Italien, Portugal, Spanien), Vorrang von Haustarifverträgen vor Flächen- oder Branchentarifverträgen (Griechenland, Spanien), betriebliche Vereinbarungen auch mit nichtgewerkschaftlichen Vertretungen (Griechenland, Portugal), verkürzte Nachwirkungsfristen (Griechenland, Spanien), Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit (Portugal). Die Troika zwang diese Länder außerdem zu direkten Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst sowie zur Absenkung von Mindestlöhnen.

Nur durch diese Zerstörung der Lohnsysteme ist der jetzt stattfindende katastrophale Absturz der Löhne möglich geworden – und der Prozess geht weiter. Selbst einzelne militante Abwehrkämpfe in den GIPS-Staaten konnten diesen Prozess ja bisher nicht aufhalten. In der Situation der Massenarbeitslosigkeit sind Gewerkschaften welcher Art auch immer geschwächt. Da sind Flächentarifverträge, Nachwirkungsfristen, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, Mindestlöhne etc. Sicherungsseile gegen den Absturz. Und deswegen das Verlangen der Troika: Kappt die Seile, lasst sie abstürzen bis ganz unten!

Der Leser möge nicht meinen, dieser neue lohnpolitische Interventionismus beträfe auch zukünftig nur die Länder des Südens. Der sogenannte »Six-Pack« setzt den genannten Euro-Plus-Pakt um. Zur »Korrektur von Ungleichgewichten« überwacht die EU zukünftig die gesamte ökonomische Entwicklung der einzelnen EU-Staaten anhand festgelegter ökonomischer Zielmarken. Dazu gehört insbesondere jede einzelstaatliche Lohnentwicklung. Auf dieser Basis spricht sie dann »Empfehlungen« für die nationale Wirtschaftspolitik aus. Die Nichteinhaltung dieser Empfehlungen kann mit finanziellen Sanktionen belegt werden. Dabei wird man insbesondere die Entwicklung der Lohnstückkosten und die nationalen Lohn- und Tarifvertragssysteme im Visier haben. Lohnstückkosten dürfen in Ländern der Euro-Zone zukünftig in drei Jahren nur um maximal neun Prozent wachsen (S. 9).

Die Wichtigkeit der vorliegenden Studie ergibt sich schon daraus, dass sie uns auf dieses neue alarmierende Element, das direkte Eingreifen der EU in die Lohnauseinandersetzungen, bis hin zum direkten Lohnabbau, aufmerksam macht.

Fortsetzung von Seite 7 oben

mischen momentan die IT-Branche ordentlich auf.

> »Das Besondere am Cloud-Geschäft ist, dass man laufend liefern muss. Extrem kurze Release-Zyklen, ständige Änderungen, permanente Innovationen, unmittelbare Reaktionszeiten: Das kennzeichnet unser Business.«
>
> Leiter des Bereichs »Cloud«

Arbeiten in der Wolke

Was harmlos klingt, ist im Prinzip eine Arbeitsverlagerung ohne Beschäftigungssicherung. Dies könnte einen Großteil der 900 000 IT-Beschäftigen in Deutschland treffen. Unter »Crowdsourcing« versteht man die »Strategie des Auslagerns einer üblicherweise von Erwerbstätigen entgeltlich erbrachten Leistung durch eine Organisation oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufes an eine Masse von unbekannten Akteuren, bei dem der Crowdsourcer und/oder die Crowdsourcees frei verwertbare und direkte wirtschaftliche Vorteile erlangen.« (Papsdorf 2009) Das passiert beispielsweise über virtuelle Netzwerke oder das World Wide Web. Firmen stellen Aufträge einfach online ins Netz, sie müssen sich noch nicht einmal mehr um die Frage »Leiharbeit oder Werkverträge?« kümmern und warten nur noch, bis die Dienstleistung geliefert wird. Die beste und billigste Lösung erhält den Zuschlag. Alle anderen haben umsonst gearbeitet. Im Internet konkurrieren dann fachliche Experten aus der ganzen Welt um den Auftrag, selbstverständlich unter der Leistungs- und Verhaltenskontrolle des Auftraggebers. Einen festen Arbeitsvertrag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub – all das wird es nicht mehr geben. Mit neuesten elektronischen Mitteln halten so alte Prinzipien des Wanderkapitalismus wieder Einzug. Ein globalisierter Arbeitsmarkt ohne »Leitplanken« und Regeln wird zu noch mehr Stress und Krankheiten führen – auch deshalb, weil die unternehmerischen Risiken vollständig auf die Beschäftigten abgewälzt werden.

Ein Vorstandssprecher von SAP hat kürzlich bereits angekündigt: »So wollen wir eine Million Entwickler von Software für uns gewinnen, ohne sie bei SAP anstellen zu müssen«. Eine klare Ansage an die Beschäftigten von SAP, die viele verunsichert und ein beängstigendes Zukunftsszenario erahnen lässt. Doch das Arbeiten in der Wolke wird bei der IT-Branche nicht Halt machen. Umso mehr gilt: Gute Arbeit kommt nicht von allein. Dafür müssen wir streiten.

** Ralf Kronig ist IG Metall- und Betriebsratsmitglied bei der SAP AG und aktiv bei »GewerkschaftsGrün«. Kontakt: ralf.kronig@sap.com*

Literatur:
Christian Papsdorf: »Wie Surfen zur Arbeit wird. Crowdsourcing im Web 2.0«, Frankfurt a.M./New York 2009

Wirtschaften ohne Chef?

Einblicke in eine »selbstverwaltete« Taxi-Genossenschaft

The creatures outside looked from pig to man, and from man to pig, and from pig to man again; but already it was impossible to say which was which.
George Orwell

In Göttingen ist die Firma PuK (Personenbeförderungs- und Kurierdienste) minicar wohl den meisten bekannt: Sie ist mit etwa 100 MitarbeiterInnen zurzeit der größte »selbstverwaltete« Betrieb in Niedersachsen und wurde vor mehr als 25 Jahren von einigen TaxifahrerInnen gegründet, die mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden waren, eine Alternative zu den anderen Taxi-Betrieben suchten – und seitdem in Konkurrenz zu diesen fahren. Kennzeichnend für minicar ist, dass die Firma aktuell zu etwa 75 Prozent einem Trägerverein gehört, in dem nur Mitglied werden kann, wer dort auch arbeitet.[1] D.h. der Betrieb gehört formal weitgehend den Angestellten. Beschlüsse werden gemeinschaftlich nach dem Mehrheitsprinzip auf Betriebsversammlungen gefasst und sollen für alle gelten. Statt eines »üblichen« Chefs wird die Firma von einem Geschäftsführer geleitet, der vom Verein eingesetzt wird und auch abgewählt werden kann. Das klingt soweit gut.

Großen Wert legt PuK minicar auf ein »grünes« (viele Erdgasautos) und soziales Image, um bei der in Göttingen stark vertretenen grünen bzw. linksliberalen Klientel zu punkten. Letzteres ist sowohl auf Außenwirkung (behilfliche FahrerInnen, Rollstuhlbusse, Kindersitze in verschiedenen Größen) als auch nach innen (»anderer« Umgang miteinander, Gemeinschaft) angelegt. Auch dies klingt noch richtig gut.

Anspruch und Wirklichkeit

Wie repressiv der Arbeitsalltag bei PuK minicar aber tatsächlich ist, erfährt der normale Kunde oder die normale Kundin nicht. In den letzten zehn Jahren hat sich die Sozialstruktur bei minicar sehr verändert. Waren früher fast alle FahrerInnen StudentInnen, also relativ jung, relativ ungebunden und folglich auch sehr flexibel sowie gesund, gibt es jetzt kaum noch Studis, was nicht zuletzt auch den verschärften Studienbedingungen, dem geringen Lohn und der mittlerweile mangelnden Flexibilität der Firma in bezug auf Schichtenvergabe bzw. /-absage zu verdanken ist. Jetzt sind die meisten KutscherInnen Festangestellte, viele davon sind (wie ein großer Teil der Teilzeitkräfte) älter, was natürlich zu geringerer Flexibilität wegen Kindern oder PartnerInnen führt und auch zu einem insgesamt höheren Krankenstand, doch zu Letzterem unten mehr.

Branchentypisch für das Taxi- /Mietwagengewerbe ist neben einer hohen Fluktuation ein geringer Frauenanteil, bei minicar sind es knapp fünf Prozent. Sicherlich auch dadurch gefördert, dass im Gegensatz zu früheren Jahren, als Frauen noch gefragt wurden, ob sie auch Nachtschicht fahren wollen oder nur Tagschicht, seit Sommer 2007 versucht wird, auch diejenigen Frauen, die nachts nicht fahren wollen, zu Nachtschichtfahrten zu pressen, z.B. indem sie anderenfalls nicht genug Schichten bekommen. In neueren Arbeitsverträgen ist der Zwang zur Nachtarbeit mittlerweile festgelegt, so dass, wer sich dennoch weigert, mit Kündigung rechnen darf. Dass die Häufigkeit dummer Sprüche bis hin zur sexuellen Belästigung für Frauen in der Nachtschicht signifikant höher ist als für Männer, dürfte allgemein bekannt sein.

Der Tätigkeitsbereich von PuK minicar umfasst neben Personentransport auch allgemeine Kurierfahrten und feste Posttouren. Dabei war die Firma zeitweise dank persönlicher Beziehungen des langjährigen Geschäftsführers Christoph Spohr Subunternehmer für die »blaue« Post (das Privatunternehmen »Citipost«) und damit auch als Lohndrücker bei der Umgehung von Tariflöhnen beteiligt, da die »blaue« Post genau wie die anderen privaten Brief- und Paketzusteller (z.B. TNT) in der Bezahlung der Angestellten deutlich unter den gesetzlichen Mindestlöhnen der »gelben« Post liegt. Diese Fahrten mögen sich zwar für die Firma als solche gerechnet haben, aber *auf keinen Fall* für die KutscherInnen, die diese Fahrten aus ihrer »normalen« Fahrschicht heraus machen mussten. Aufgrund ungünstiger Fahrstrecken, Uhrzeiten und Laufereien lag der Lohn für diese Fahrten noch unter dem branchenüblichen Hungerlohn von 5-6 Euro pro Stunde in der Tagschicht und erst recht unter dem Lohn auch nur der Privaten. Auch die FahrerInnen, die extra für feste Auslieferungstouren auf 400-Euro-Basis angestellt sind, erhalten nicht die Löhne der »gelben« Post, sondern liegen auf dem Niveau der Posttarifumgeher.

Informalisierung als Verselbständigung von Hierarchien

Einen Betriebsrat gibt es bei PuK minicar nicht. Formal werden ja alle Entscheidungen, die die Firma betreffen, auf Plena getroffen; und theoretisch kann jedeR, die/der unzufrieden ist, selbst eine Betriebsversammlung (BV) veranstalten. De facto sieht es aber so aus, dass diese Plena von stets denselben Personen – Geschäftsführer (GF), Büro, OSP (Schichtplaner) sowie 2-3 »linientreuen« FahrerInnen – dominiert werden. Seit im Sommer 2007 ein neuer Verantwortlicher für die Schichtplanung diesen Job übernommen hat, werden alle Maßnahmen, die die Arbeitsbedingungen selbst betreffen, direkt vom OSP durchgezogen, bestenfalls noch mit *nachträglicher* Absegnung einer irgendwann später sowieso erfolgenden BV. Diese Personen verfügen aufgrund ihrer Tätigkeiten in der Firma bei anstehenden Entscheidungen i.d.R. als einzige über das

BUVLJAK HEISST FLOHMARKT. ES GIBT TATSÄCHLICH EINEN, NICHT WEIT VON HIER. UNTER EINER RIESIGEN BRÜCKE, IM STÄNDIGEN ZWIELICHT. ZÜGE RUMPELN DARÜBER, IN DEN BAHNHOF NOVI BEOGRAD HINEIN UND WIEDER HERAUS. DIESE BRÜCKE IST EIN GEWALTIGER DECKEL, DER DAS LICHT, DAS LEBEN, DEN LÄRM ERSTICKT. WOHIN MAN SCHAUT IST DER BODEN VON ABFALL BEDECKT. DIESER ORT IST ERSTAUNLICH.

Mehr Löcher im Binnenmarktkäse

EU perforiert Entsenderichtlinie, EGB demonstriert – mit zu wenigen

Wo die EU-Kommission von einem verbesserten Schutz für ArbeitnehmerInnen spricht, sehen Gewerkschaftsvertreter bloß eine »Mogelpackung«: Die europäische Entsenderichtlinie, die Regelungen für den grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitskräften trifft, soll um eine »Durchsetzungsrichtlinie« ergänzt werden. Eigentlich ist das eine Reaktion auf die Kritik am verbreiteten Ausbeutergebaren etwa im Baugewerbe oder in Schlachtbetrieben, wo die Entsendung von Arbeitskräften im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit häufig missbraucht wird, um rechtliche und tarifliche Standards zu unterlaufen. Tatsächlich aber droht eine weitere Verschlechterung der ohnehin löchrigen Kontrollmöglichkeiten. Dagegen haben am 23. Januar etwa 4000 GewerkschafterInnen in Brüssel demonstriert, weitgehend unbemerkt auch von der hiesigen (Gewerkschafts-)Presse.

»Seit vielen Jahren sind die bestehenden Missbrauchsformen bestens bekannt«, heißt es in einer Presseerklärung von Werner Buelen, Sekretär der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter, anlässlich der Demonstration. Auf Seiten der Kommission sei aber keine Bereitschaft zu erkennen, ihre orthodoxe Arbeitsmarktpolitik zu ändern. »Die Europäische Kommission pocht ständig auf ihre Binnenmarktdogmen (wie Unternehmergeist, Vereinfachung der Verwaltungsarbeit, freier Wettbewerb …) als Wundermittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Europa und zur Lösung des Arbeitslosenproblems.« Am meisten leideten darunter die entsandten Arbeitnehmer, die für einen Bruchteil dessen arbeiteten, was ihnen eigentlich zustehe.

Für sie gilt prinzipiell zunächst die volle Härte des Binnenmarktes: Sie werden entlohnt nach den Bedingungen des Entsendestaates, auch wenn das Lohn- und Sozialgefüge am Ort des Arbeitseinsatzes deutlich höher ist. Das ist das sog. »Herkunftslandprinzip«, das unter dem EU-Kommissar für Binnenmarkt, Steuern und Zollunion, Frits Bolkestein prägend für die Dienstleistungsrichtlinie wurde. Wegen massiver Beschwerden gegen die sog. »Bolkestein-Richtlinie« und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen kam es zu einer etwas weicheren Fassung: Die EU-Staaten haben die Möglichkeit, im Rahmen der europäischen Entsenderichtlinie ein nationales Entsendegesetz zu verabschieden. In diesem können Branchen benannt werden, für die ein Branchen-Mindestlohn unabhängig von der Herkunft gilt, oder es kann ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn verabschiedet werden, der »Equal Pay« – also gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – dann auch für die entsandten Beschäftigten garantiert.

Doch Deutschland tut sich bekanntlich schwer mit der Verabschiedung von Branchen-Mindestlöhnen, ganz zu schweigen von einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, und macht insofern offensiven Gebrauch von der Lohndisparität. Trotzdem: Selbst in der geringen Anzahl von Branchen, in

nötige Faktenwissen und besitzen als einzige die Möglichkeit, während ihrer regulären und zudem noch sehr frei gestaltbaren Arbeitszeit Dinge vorzudiskutieren, um sie später entsprechend – oft schon mit Hinblick auf das »optimale« Ergebnis – auf einer Betriebsversammlung vorzustellen. Was sie vielleicht alles nicht erzählen, darüber gibt es keine Kontrollmöglichkeiten für die normalen FahrerInnen. Zudem haben die KollegInnen aus der »Führungsetage« reichlich Gelegenheit, sich so abzusprechen, dass sie sich auf einem Plenum die Bälle gut zuspielen können.

Die FahrerInnen hingegen – so sie überhaupt noch zu diesen Treffen gehen – sind dagegen bestenfalls halbinformiert und dazu noch individualisiert. Sie haben während ihrer Arbeitszeit kaum Möglichkeiten, sich in größeren Gruppen auszutauschen, da sie meist auf der Straße sind und auch in auftragsärmeren Zeiten selten vernünftige Gespräche möglich sind, da ständig neue Leute hinzukommen oder andere gehen und Aufträge fahren müssen. Nach der Fahrschicht läuft mittlerweile meist alles auseinander (dazu mehr im nächsten Punkt), und auch die wenigen KutscherInnen, die bleiben, sind meist zu müde und wollen nur noch ihr Bier kippen. Folglich bleiben konstruktive Gespräche und Analysen und erst recht kollektives Dagegenhalten auf der Strecke. So enden diese BVs oft mit den »von oben« gewünschten Ergebnissen.

Selbstverwaltung degeneriert zur Zustimmungsdiktatur

Dies führt dazu, dass ältere KollegInnen oft gar nicht mehr zu den Plena kommen, »weil ja sowieso alles feststeht«. Von den jüngeren erscheinen die meisten ebenfalls nicht, z.T. weil es ihnen von Anfang an egal ist, z.T. weil sie meinen, noch zu wenig zu wissen, um mitreden zu können. Wie sehr die Plena durch die Betriebsführung dominiert werden, haben »die Neuen« noch nicht realisiert, so dass diejenigen, die teilnehmen, tatsächlich noch glauben, sie hätten ein wirkliches Mitspracherecht bei Entscheidungen.

Die BVs finden in dem 24-Stunden-Betrieb ohne Unterbrechung des Fahrgeschäfts statt, so dass diejenigen, die zu der Zeit Schicht haben, selbst wenn sie wollen, nicht teilnehmen können, es sei denn, sie finden jemanden zum Tauschen, der/die dann wiederum ... Die Teilnahme ist selbstverständlich *nicht* bezahlte Arbeitszeit!

Die so »selbstbestimmten« Arbeitsbedingungen würden jedem »normalen« kapitalistischen Betrieb zur Ehre gereichen und haben sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. So wurde, sobald dies gesetzlich möglich war, die Probezeit von drei Monaten auf sechs Monate erhöht – mit der entsprechenden Unsicherheit für die NeukutscherInnen. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es nicht. Es gibt – was für das Betriebsklima spricht – auch keine offizielle Weihnachtsfeier. Wenn doch wenigstens von einem Teil der Belegschaft gefeiert wird, ist das von einigen KollegInnen privat organisiert und die Beteiligung der »Chefetage« (GF, Büro und OSP) äußerst spärlich. Für den Urlaub gibt es nur die normale gesetzlich vorgeschriebene Lohnfortzahlung, obwohl oft und gern von Urlaubsgeld geredet wird. Aber den Unterschied kennt in der FahrerInnenschaft kaum jemand, so dass fast alle glauben (wollen), sie bekämen wirklich Urlaubsgeld!

Der Urlaub bei minicar liegt nur knapp über dem gesetzlichen Mindesturlaub. Die FahrerInnen haben zwar laut Arbeitsvertrag 35 Urlaubstage, diese werden jedoch von der De-facto-Firmenleitung nur als fünf Wochen verrechnet. Das BRD-Arbeitsrecht kennt jedoch keine 7-Tage-Arbeitswoche!

Vor einigen Jahren noch war dies egal, 35 Tage wurden bezahlt und damit gut. Wer mehr als fünf Wochen brauchte, nahm eben noch unbezahlten Urlaub dazu, kein Problem. Manch andere nahmen dafür oft weniger Urlaub und ließen sich den Rest auszahlen. Jeder/jedem nach ihren/seinen Bedürfnissen. Der Betrieb funktionierte. Dieses System wurde abgeschafft, ohne nennenswerte Reaktion der Belegschaft. Die einzige Fahrerin, die es wagte, sich zu widersetzen, wurde fristlos gekündigt, und nun sind 35 Tage tatsächlich nur fünf Wochen Urlaub fürs Fahrpersonal.

Im Krankheitsfall wird – was sogar in »normalen« Firmen unüblich, aber gesetzlich zugelassen ist – bereits ab dem ersten Krankheitstag ein »gelber Schein« verlangt. Oder der/die FahrerIn bekommt eben keine Lohnfortzahlung. Erstaunlicherweise gibt es noch keine Karenztage[2], aber vielleicht wird da die »Firmenleitung« noch »innovativ« tätig werden.

Bei PuK minicar gibt es einen starken sozialen Druck auf Kranke, sowohl von oben als auch durch einen Teil der Belegschaft (»Die ist so oft krank, und ich verdiene deshalb weniger«, weil man ja bei Gewinnbeteiligung und Lohnfortzahlung für die Kranken »mitverdienen« muss). So wird die Lohnfortzahlung oft nicht in Anspruch genommen. Viele kommen, weil sie »der Firma nicht schaden« wollen, krank zur Arbeit (einige auch, weil sie Angst haben, sonst nicht ausreichend Kohle zu bekommen, da die Lohnfortzahlung geringer ausfällt als der normale Verdienst) oder bleiben zu Hause, ohne einen »Gelben« abzugeben. Etliche haben Angst, zu oft krank zu sein, vor dem Gehetze einiger KollegInnen, vor dem »Chefgespräch« oder vor Entlassung. Einige andere dagegen sind stolz darauf, zu den »ganz Harten« zu gehören, wenn sie mit 39 Grad Fieber ihre 12-Stunden-Schicht runterfahren und sind ganz vorne mit dabei, wenn es gilt, denen, die häufiger oder länger krank sind, die Solidarität zu kündigen.

Gearbeitet wird im Normalfall in Zwölf-Stunden-Schichten, gewöhnlich von sechs Uhr bis 18 Uhr. Vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind bei zwölf Stunden zwei Stunden Pause, die jedoch nicht am Stück genommen werden dürfen, sondern es müssen mindestens zwei jeweils mindestens 30 Minuten lange Pausen sein (der Rest der Zeit ist frei verfügbar). Das ist bei minicar i.d.R.nicht gegeben.

Zwar ist den FahrerInnen seit einigen Jahren eine halbe Stunde Pause pro Schicht vorgeschrieben, allerdings nicht zum Wohle der Arbeitenden, sondern um (bezahlte) Stunden für die Firma zu sparen. Auf Grund eines Schichtmindestlohnmodells muss der Betrieb umsatzschwache Zeiten »sponsern«, d.h. den Lohn aufstocken. Dies soll durch die Pausen verringert werden. Wenn nichts los ist, darf es folglich gerne auch etwas mehr sein, vorausgesetzt, die KutscherInnen sind jederzeit erreichbar, um bei geänderter Auftragslage sofort starten zu können.

Weil die Pausenregelung nirgends fixiert ist, sieht es anders aus, wenn viel zu tun ist. In auftragsstarken Zeiten wie oft vor Weihnachten und an manchen Wochenenden oder wenn viele Leute krank sind, heißt das oft *null Pause!* Was es heißt, zwölf Stunden ohne Pause auf dem Bock zu sitzen, hauptsächlich im Stadtverkehr, vielleicht noch im Hochsommer bei defekter Klimaanlage, kann sich jedeR selbst ausmalen. Erschöpfung führt zu Unachtsamkeit, Unfreundlichkeit und erheblich erhöhtem Unfallrisiko. Dazu kommt, dass die Schichten seit einigen Jahren äußerst knapp besetzt sind, um keinen Leerlauf zu haben und Stunden einsparen zu können.

Außerdem sind die FahrerInnen zunehmend gedrängt, Tag- und Nachtschichten in *einer* Woche durcheinander zu fahren. Wer die Belastungen und Gesundheitsrisiken schon eines »normalen« Wechselschichtsystems kennt, weiß, was das für das Fahrpersonal bedeutet. Kein Wunder, dass – trotz des repressiven Klimas gegenüber Kranken – die Krankenstände steigen!

Frei nach dem Adenauerprinzip »Was schert mich mein Geschwätz von gestern!« wird in dieser Firma auch mit manchen Beschlüssen der BV umgegangen, wenn sie nicht mehr in den Kram passen. Wurde vor Jahren auf einer BV entschieden, wegen der starken, auch psychischen Belastung solle niemand länger als zwei Jahre Schichtplanung machen, da dieser Job zusätzlich zur normalen Arbeit als Fahrer und Zentralist ausgeübt wird, so ist der derzeitige OSP seit mehr als vier Jahren im Amt (und seit eineinhalb Jahren auch noch einer von zwei Geschäftsführern). Oder eine Regelung, dass bei einem längeren als fünfwöchigen Urlaub die festen Schichten für zwei Monate verlustig gehen, wird mal eben auf einen zeitlich nicht mehr begrenzten Verlust hin verlängert.

Auch die Punkte im Arbeitsvertrag der FahrerInnen werden von Betriebsführung und OSP frei gehandelt. So konnte laut Arbeitsvertrag – das war ein Vorteil und blieb lange ein Überbleibsel der einst egalitären Strukturen – auch bei festen Schichten eine Schicht bis acht Tage vorher abgesagt werden. Nur bei kurzfristiger Absage musste ein wichtiger Grund wie Krankheit vorliegen oder von den FahrerInnen Ersatz beschafft weren. Auch dies ist nicht mehr, ohne dass es je einen Beschluss irgendeiner BV dazu gegeben hätte. Nicht einmal ein »normales« Schichtentauschen unter KollegInnen ist ohne Genehmigung des OSP noch zulässig.

Logisch, dass solche Verschärfungen nicht ohne Sanktionen, vorbei an irgendwelchen Plena, durchgedrückt werden können. Die FahrerInnen und z.T. auch die ZentralistInnen murren zwar und schimpfen hinter vorgehaltener Hand über den Schichtplaner, dabei bleibt es aber auch. Niemand hat den Mut, sich zu exponieren, bedingt auch durch das Wissen, im Zweifelsfall keine offene Unterstützung zu bekommen.

Wurden zu Beginn der Tätigkeit des neuen Schichtenplaners noch »auffällige«, ihm in

Fortsetzung auf Seite 10 oben

50 FAMILIEN WOHNEN HIER. EIN ANDERES CAMP, GEGENÜBER DER BRÜCKE, BEHERBERGT 70 FAMILIEN. INSGESAMT ETWA 800 MENSCHEN. MIR FÄLLT AUF, DASS DA, INMITTEN DES SCHÄBIGSTEN UND TRÜBSELIGSTEN ELEND, KINDER SIND, DIE MIT INBRUNST DAS RAD SCHLAGEN.

denen ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz gilt (migrationspolitisch relevant u.a. Bau, Pflege, Gebäudereinigung, Wach- und Sicherheitsgewerbe), ist es um dessen Durchsetzung schlecht bestellt: Die entsendenden Unternehmen nutzen systematisch und mit allen Tricks die Unkenntnis ihrer Beschäftigten, um ihnen den zustehenden Lohn vorzuenthalten und auf diese Weise Aufträge zu Dumping-Konditionen zu erhalten. Die Papiere für die Beschäftigten werden meist in den Heimatländern angefertigt und sind in den entsprechenden Herkunftssprachen verfasst. Und das Gros der deutschen Auftraggeber kümmert sich einen feuchten Kehricht um die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, solange auf den mehr oder weniger gefälschten Papieren alles stimmt und die Vergabe-Kette der Subunternehmer hinreichend lang ist.

Wer hat unter solchen mafiotischen Strukturen ein Interesse daran zu kontrollieren, ob die tatsächlichen Arbeitszeiten und die ausgezahlten Löhne von kleinen Grüppchen oder gänzlich vereinzelten ArbeiterInnen den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen? Wer kontrolliert, ob ihr Urlaubsanspruch korrekt berechnet, ihre Überstunden erfasst und vergolten, ihre Sozialabgaben überhaupt und dann noch bestimmungsgemäß gezahlt wurden? Wer will wissen, ob es sich bei den selbstständigen Fliesenlegern, Schlachtern und Haushaltshilfen nicht eigentlich um abhängig Beschäftigte handelt, die um ihre Rechte als ArbeitnehmerInnen und Sozialversicherte geprellt wurden? Wenn man wollte, gäbe es viele Ansatzpunkte und viel Verbesserungsbedarf in Sachen Entsenderichtlinie…

Doch als systematisches Problem fällt dies eigentlich nur dann auf, wenn die entgangenen Sozialversicherungsbeiträge aufsummiert werden. Das war dann auch der Hintergrund für den Novellierungsbedarf zur Entsenderichtlinie, der von der EU-Kommission unter dem Motto einer Vereinfachung der Verwaltungs- und Kontrollmöglichkeiten verhandelt wurde. Was also ist passiert?

Wie Frank Schmidt-Hullmann (IG BAU-Bundesvorstand) in einem Artikel für das DGB-Magazin *Gegenblende* erklärt, tauchen in dem neuen Richtlinienentwurf einige bislang geltende Regelungen nun einfach nicht mehr auf: so z.B. die bisher bestehende Möglichkeit, dass das Arbeitsland vom entsendenden Unternehmen die Benennung eines sogenannten Zustellbevollmächtigten verlangt, um die Zustellung von Arbeitsschutzauflagen, etwaigen Bußgeldbescheiden und anderen wichtigen Dokumenten sicherzustellen. Auch die Verpflichtung zur Übersetzung z.B. von Arbeitsverträgen wird relativiert.

Ähnlich ergeht es der Auftraggeberhaftung: Künftig soll es nach Kommissionsauffassung genügen, wenn Auftraggeber sich von den Subunternehmen Beweise für die getätigten Lohnzahlungen vorlegen lassen. »Diese ›Beweise‹ liegen zur Täuschung der Kontrollbehörden aber schon jetzt vor, indem z.B. von Arbeitern Blanko-Unterschriften verlangt werden, auf die man dann angebliche Verträge, Zahlungsquittungen, Arbeitszeitnachweise usw. mit dem Computer aufdruckt oder indem sie leere Listen usw. unterschreiben müssen, die man dann passend ausfüllt. Die Neuregelung würde also in der Realität zum Gegenteil einer Auftraggeberhaftung führen«, so Schmidt-Hullmann.

In anderen Punkten sei der Entwurf so offen formuliert, dass er auch verheerende Lesarten zulasse: So lasse er sich so verstehen, »als könnten Kontrollen im Gastland künftig nur nach Aufforderung durch das Sitzland des Unternehmens erfolgen.« Von keinem einzigen Land aber sei in dieser Hinsicht etwas zu erwarten.

Mit dem Entwurf setzt die Kommission also eine Tendenz fort, die sich auch in der Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofes

Fortsetzung auf Seite 10 unten

ERNEUERUNG DURCH STREIK
Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur

Immer mehr Streiks im Dienstleistungsbereich, wachsende Streikbeteiligung von Frauen, prekär Beschäftigten, Migrantinnen und Migranten, neue Formen und Strategien des Arbeitskampfes: Die Konferenz bietet Raum, sich über diese Entwicklungen und konkrete Streikerfahrungen auszutauschen und zu diskutieren, wie eine aktivierende und demokratische Streikkultur zur Stärkung der Gewerkschaften beitragen kann.

Programm und Anmeldung:
www.rosalux.de/streikkonferenz

ver.di
Vereinte Dienstleistungs-gewerkschaft
Bezirk Stuttgart

01.–03.03.2013 KONFERENZ
Gewerkschaftshaus Stuttgart

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Anarchosyndikalistische Zeitung
Direkte Aktion
Digital ist besser?
Printmedien in der Krise. Umstrukturierungen, Einsparungen, Rationalisierungen, Freiberuflichkeit, stressige Arbeitsbedingungen, mangelnde soziale Absicherung & unsichere Perspektiven: Der Umbruch in der Medienbranche aus gewerkschaftlicher Sicht.
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org

Fortsetzung von Seite 9 oben

bestimmten Punkten unbequeme KollegInnen in der damals noch oder mal wieder existierenden Betriebszeitung von ihm in einem seiner »parodistischen« Essays verunglimpft – unter leichter Namensveränderung, aber für alle wiedererkennbar –, so droht mittlerweile der Verlust der festen Schichten, wenn KollegInnen sich kleinere Widerspenstigkeiten leisten. Dazu kann etwa die Aussage gehören, an Sonntagen oder Feiertagen nur ungern zu fahren. Wobei dies noch den Nebeneffekt hat, dass die KutscherInnen, die gern sonn- oder feiertags fahren, nicht fahren dürfen, weil diejenigen, die darauf gepresst werden, fahren müssen.

Wurden anfangs noch die FahrerInnen, die besonders viele unbeliebte Schichten fuhren, auf Aushängen positiv mit Namensnennung und Stundenzahl belobigt, so werden jetzt die wenigen noch verbliebenen »unwilligen« KollegInnen namentlich an den Pranger gestellt. Säuberlich aufgelistet, für alle einsehbar. Diese Sanktionen nach Gutsherrenart lassen sich durchaus als Mobbing von oben bezeichnen.

Wem dies alles nicht passt, der kann sich ja durchaus über den Schichtenplaner beschweren. Anlaufstelle ist der ›Geschäftsführer fürs Innere‹ – eben dieselbe Person.

Das allgemeine Betriebsklima ist dementsprechend auch von Resignation und Desinteresse gekennzeichnet. Saßen die FahrerInnen in früheren Zeiten oft noch stundenlang zusammen, ist nun ein schnelles Auseinanderlaufen nach der Schicht die Regel. JedeR für sich, keineR für andere, allgemeine Unzufriedenheit und Murren, Missgunst, Neid, Tratsch hinterm Rücken ... und ein paar persönliche Freundschaften. Ganz normale Verhältnisse – wie in jedem anderen x-beliebigen Betrieb. Nur dass bei einem – immerhin abnehmenden – Teil der KollegInnen immer noch der Dünkel vorherrscht, sich als etwas Besseres zu fühlen, verbunden mit nicht einmal rudimentären Rechtskenntnissen.

Wirtschaften ohne Chef ist ein hohes Gut...

Genausowenig wie Sozialismus nur durch die Abwesenheit einer Kapitalistenklasse bestimmt ist, ist Selbstverwaltung nur bestimmt durch das Fehlen eines Chefs. Die Strukturen in einem selbstverwalteten Betrieb müssen für *alle* klar und verständlich sein. Niemand darf durch Wissensvorsprünge oder gar -exklusivität andere übervorteilen können.

Es darf nicht sein, dass alles von der Redlichkeit einer real herausgebildeten Betriebsführung abhängt. Gibt diese alle Informationen weiter? Wenn nein, was behält sie lieber für sich? Manipuliert sie möglicherweise mit ihrem Wissensvorsprung, verbunden mit besseren Absprache- und Vordiskussionsmöglichkeiten, ein Plenum? Wie geht sie mit Geldern um, wirklich im Sinne aller oder ...? Könnte sie theoretisch die Gelder heimlich privatisieren und/oder damit verschwinden wie jeder normale Kapitalistenchef? Es gibt einfach zu viele Möglichkeiten. Wenn die Kontrollmechanismen fehlen, hat das mit Selbstverwaltung nichts mehr zu tun.

An PuK minicar zeigt sich, wie einfach es für einen kleineren, sich halbwegs einigen Personenkreis in wichtigen Positionen sein kann, schleichend die Macht zu übernehmen und nach und nach einen ganzen Betrieb nach seinen Vorstellungen umzumodeln, unterstützt durch das Phlegma, die Feigheit, die Resignation und das kurze Gedächtnis der übrigen Belegschaft.

Das heißt, wenn Einzelne oder Mehrere versuchen, den Laden zu dominieren, muss frühzeitig reagiert werden. Dies erfordert die Aufmerksamkeit und das Engagement aller sowie den persönlichen Mut, nicht immer nur ja zu sagen und die Faust in der Hosentasche zu ballen, sowie Solidarität untereinander.

Sonst bleibt PuK minicar ein Beispiel dafür, wozu ursprünglich egalitäre Selbstverwaltung degenerieren kann.

Ausblick – zu groß für's Plenum?

Ein paar kleine Veränderungen hat es, seitdem über diese Zustände erstmals in einer Göttinger Szenezeitung berichtet wurde, gegeben. So gibt es endlich einen neuen Schichtplaner, da die beiden Geschäftsführerposten – wie zuvor – wieder zusammengelegt worden sind, und es sogar dem Vorgänger nicht möglich schien, alle drei Posten zu besetzen. Der neue Schichtplaner pflegt einen faireren Umgang mit den FahrerInnen, bleibt aber dem Geschäftsführer unterstellt. Und es gibt jetzt für ältere/gesundheitlich nicht so fitte KollegInnen die Möglichkeit, kürzere Schichten zu fahren, allerdings ohne Lohnausgleich. So hofft die Firma, die Kosten für Lohnfortzahlungen zu verringern.

An den grundlegenden Problemen von PuK minicar ändert sich damit nichts. Die meisten KutscherInnen sind zu abgestumpft oder ängstlich, um zu versuchen, etwas zu ändern. Oder sie kommen von vornherein in die Firma in dem Wissen, dass es sich um einen »Scheißjob« handelt, und verhalten sich entsprechend. Die Fluktuation ist sehr hoch, was aber allgemein für das Taxigewerbe gilt. Dazu kommt, dass in den letzten Jahren einige kritische KollegInnen aus der Firma herausgedrängt worden sind, z.T. gegen Abfindung.

Ein weiteres – wiederum für das ganze Taxigewerbe geltendes – Problem ist die Organisationsfeindlichkeit der Belegschaft: zwei bekennende ver.di-Mitglieder, und das bei rund 100 GenossenschaftlerInnen! Doch nicht nur diesem Personentransportunternehmen sind die KollegInnen der Meinung, eine Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht zu brauchen. Sie kommen alleine klar bzw. behaupten dies zumindest. Diese Haltung wird vermutlich noch dadurch verstärkt, dass die meisten vorhaben, diesen Job nur vorübergehend auszuüben. Doch selbst wenn sich nichts anderes findet, ändern sie ihren organisationsfeindlichen Standpunkt oft nicht, auch wenn man versucht, einzelne FahrerInnen zu überzeugen. Entsprechend gibt es auch keinen Betriebsrat. Als vor einigen Jahren ein solches Projekt nur mal »angedacht« wurde, blieb es wegen des völligen Desinteresses der KollegInnen dabei. Allerdings wäre in dieser Firma auch die Gefahr eines »gelben« Betriebsrates gegeben, so dass ein Betriebsrat die Verhältnisse möglicherweise noch untermauern könnte.

Änderungen sind für PuK minicar also nicht in Sicht. Dennoch muss man die Entwicklung analysieren, um für ähnliche Projekte Lehren zu ziehen. Ein Betrieb dieser Größe kann offensichtlich nicht mehr mit Plenumsstrukturen geführt werden, und eine eigene Betriebsverfassung, die schriftlich fixiert und für alle überprüf- und einforderbar ist, wäre unabdingbar. Aber Engagement und Mut der KollegInnen sowie Solidarität untereinander sind ebenfalls ein Muss.

Ein Kutscher

Anmerkungen:

1 *Wer die restlichen 25 Prozent hält, ist unbekannt. Die KutscherInnen (so auch der Autor) fragen i d.R. naiverweise auch nicht nach.*

2 *Karenztage sind unbezahlte Krankheitstage – trotz vorliegender Krankmeldung – zu Beginn einer Erkrankung, was Erkrankungen von MitarbeiterInnen für Firmen billiger machen soll.*

Fortsetzung von Seite 9 unten

zeigt: Die unternehmerische Freiheit im Binnenmarkt rangiert eindeutig vor dem Schutz der ArbeitnehmerInnenrechte. Während die sogenannte »Monti II-Verordnung«, mit der die Umdeutung von Mindeststandards zu Obergrenzen weiter unterfüttert worden wäre, im vergangenen Herbst noch verhindert werden konnte (s. *express* 10-11/2012), ist der Ausgang des aktuellen Konflikts offen. Und auch wenn die europäischen Gewerkschaftsverbände je nach Zählung 4000 (Bau- und Holzarbeiterföderation) oder 5000 (Gewerkschaftsföderation für den Landwirtschafts-, Nahrungsmittel- und Tourismussektor) »wütende Arbeiter« nach Brüssel mobilisiert haben, wird der weitere Verlauf vor allem vom Geschick der eher gewerkschaftsfreundlichen Fraktionen im Parlament und von der Verbandsarbeit hinter den Kulissen abhängen.

Auf die »zivilisierende Kraft« oder die »nivellierenden Effekte« des Marktes zu setzen, wäre gerade in diesem Bereich, wo es um die erklärte Nutzung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen etwa in Polen, Portugal und Deutschland geht, einmal mehr naiv. Doch vielleicht tut sich ja auch etwas, wenn die Erfahrung sich verbreitert, dass die Kollegin am gleichen Schlacht-Band, beim gleichen Pflegepatienten oder im Hotelzimmer nebenan vom gleichen Subunternehmer für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommt, um die Frage nach der eigenen Ersetzbarkeit und die nach der Überwindung von Konkurrenz neu und anders auf die Tagesordnung zu setzen.

StS/KH

Toteninsel

Offener Brief der Bürgermeisterin von Lampedusa

Der EU den Friedensnobelpreis zu verleihen ist in etwa so, wie der Euro-Zone den für Wirtschaftswissenschaften und der griechischen Polizei den für Chemie – wegen ihres routinierten Umgangs mit Tränengas. Das jedenfalls meinte die FAZ am 13. Oktober 2012 anlässlich der obskuren Entscheidung des Nobelpreiskomitees. Wenn »wir« jedoch seitdem alle NobelpreisträgerInnen sind, also Du und Sie und Ihr auch, spätestens dann haben wir ein oder zwei nicht nur moralische Probleme. Denn wo genau fängt dann die Friedenszone an? Wo verläuft die Grenze zum offenbar barbarischen Feindesland? Und wo genau im Mittelmeer muss sie eigentlich gegen unbewaffnete Menschen so verteidigt werden, dass die Ergebnisse dieser Verteidigung eine Insel im Nobelpreisgebiet zum Friedhof werden lassen? Giusi Nicolini, Bürgermeisterin von Lampedusa, hat genug von der Gleichgültigkeit jenseits der Feierlaune.

»Ich bin die neue Bürgermeisterin der Inseln Lampedusa und Linosa. Ich wurde im Mai 2012 gewählt, und bis zum 3. November wurden mir bereits 21 Leichen von Menschen übergeben, die ertrunken sind, weil sie versuchten, Lampedusa zu erreichen.

Das ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz. Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung. Ich weiß, dass es noch mehr werden, die wir begraben müssen, aber jetzt habe ich eine Frage, die ich allen stellen muss: Wie groß muss der Friedhof meiner Insel noch werden?

Formen und Förmchen

Ein neuer Sammelband lotet Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen von Arbeiterselbstverwaltung aus – Von Peter Nowak

Fabrikbesetzungen und Arbeiterkontrolle, in vielen Ländern der Welt spielen diese Kampfformen auch heute eine wichtige Rolle. Erinnert sei an die Kachelfabrik Zanon und das Textilwerk Bruckmann in Argentinien. Aber auch in Venezuela fand die Bewegung der besetzten Fabriken bei einem Teil der Internationalismusbewegung eine starke Beachtung, vor allem bei jenen, die ihren Fokus weniger auf Chavez und die Regierung als auf die Selbstorganisation der Bevölkerung richteten. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Dario Azzellini war einer der wenigen deutschsprachigen Autoren, die mit Büchern und dem Film »5 Fabriken« Feldforschung auf dem Gebiet der betrieblichen Selbstorganisation in Venezuela betrieben.

Jetzt hat Azzellini das Thema ausgeweitet und gemeinsam mit dem US-Gewerkschaftsforscher Immanuel Ness einen voluminösen Band vorgelegt, an dem niemand vorbeikommt, der sich mit der Geschichte von Fabrikräten und Selbstverwaltung auseinandersetzt. Mit dem titelgebenden Zitat von Marx, einem Kommentar zur »Pariser Commune«, wird dabei ein weiter Bogen gespannt. Auf 540 Seiten wird, oft mit theoretischem Hintergrund und trotzdem auch für Nichtakademiker verständlich, die Geschichte der Arbeiterselbstverwaltung dargestellt. Zuerst 2011 bei Haymarket Books in den USA erschienen, ist das Buch seit Dezember 2012 erfreulicherweise auch in deutscher Sprache erhältlich. Schließlich kommt auch hierzulande die Frage der Selbstverwaltung in der Fabrik immer mal wieder auf die Tagesordnung. Meistens geht es dabei allerdings um den Erhalt bankrotter Betriebe. Erinnert sei nur an die kurze Phase, als die Beschäftigten einer thüringischen Fahrradfabrik in Selbstverwaltung Fahrräder, die berühmten Strike-Bikes, herstellten. Solche Fälle erfahren schnell viel Aufmerksamkeit auch von Menschen, die sich sonst nicht besonders für Fabrikkämpfe interessieren. Das Buch kann jedoch durchaus auch Bildungslücken beim interessierten Fachpublikum schließen, insofern es theoretische Exkurse und geschichtliche Rückblicke auf Erfahrungen mit Arbeiterselbstverwaltung in einer internationalen Perspektive gibt. So finden sich neben bekannteren Beispielen aus der Zeit des spanischen Bürgerkriegs, den Räten der Novemberrevolution in Deutschland oder den Experimenten mit »Arbeiterautonomie« im Heißen Herbst Italiens etwa auch Beiträge zur Transformation der algerischen Arbeiterselbstverwaltung in Richtung »Staatsbürokratismus«, zur Arbeiterkontrolle in Java, zum jugoslawischen Modell oder zum Kampf um Arbeitermacht in Polen, zur Bedeutung der Arbeiterräte in der portugiesischen Nelkenrevolution oder zu Fabrikbesetzungen im Großbritannien der 70er Jahre.

Gleich in der Einleitung geben die beiden Herausgeber eine Begründung, warum es bisher relativ wenig Literatur zu diesem Thema gab: »Die Gewerkschaften, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet wurden und innerhalb der staatlichen Strukturen agierten, beanspruchen ein Monopol auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Sie hatten kein Interesse daran, an unabhängige Arbeitskämpfe zu erinnern und sie zu fördern, da deren bloße Existenz die traditionellen gewerkschaftlichen Strukturen und ihre gesellschaftliche Rolle in Frage stellt. Die meisten linken sozialistischen und kommunistischen Parteien haben Arbeiterkontrolle ebenfalls nicht unterstützt, da diese der zentralen Rolle widersprach, die die Parteien für sich beanspruchen« (S. 9f.).

Diese Frontstellung gegen den größten Teil der Gewerkschaften und etatistische linke Parteien bestätigen die 23 Autoren in den folgenden Kapiteln dann im Detail, indem sie konkrete historische Ereignisse untersuchen, in denen Fabrikräte in Konflikt mit einer Linken geraten sind, die selbstorganisierte Strukturen entweder vereinnahmte oder unterdrückte. So schreibt der US-Wissenschaftler Victor Wallis zur Situation der in Russland nach der Februarrevolution besetzten Fabriken: »Die bolschewistische Führung behandelte sie nicht als Modell für den Übergang zum Sozialismus. Während Lenin Gehorsam einforderte, drängte er auf den Einsatz früherer Kapitalisten in zentralen Leitungspositionen« (S. 24). Neben dem russischen Beispiel untersucht Wallis die kurze Geschichte der Arbeiterräte in Italien 1920, in Spanien 1936 und in Chile in der Regierungszeit der Unidad Popular zwischen 1970 und 1973.

Dario Azzellini / Immanuel Ness (Hg.): »Die endlich entdeckte politische Form. Fabrikräte und Selbstverwaltung von der russischen Revolution bis heute«, Neuer ISP Verlag, Karlsruhe 2012, 540 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3-89 900-138-9

Aus trotzkistischer Perspektive liefert der britische Gewerkschaftsaktivist Donny Gluckstein einen Überblick über die Geschichte der europäischen Rätebewegung von der Pariser Kommune bis zur Gegenwart. Er stellt sich die Frage, warum nach 1945 die Rätebewegung keine Rolle (mehr) spielte. Verantwortlich dafür macht er die Zerschlagung der Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus und im italienischen Faschismus, den Terror gegen selbstorganisierte Bewegungen im Stalinismus sowie die Orientierung der meisten kommunistischen Parteien auf ein klassenübergreifendes Bündnis im Rahmen der Volksfrontpolitik in der Phase zwischen Mitte der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts und dem Ende des zweiten Weltkriegs.

In eine ähnliche Richtung geht der Beitrag der US-Gewerkschaftsaktivistin und -forscherin Sheila Cohen, die die Arbeiterräte als Mittel revolutionärer Transformation (S. 66) bezeichnet. Ihrem mehr agitatorischen Beitrag schließt sich eine theoretische Auseinandersetzung des mexikanischen Soziologen Alberto Bonnet an, der sich mit den Rätevorstellungen dissidenter Kommunisten beschäftigt, die im Zuge der Stalinisierung der kommunistischen Weltbewegung in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts marginalisiert, aus den kommunistischen Parteien ausgeschlossen und schließlich weitgehend vergessen wurden. Dieses Vorgehen begann nicht erst mit dem Stalinismus. So erinnert Bonnet daran, dass Rosa Luxemburg wegen ihres Eintretens für einen Massenstreik von führenden Sozialdemokraten ihrer Zeit schon um 1905 als Anarchistin bezeichnet wurde (S. 92). Fast aktuell hören sich die Zitate an, die Bonnet in Schriften des Linkskommunisten Karl Korsch ausgräbt. Dieser befasste sich schon in seiner 1919 verfassten Schrift »Was ist Sozialisierung?« mit dem Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Dabei mache Korsch »schon seine Präferenz der Sozialisierung als direkte Aktion und seine Zurückhaltung gegenüber der Vergesellschaftung als Staatsakt deutlich« (S. 98). Auch einem sehr modern klingenden Problem habe sich Korsch schon 1919 gewidmet: »Korsch ging in diesen Schriften von 1919 noch davon aus, dass die zentrale Herausforderung der Sozialisierung in den Interessengegensätzen zwischen Produzenten und Konsumenten liege, und suchte nach einer Synthese, die sie aussöhnen könnte« (S. 98).

Die von Korsch aufgeworfenen Fragen sind auch hier und heute noch oder wieder aktuell, ganz im Sinne der Herausgeber, die ausdrücklich kein rein historisches Buch schreiben wollten. »Wie sehen die Dynamiken der Arbeiterkontrolle im neoliberalen Zeitalter aus, und wie unterscheiden sie sich von denen des Fordismus? Deutet die in den Jahren 2000 bis 2010 angewachsene Welle von direkten Aktionen auf einen nachhaltigen Umschwung hin zu Arbeiteraufständen und -aktionen, die auf einem gewachsenen Klassenbewusstsein beruhen? Sind die Aussichten der Konzerne, sich der Arbeiterselbstverwaltung widersetzen zu können, im Kontext der neoliberalen Wirtschaftskrise geschrumpft?« (S. 16) Darauf gibt es nicht die eine Antwort, aber Hinweise und Fingerzeige in fast allen der 22 Beiträge, gerade auch bei einer historisch vergleichenden Lektüre.

Besonders anschaulich ist Elaine Bernards Schilderung der Besetzung einer kanadischen Telefongesellschaft durch die Beschäftigten im Jahr 1981. Es wird verständlich, wie sich eine Bewegung konstituiert, die den Wider-

Fortsetzung auf Seite 12 oben

Ich kann nicht begreifen, wie eine derartige Tragödie als normal angesehen werden kann, wie man die Vorstellung aus dem Alltag verbannen kann, dass elf Menschen, darunter acht sehr junge Frauen und zwei elf- und 13-jährige Jungen, zusammen umkommen können, wie es letzten Samstag geschehen ist, während einer Reise, mit der für sie ein neues Leben hätte beginnen sollen. 76 von ihnen sind gerettet worden, doch es waren insgesamt 115. Die Zahl der Toten übersteigt die Zahl der Leichen, die das Meer wieder hergibt, immer um einiges.

Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint. Ich bin entrüstet über das Schweigen Europas, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, und nichts sagt, obwohl hier die Zahl der Toten daran glauben lässt, es wäre Krieg. Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik den Tod dieser Menschen in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen der letzte Funken Hoffnung ist, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.

In diesem traurigen Kapitel der Geschichte, das wir alle zusammen schreiben, ist das einzige, was uns stolz macht, dass die Männer des italienischen Staates 140 Meilen von Lampedusa entfernt Menschenleben retten, während diejenigen, die wie etwa am letzten Samstag nur 30 Meilen von den Schiffbrüchigen entfernt waren, ihre Hilferufe ignorierten, obwohl sie sie mit ihren Schnellbooten, die unsere frühere Regierung Gaddafi schenkte, sofort hätten erreichen können. Diese Patrouillenboote funktionieren dagegen sehr gut, wenn es darum geht, unsere Fischerboote zu beschlagnahmen, auch wenn sie außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer fischen.

Alle sollen wissen, dass es die Insel Lampedusa mitsamt ihren Bewohnern ist, mit ihren Rettungskräften und Aufnahmestrukturen, die diesen Leuten Menschenwürde verleiht, ja unserem Land und ganz Europa Würde verleiht. Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es eines unserer Kinder, das in den Ferien ertrunken ist.«

(Quelle: www.proasyl.de)

Graswurzelrevolution Nr. 376, Feb.: Zapatismus; Krieg in Mali; Mit Ernie und Bert für die Anarchie; Anarchismus?; Der Fall Oury Jalloh; Anti-Atom; Antimil; Antirassismus; Antifa; u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -35**

Fortsetzung von Seite 11 oben

stand von Konsumenten gegen hohe Telefonpreise mit den Forderungen der Beschäftigten verbindet und damit eine Allianz schmiedet, die für einige Tage tatsächlich eine Gegenmacht ausübt. Nachdem die zuständige Gewerkschaft sich hinter die Besetzung stellte, schlugen die Medien Alarm: »Jetzt, wo der Präzedenzfall der Unterstützung für die Übernahme des Eigentums gesetzt worden ist, können wir in Zukunft nicht sehen, dass Docker die Hafenkais übernehmen? Dass Busfahrer die Busse an sich reißen? Dass Kassierer die Banken an sich reißen? All das könnte auf gleiche Weise gerechtfertigt werden« (S. 436), wird die *Province* zitiert. Dieser Warnruf einer führenden kanadischen Tageszeitung wurde auch von Wirtschaft und Politik geteilt. Mit Hilfe einer juristischen Klage gelang es, den Streik zu beenden, bevor sich auch Beschäftigte diese Fragen praktisch stellen konnten. Weil die Gewerkschaft mit massiven Schadensersatzforderungen und Strafen rechnen musste, wurde die Besetzung der Telefongesellschaft nach wenigen Tagen beendet. »Für eine kurze Zeitspanne, bevor die Gewerkschaft sich den Gerichten beugte, gab es die Chance sich vorzustellen, wie es laufen könnte, wenn nicht nur die Telefonarbeiter die Telefongesellschaft leiten würde, sondern auch die Docker die Hafenkais, die Busfahrer die Busse und die Kassierer die Banken übernehmen würden« (S. 442), wandelt die Autorin, Direktorin des Harvard Trade Union Program, den Warnruf der Rechten in eine linke Utopie um. Doch wie in den meisten anderen im Buch behandelten Beispielen intervenierten Staatsapparate, und die Ausweitung der Besetzung scheiterte. In einem Kapitel werden zwei Aufsätze über Selbstverwaltungsmodelle in nominalsozialistischen Gesellschaften analysiert. Goran Music widmet sich dem jugoslawischen Modell und kommt zu dem Schluss: »Es ist der jugoslawischen Arbeiterklasse nie gelungen, die institutionellen Möglichkeiten der Selbstverwaltung auszunützen, um sie von einem Instrument der herrschenden Bürokratie zu einem authentischen Motor demokratischer Kontrolle von unten zu machen« (S. 236). Weniger bekannt ist die von Zbigniew Marcin Kowalewski analysierte lange Geschichte des Kampfes um Arbeiterkontrolle in Polen, die in den frühen 80er Jahren Einfluss auf den linken Flügel der Solidarnosc hatte, bevor sich diese Gewerkschaft mehrheitlich an Kapitalismus, Kirche und Marktwirtschaft ausrichtete.

Auch die Ergebnisse der im letzten Teil (»Arbeiterkontrolle 1990–2010«) aufgeführten Beispiele in Westbengalen und einigen Länder Lateinamerikas bleiben widersprüchlich. Einerseits haben einige linksreformistische Regierungen die Möglichkeiten einer Übernahme der Fabriken vereinfacht. Andererseits werden am Beispiel der besetzten und selbstverwalteten Fabriken in Argentinien und Brasilien die Grenzen der Arbeiterkontrolle im Kapitalismus aufgezeigt.

»Nur ein sozialistischer Ansatz kann diese Fabriken in den Stand versetzen, ihr wahres Potential zu entfalten. Die gegenteilige Option, sie dem Einfluss der kapitalistischen Tendenzen zu überlassen, würde sie zwangsläufig einen der kapitalistischen Wege einschlagen lassen.« Dieser Hinweis von Marina Kabat in ihrem Beitrag über die Rolle der besetzten Betriebe in der argentinischen Krise (S. 476) ist sehr wichtig, weil er deutlich macht, dass bei der Debatte über Fabrikräte und Selbstverwaltung die Frage nach der Macht im Staat nicht vergessen werden darf. Hier wird aber auch deutlich, dass Arbeiterkontrolle und Besetzungen von Fabriken nur im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung mehr sein können als bloße Mitverwaltung im Kapitalismus – und so schließt sich auch der Bogen zur Pariser Commune und dem Titel des Buchs.

Diesem Buch ist eine breite LeserInnenschaft, vor allem auch aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, zu wünschen. Die Fülle der zusammengetragenen Informationen aus mehr als 100 Jahren Geschichte von Arbeiter- und Fabrikräten ist ein wichtiges Stück Geschichte einer anderen, vergessenen Arbeiterbewegung. Erst, wenn wir sie uns wieder aneignen, können wir entscheiden, was heute, im Zeitalter von Internet und Mikroelektronik, Verschwinden des »fordistischen Arbeiters« und der zunehmenden Bedeutung des Reproduktions- und Dienstleistungssektors noch brauchbar und weiterzuentwickeln ist. Ein gutes Forum dafür ist die Internetplattform Workerscontrol (http://www.workerscontrol.net/de), die von den Herausgebern des Buches und mehreren der Autorinnen und Autoren im letzten Jahr gegründet worden ist.

Beugemaßnahmen

Selbstverwaltete Fabrik »Jugoremedija« in Serbien soll in den Bankrott getrieben werden

Mehrfach hat der express über soziale Kämpfe in den Nachfolgeländern Jugoslawiens berichtet, die, wie andere Länder Osteuropas, außerhalb des Fokus der aktuellen Krisenberichterstattung liegen. Dabei geraten nicht nur die sozialen Verwerfungen, sondern auch die Ansätze entschlossenen Widerstands aus dem Blick. Nach der Schilderung des Kampfes um den kroatischen Steinbruch Jadrankamen (express 10-11/2012) kommen wir in dieser Ausgabe auf Serbien zurück, das sich derzeit anschickt, Kroatien auf dem Weg in die Europäische Union zu folgen und sich entsprechend als Musterschüler der Binnenmarktregeln in Szene setzen muss. Das geht einher mit einer aggressiven Privatisierungspolitik (s. dazu auch express 1/2010). Dabei fällt es offenbar nicht immer leicht, wenigstens den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren – insbesondere dann, wenn die betroffenen ArbeiterInnen mehr als nur ein Wörtchen mitreden wollen. Peter Haumer* berichtet diesmal über die Attacken auf das selbstverwaltete Pharmazeutikunternehmen Jugoremedija.

Am 1. August 2012 verhaftete die Polizei von Zrenjanin den Generaldirektor des selbstverwalteten Pharmazeutik-Unternehmens Jugoremedija, Zdravko Deuric, dessen Finanzdirektorin, Anika Malusic, sowie Milana Zlokas und Stevan Gregovic, VertreterInnen des assoziierten Unternehmens Penpharm[1], wegen »Verdachts auf kriminellen Machtmissbrauch«. Bei den Verhafteten handelt es sich just um diejenigen, die die Plünderungen des Unternehmenskapitals im Zusammenhang mit der ersten »Privatisierung« von Jugoremedija ans Licht der Öffentlichkeit gebracht hatten. Der Fall hatte zwischenzeitlich auch jenseits Serbiens eine gewisse Aufmerksamkeit gefunden durch eine Rüge des Europäischen Parlaments, das im Frühjahr 2012, nach entsprechenden Untersuchungen der Europäischen Kommission, die Rechtmäßigkeit dieser und vieler weiterer Privatisierungen in Serbien offiziell bestritten hatte.

Die Verhaftungen und die aktuellen Vorgänge betreffen nicht nur direkt die genannten Personen, sondern auch mehr als 450 ArbeiterInnen und 4 000 KleinaktionärInnen von Jugoremedija und Penpharm sowie indirekt die Beschäftigten vieler anderer Betriebe, denn sie stehen exemplarisch für die von Regierung und großen Privatunternehmern verfolgte Strategie, die Kontrolle über diese Fabriken wiederzuerlangen, um sie dann letztendlich schließen zu können.

Chronologie des Kampfes um Jugoremedija

Jugoremedija wurde im Jahre 2000 privatisiert. 58 Prozent der Aktien erhielten die ArbeiterInnen, der Staat übernahm die restlichen 42 Prozent. 2002 verkaufte der Staat seine Aktien an Jovica Stefanovic, einen berühmt-berüchtigten lokalen Unternehmer, der sein Geld mit Zigarettenschmuggel machte und zum Zeitpunkt des Kaufs der Aktien von Jugoremedija von Interpol gesucht wurde. Wie alle anderen Käufer im Zusammenhang mit den Privatisierungen in Serbien wurde auch Stefanovic nicht in Bezug auf Geldwäsche überprüft. Damals wie heute war es Position der serbischen Regierung, lieber zu privatisieren und dafür nötigenfalls ›schmutziges Geld‹ in Kauf zu nehmen, als die ArbeiterInnen das Unternehmen selbst führen zu lassen, denn dies, so die verbreitete Befürchtung, »könnte uns ja zurückführen in die dunklen Tage der Selbstverwaltung«.

Alle Gesetze brechend ermöglichte der Staat dem neuen Miteigentümer von Jugoremedija, Stefanovic, zum beherrschenden Eigentümer der Fabrik zu werden. Mittels verschiedener illegaler Manöver wurde die Eigentümerstruktur verändert: Stefanovic wurden 68 Prozent der Aktien zugestanden und das Belegschaftspaket wurde auf 32 Prozent reduziert; regulär erhält die Belegschaft einen höheren Anteil.

Dagegen setzten sich die ArbeiterInnen im Dezember 2003 mit einem Streik zur Wehr, besetzten die Fabrik und reichten eine Klage gegen die Kapitalaufstockung ein. Dies war die erste Betriebsbesetzung im »postsozialistischen« Jugoslawien.

Erzwungen durch die ArbeiterInnen überprüften die staatlichen Behörden im Mai 2004 die Privatisierung von Jugoremedija und erklärten offiziell, dass die Beteiligung

»Wilder Streik – das ist Revolution«

Zum Streik der ArbeiterInnen 1973 bei Pierburg

Ein Schatz-Buch inclusive DVD für 13,50 Euro! – Dieter Braeg, der ehemalige stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Pierburg Neuss, hat uns diesen Schatz wieder zugänglich gemacht. Ich halte dieses Buch und die dazu gelieferte DVD über einen der großen, »wilden« Streiks für das Buch des Winterhalbjahres 2012/13. Soviel an Kritik, hier als Lob verstanden, gleich vorweg.

Als »wilder Streik« oder »spontaner Streik« wird in der BRD ein Streik bezeichnet, bei dem die Gewerkschaft weder die »Führung« noch die juristische und finanzielle Verantwortung hat. Diese »wilden«, »spontanen« Streiks sind von der Gewerkschaft nicht getragen, oft gegen ihren Willen zustande gekommen und zumindest ohne ihre »offizielle« Unterstützung organisiert. So auch beim Autozulieferer Pierburg, wo es vor allem Frauen waren, die die Initiative zum Kampf gegen diskriminierende ›Leichtlohngruppen‹ aufgenommen und getragen haben.

Was macht dieses Buch und die DVD zum Schatz?

Am Beispiel dieses Arbeitskampfes von 1 700 Frauen – überwiegend aus Griechenland, Spanien, Türkei, Jugoslawien, Italien – und ca. 300 Männern wird ein gutes Stück bundesdeutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte den einen in Erinnerung gerufen, den anderen, hoffentlich vielen Jüngeren in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, als ein Teil oft verschwiegener Geschichte der hiesigen ArbeiterInnenbewegung erstmals vermittelt. Der Begriff »Gastarbeiter« hatte wenige Jahre vorher den bis dahin für die Arbeitsimmigranten gebrauchten Begriff »Fremdarbeiter« ersetzt. Zu sehr hatte das Wort »Fremdarbeiter« dann doch, 20 Jahre nach 1945, an das leidvolle Schuften der »Fremdarbeiter« in der nazideutschen Kriegswirtschaft erinnert. Diese »Gastarbeiter« hatten in den »wilden« Streiks 1973 eine bedeutsame Rolle gespielt. Es war ihr Kampf um besseres Leben und Arbeiten im Land des Wirtschaftswunders – und zu einem Zeitpunkt, wo der ersten ›großen‹ Wirtschaftskrise und steigenden Arbeitslosenzahlen u.a. mit einem »Anwerbestopp« begegnet wurde.

Bei Pierburg in Neuss war der Kampf erfolgreich, auch weil er die Unterstützung von IGM-Vertrauensleuten und -Betriebsräten fand und sich nach wenigen Tagen die deutschen Facharbeiter solidarisierten. Bei Ford in Köln hingegen wurde 1973 der vorwiegend von türkischen KollegInnen geführte Arbeitskampf brutal zerschlagen.

Im Buch wird dies eindrücklich geschildert, der Film auf der beiliegende DVD (Laufzeit: 42 Minuten) veranschaulicht die Hintergründe und den Verlauf des Konflikts anhand von Originalszenen.

Der Autozulieferer Pierburg war mit 3 000 Beschäftigten Teil einer Firmengruppe, die Eigentum der Familie von Alfred Pierburg war. Geschäfte wurden vor und nach 1945 gemacht. Bis 1972 bestand zwischen Firmenleitung und Betriebsrat ein sehr enges, partnerschaftliches Verhältnis. Die Betriebsratswahl 1972 brachte aktiven IGM-Mitgliedern eine solche Mehrheit und damit neue Vorsitzende, dass die sechs wiedergewählten, langjährigen BR-Mitglieder (ebenfalls Mitglied der IGM) ihr Mandat niederlegten. Dabei hatte eine seit 1968 erfolgte Organisierung wohl die entscheidende Rolle gespielt. 1968 gab es in dem Betrieb 200 IGM-Mitglieder, Ende 1974 waren es 2 300. Durch einen ersten »wilden« Streik von jugoslawischen und deutschen Frauen konnte im Mai 1970 die Niedriglohngruppe 1 abgeschafft werden. In den Aufbau eines gewerk-

von Stefanovic ein Vertragsbruch war. Sie unternahmen aber nichts, um gegen die Vertragsverletzungen vorzugehen. Die ArbeiterInnen reagierten, indem sie in die Hauptstadt Belgrad fuhren und dort für einen ganzen Tag die Privatisierungsagentur besetzten. Erst nach dieser Besetzung begannen die Behörden ernsthaft, gegen den Vertragsbruch vorzugehen. Zeitgleich wurde die Betriebsbesetzung aufrechterhalten.

Während des Sommers 2004 versuchte eine »Privatarmee« von Stefanovic einige Male, die Fabrik zu übernehmen, doch die ArbeiterInnen warfen sie jedes Mal aufs Neue hinaus. Immer wieder stellten sie sich mit bloßen Händen in den Weg, um die Militärfahrzeuge zu blockieren. So hielten sie den Boss zunächst vom Betrieb fern. Während dieser Zeit wurden die privaten Sicherheitskräfte von Stefanovic von der serbischen Polizei unterstützt, um die ArbeiterInnen von Jugoremedija hinauszuwerfen. Polizei und Privatarmee erkämpften sich schließlich den Zutritt in die Fabrik, schlugen dabei einige ArbeiterInnen krankenhausreif und verhafteten vier der Streikführer. Die ArbeiterInnen wurden des Hausfriedensbruch angeklagt und Strafprozesse wurden eingeleitet. Nachdem er die Fabrik physisch hatte räumen lassen, feuerte Stefanovic 150 ArbeiterInnen.

Die ArbeiterInnen von Jugoremedija schlossen sich daraufhin mit Belegschaften von anderen Fabriken zusammen und gründeten die »Vereinigung der ArbeiterInnen und AktieninhaberInnen von Serbien«. Zu Beginn war die Arbeit der Vereinigung auf den Kampf gegen die Korruption im Privatisierungsprozess begrenzt. Später stellte das Komitee weitere Forderungen auf, darunter auch die nach einer konstituierenden Versammlung. Es war der Auffassung, dass das Volk selbst die Entscheidungen treffen sollte, die sein Leben und seine Arbeitsplätze betreffen – eine neue Verfassung könnte, so ihre Überzeugung, behilflich sein, dies zu ermöglichen. An den Hauswänden in Belgrad tauchten Graffitis mit der Frage auf: »Wem gehören unsere Fabriken?«

Über die nächsten zweieinhalb Jahre kämpfte diese Gruppe von 150 Arbeiter-AktionärInnen – mit der Unterstützung der übrigen KleinaktionärInnen von Jugoremedija, lokalen Gewerkschaften sowie linken, aktionistischen Gruppen und Intellektuellen aus Serbien und dem Ausland – teils in Form direkter Aktionen, teils vor Gericht, um zu beweisen, dass Stefanovic seinen vertraglichen Investitions-Verpflichtungen nicht nachgekommen war.

Und sie waren erfolgreich: Am 1. März 2007 wurde Jugoremedija zur einzigen Fabrik in Serbien, die von Arbeiter-AktionärInnen selbst verwaltet wird. Nachdem das Gericht den Vertrag des Staates mit Stefanovic annulliert hatte, stimmten alle KleinaktionärInnen dafür, dass die ArbeiterInnen ihr eigenes Management in der Fabrik aufbauen sollten. Einer der Streikführer, Zdravko Deuric, arbeitete seitdem als gewählter »Geschäftsführer« von Jugoremedija.

Bereits 2007 versuchte der Staat einige Male, Jugoremedija wegen der Steuerschulden, die sich unter der Leitung von Stefanovic angehäuft hatten, für bankrott zu erklären. Aber die Belegschaft war schnell erfolgreich in der Reorganisierung der Produktion und konnte so alle Schulden gegenüber dem Staat innerhalb von Monaten bezahlen.

Inspiriert und unterstützt durch die Beschäftigten von Jugoremedija haben seither andere Belegschaften in Zrenjanin und anderen Städten Serbiens ihre Kämpfe radikalisiert. Das bedeutendste Beispiel ist die Auseinandersetzung in der Sinvoz-Eisenbahnreparaturwerkstätte, die mit Scheininvestitionen in den Ruin getrieben wurde – eine der Privatisierungen, die von der EU als gesetzeswidrig bezeichnet wurden. Aber der Fall Sinvoz zeigte auch, dass die Regierung und die Bosse nützliche Lehren aus dem Experiment von Jugoremedija gezogen hatten. Seit 2007 wird eine neue Strategie gefahren, die die ArbeiterInnen und KleinaktionärInnen voll trifft – eine Strategie, die darauf zielt, die Unternehmen vorsätzlich in den Bankrott zu führen.

Angriff von allen Seiten und mit (fast) allen Mitteln

Die willkürlichen Festnahmen der eingangs genannten GeschäftsführerInnen von Jugoremedija und Penpharm am 1. August 2012 erfolgten auf Grundlage eines massiven Rechtsbruchs: Den Festgenommenen wurde vor der Verhängung der einmonatigen Untersuchungshaft am 3. August nicht erlaubt, ihre Verteidigung zu präsentieren, sie wurden über die ihnen zur Last gelegten Anklagepunkte nicht informiert und auch nicht dazu befragt. Ein klarer Verstoß gegen die Strafprozessordnung und die Minimalanforderungen an Rechtsstaatlichkeit. Begründung für die zunächst einmonatige, später verlängerte Untersuchungshaft für Zdravko Deuric und Milana Zlokas: Es sei nötig, sie »unter Beobachtung« zu halten, während die anderen Beschuldigten wieder entlassen wurden. All das passierte während der jährlichen Gerichtsferien. Auch der Untersuchungsrichter befand sich im Urlaub.

Zusätzliche Gesetzesverstöße beging die Polizei von Zrenjanin, indem sie die ArbeiterInnen von Jugoremedija täglich zu Zeugenaussagen aufforderte, obwohl Zeugenvernehmungen nach der Eröffnung der Ermittlungen von einem Richter durchzuführen sind. Die polizeilichen Vorladungen zu Zeugenaussagen zielen darauf ab, Beweise für den Vorwurf des »kriminellen Machtmissbrauchs« zu sammeln.

Bereits vor Beginn des Strafverfahrens wurde wiederholt physische Gewalt gegen die ArbeiterInnen von Jugoremedija ausgeübt. So wurde einer Arbeiteraktivistin im Februar 2012 ein Betonklotz ins Schlafzimmer geworfen, und Zdravko Deurics Auto wurde eine Woche vor seiner Verhaftung angezündet. Schon seit der Aufhebung des Privatisierungsvertrages und der Rückkehr des Unternehmens in die Hände der ArbeiterInnen und KleinaktionärInnen im März 2007 wird das Unternehmen ständig »untersucht«. Seit dem 1. August haben die Steuerfahndung und die Untersuchungsbehörden für Unternehmenskriminalität die Geschäftstätigkeit des Unternehmens faktisch übernommen, arbeiten nur noch am Fall Jugoremedija und greifen in die Arbeitsabläufe ein. Während eine Gruppe ArbeiterInnen zu den Untersuchungen vorgeladen wird, sind die verbleibenden ArbeiterInnen damit »beschäftigt«, potenzielle neue »Fälle« zu produzieren, die einen Vorwand liefern können für willkürliche Verdächtigungen und Anschuldigungen durch Polizei und Gericht. Eine geregelte Produktion ist für Jugoremedija so derzeit nicht möglich.

Am 29. März 2012 hatte das Europaparlament in der Resolution B7-000012012 die »serbischen Autoritäten« dazu aufgerufen, »sofort die kontroversen Privatisierungen und den Verkauf von 24 Unternehmen zu überprüfen, bei denen der Europäischen Kommission ernsthafte Zweifel bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit kamen, unter ihnen (…) Jugoremedija«. Die jüngsten Aktionen der Polizei von Zrenjanin und der Gerichte sind vor diesem Hintergrund als ein Racheakt zu sehen, weil sich die ArbeiterInnen von Jugoremedija durch das Einschalten und das Votum der Europäischen Kommission zumindest auf dem Papier durchgesetzt haben. Tatsächlich wurden im Anschluss an den Rüffel des Parlaments auch einige Personen, die maßgeblich an den Privatisierungen in Serbien beteiligt waren, verhaftet – darunter Miroslav Miskovic, der sich durch den Aufkauf ehemaliger Staatsunternehmen mit seiner Firma Delta Holding in vielen Branchen eine Monopolstellung gesichert hat und mittlerweile als reichster Tycoon Serbiens gilt. Man kann seine Verhaftung als Bußgeld interpretieren, das Politik und Kapital bezahlen müssen, um ihren Weg nach Europa fortsetzen zu können.

Fortsetzung auf Seite 14 oben

DER FIXER FÜHRT UNS ZUR MAUER GEGENÜBER DEN EISENBAHNSCHIENEN. SIE IST ETWA FÜNFZIG METER LANG UND MEHR ALS VIER METER HOCH. DIE MAUER IST VON ANWOHNERN AUFGESTOCKT WORDEN, DIE DAS LAGER NICHT SEHEN WOLLEN. WIE DIE BERLINER MAUER IST SIE IMPOSANT UND LANG. DOCH BIETET SIE NICHT SCHUTZ, SONDERN SYMBOLISIERT VIELMEHR DIE UNMÖGLICHKEIT, DIESEM ORT ZU ENTFLIEHEN.

schaftlichen Vertrauenskörpers, der dann erstmals 1973 gewählt (vorher ernannt) wurde, wurden seit 1970 die ausländischen KollegInnen einbezogen. Für die Entwicklung der Kampfkraft der Belegschaft waren die Erfahrungen eines wenig erfolgreichen, »wilden« Streiks am 7. und 8. Juni 1973 bedeutsam: Der 13-Punkte-Katalog zur Beseitigung von Missständen war, so die spätere Einschätzung der Streikleitung, zwar berechtigt, doch insgesamt waren es zu viele und zu differenzierte Forderungen. Diese »Fehler« konnten bei dem knapp einwöchigen »wilden« Streik vom 13.-17. August 1973 vermieden werden. Hier wurde nur noch 1 DM Stundenlohn für alle und Abschaffung der Frauen-Lohngruppe 2 gefordert. Nachvollziehbar wird auch, warum »wilde« Streiks nicht als »spontane« Streiks bezeichnet werden dürften. Ohne zahlreiche Vorbereitungen gäbe es sie nicht. Die Einzelheiten dieses Arbeitskampfes und dessen Erfolge werden in verschiedenen Beiträgen geschildert.

Nicht unerwartet gab es zahlreiche Repressalien gegen die Belegschaft und ihre Aktiven. Im Oktober 1973 gab das Management die Verlagerung von Arbeitsplätzen bekannt. Durch innerbetriebliche Aktionen sowie eine Demonstration in der Neusser Innenstadt konnte dieser Racheakt verhindert werden.

Der Versuch, eine Reihe von FunktionsträgerInnen zu kündigen, erregte damals großes öffentliches Aufsehen: Die JAV-Vorsitzende, die beiden BR-Vorsitzenden sowie mehrere BR-Mitglieder sollten fristlos ihre Arbeitsplätze verlieren. Eine breite Solidaritätskampagne von »großen und kleinen Leuten«, darunter u.a. Günter Walraff, Ernst Bloch, Arno Klönne und Eberhard Schmidt, konnte großen Druck auf Pierburg erzeugen. Trotzdem vereitelte erst das Arbeitsgericht die Kündigung. Eines der im Anhang versammelten Dokumente ist die zehnseitige Urteilsbegründung. Es ist eigentlich nur bedingt vorstellbar, mit welchen Methoden die Kündigungen begründet wurden. Die belastenden Aussagen eines gekauften, ehemaligen BR-Mitglieds waren der Firmenleitung 25 000 DM wert.

All das und noch viel mehr (z.B. passive Widerstandsformen, Sex als Waffe, Erotik und Zärtlichkeit, Gewerkschaftsarbeit mit den ausländischen KollegInnen) wird auf 175 Seiten dargestellt. Zu dem »mehr« gehört auch eine Einführung von Peter Birke in die damalige Zeit. Nach den ersten »wilden« Streiks im September 1969 gab es 1973 zum zweiten und bisher letzten Mal eine öffentlich bedeutsame »wilde« Streikwelle, mit ca. 300 000 Streikenden in mehr als 100 Betrieben. Diese Streiks dauerten oft mehrere Tage. Polizei und Werkschutz kannten meist kein Pardon! Erwähnen können hätte man in dem Buch die 1973 erstmals erfolgte Besetzung der Uhrenfabrik LIP in Besançon/Frankreich (verfilmt von Christian Rouaud: »LIP oder: Die Macht der Phantasie«, Frankreich 2007), die den spektakulären Auftakt zu über 200 Betriebsbesetzungen allein in Frankreich bildete, ebenso wäre ein Hinweis auf Bezüge zu den Fabrik- und Arbeitskämpfen in Italien sinnvoll gewesen. Insbesondere im Zusammenhang mit der – vielfach unterschätzten – Rolle von Frauen in diesen Arbeitskämpfen sei hier auch noch »We want Sex«, der Film über den Arbeitskampf der NäherInnen bei Ford Dagenham, von Nigel Cole empfohlen. Auch hier ging es, wie bei Pierburg, um die Abschaffung der diskriminierenden Leichtlohngruppen in der Autoindustrie – zwei Jahre später wurde in Großbritannien ein Gesetz zur Lohngleichheit verabschiedet.

Aber auch diese Hinweise sollen nicht als Kritik an den Verfassern verstanden werden. Ihnen gebührt als den Schatzgräbern Lob und Dank!

Bezug über: »Die Buchmacherei«, Berlin (Tel.: 030 – 81857759, Email: diebuchmacherei@gmx.net für 13,50 Euro plus 1,50 Euro Porto oder über den Buchhandel

Der Autor steht für Veranstaltungen, Filmvorführungen und Lesungen zur Verfügung und freut sich über Anfragen: 0043-662-825453 (mit AB) oder: dieter.braeg@gmx.de

anton kobel

www.Sozialismus.de

Wolfgang Neef: Technische »Großprojekte« im neoliberal radikalisierten Kapitalismus | Beat Ringger: Maßen wir uns an, den Kapitalismus zu überwinden | Bernhard Sander: MigrantInnen in Frankreich | Peter Behnen: Lösungsvorschläge zu Finanzmarktkapitalismus und Eurokrise | Otto König/Richard Detje: Über Verteilungspolitik hinaus – Tarifrunde 2013 | Hartmut Reiners: Ökonomisierung des Gesundheitswesens

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Fortsetzung von Seite 13 oben

Am 20. September 2012 wurden Zdravko Deuric und Milana Zlokas nach 50 Tagen schließlich aus der Haft entlassen – 15 Tage, nachdem alle ZeugInnen gehört worden waren und dem Gericht keinerlei Anklagen vorgelegt werden konnten. Unterdessen wurden die Untersuchungen auf zwei weitere Personen ausgedehnt, die aber keine Einsicht in die Akten nehmen konnten. Ein derartiges Verhalten seitens der Polizei und des Gerichts macht klar, dass diesen offenbar jegliche Grundlage für eine strafrechtliche Untersuchung fehlt und dass es lediglich darum geht, die Arbeit von Jugoremedija sabotieren, in der Hoffnung, dass sich irgendein belastendes Material finden werde. Doch alles deutet daraufhin, dass es Derartiges nicht gibt. Vorläufige Bilanz der Aktion: Zwei Menschen wurden rechtswidrig inhaftiert, während die anderen ArbeiterInnen von Jugoremedija täglich durch polizeiliche Aufforderungen zu – rechtswidrigen – Befragungen terrorisiert werden, eindeutig mit dem Ziel, sie einzuschüchtern und Angst zu verbreiten.

Spekulieren auf Kapitalvernichtung ...

Ausgerechnet auf Empfehlung der 2009 milliardensubventionierten und verstaatlichten österreichischen Skandalbank Hypo-Alpe-Adria, die enge Geschäftsbeziehungen zu dem immer noch inhaftierten Miskovic unterhält und gerade im Januar eine gemeinsame Immobilienfirma mit einer der Delta Holding-Töchter gegründet hat,[2] hat das Handelsgericht in Zrenjanin am 27. Dezember 2012 die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Pharmaunternehmen Jugoremedija beschlossen. Jugoremedija hatte Ende April 2011 einen Vertrag über die Umstrukturierung eines Kredits in Höhe von zwei Mio. Euro mit dieser Bank abgeschlossen, konnte aber seine Vertragsverpflichtungen vor allem wegen einer Kontosperre über einen Betrag von 6,16 Mio. Euro nicht erfüllen. Die Konten von Jugoremedija unterliegen bereits seit Längerem einer (Teil-)Sperre. Zu den größten Schuldnern gehört dabei der Staat, der seinen Verpflichtungen gegenüber Jugoremedija einfach nicht nachkommt und das Unternehmen damit in den Bankrott treibt, während er zugleich hohe Subventionen an ausländische Unternehmen vergibt – aktuell z.B. rund 10 000 Euro pro Arbeitsplatz!

Zwei Voraussetzungen müssen gegeben sein, um einen Konkurs beantragen zu können: Die Konten des Unternehmens müssen seit mindestens einem Jahr gesperrt sein, und: Die Gläubiger müssen den Konkurs wollen. Der Vorschlag der Hypo-Alpe-Adria-Bank, Konkurs für Jugoremedija zu beantragen, ist sicherlich nicht ohne Druck von Seiten der serbischen Behörden zustande gekommen. Die Offensive hat ihren Auslöser höchstwahrscheinlich in einer Klage, die Jugoremedija gegen den serbischen Staat angestrengt hat, weil dieser Steuern auf die viel zu hoch angesetzten Rohstoffpreise von Stefanovic erhoben hat, statt deren wahren Wert, d.h. den Marktwert zu besteuern. Im Falle des Bankrotts Jugoremedijas würde die Anklage gegen den Staat eventuell fallen gelassen.

... und Zerschlagung von Belegschaftsinitiative

Unterstützt wird der Angriff auf Jugoremedija darüber hinaus auch von den Pharmazieunternehmen Nelt und Delta Farm. In beiden Unternehmen arbeiten frühere Mitarbeiter der staatlichen Geheimpolizei. Sie haben bereits Srbolek, ein Pharmazieunternehmen in Belgrad, in den Bankrott geführt und dafür die Unterstützung der Gläubiger Srboleks organisiert. Nelt und Delta Farm wollen nach Angaben serbischer Zeitungen die Kapazitäten der anderen Unternehmen bzw. deren Lizenzen übernehmen. Politischen Flankenschutz bekommen sie von der derzeitigen Koalitionsregierung aus Sozialisten (SPS), Nationalisten (SNS) und Neoliberalen (URS) unter Führung von Premierminister Dacic (SPS), dem Parteivorsitzenden und Nachfolger von Slobodan Milosevic – die pharmazeutische Produktion gilt als wichtiger Standortfaktor Serbiens.

Bemerkenswert ist insgesamt die Rolle des Staates bzw. staatlicher Behörden nach dem juristischen Sieg der ArbeiterInnen gegen den Investor Stefanovic. Offenbar hatte auf dieser Seite niemand damit gerechnet, dass die ArbeiterInnen alleine dazu in der Lage wären, den Produktionsprozess zu reorganisieren und dabei auch noch das für den Aufbau von Handelsbeziehungen wichtige Europäische Zertifikat zur Qualitätssicherung in der Produktion von Pharmazeutika (GMP) zu erhalten. Der Staat unterstützte diese Umbauarbeiten in keiner Weise – trotz seiner Anteile am Unternehmen. Erst als die Reorganisation gelungen war und das Unternehmen an Wert gewonnen hatte, mischte er sich wieder ein und ließ Jugoremedija durch die Polizei stürmen. In den Medien wurde der Eindruck vermittelt, dass der Wiederaufbau Jugoremedijas u.a. mit dem Diebstahl von Geld, Materialien usw. verbunden gewesen sei.

Internationale Solidarität ist notwendig

Solche Erzählungen werden in der Bevölkerung zwar nicht unbedingt geglaubt und die Belegschaft von Jugoremedija findet mit ihrem Anliegen auch Sympathie in der Öffentlichkeit. Praktisch jedoch erfährt sie wenig Unterstützung und eine gewisse Ratlosigkeit hat sich breit gemacht. Die juristischen Aktivitäten eröffnen keinen wirklichen Ausweg aus der Blockadesituation, die Hoffnungen ruhen daher vor allem auf gemeinsamen Aktionen mit befreundeten Belegschaften, Demonstrationen in Belgrad – und der Suche nach weiteren Verbündeten.

Die Belegschaft von Jugoremedija hat Erfahrungen mit Streiks, Betriebsbesetzungen, Rathausbesetzungen, Straßenblockaden und vielem anderen. Der serbische Staat zwingt die ArbeiterInnen erneut, diesen Weg des Klassenkampfs, der direkten Aktion zu gehen. Doch jetzt wollen sie ihren Kampf in eine breitere Solidaritätsbewegung einbetten, die über die Grenzen Serbiens hinausreicht und so an Stärke und Druck gewinnt. Internationale Solidarität kann ein wichtiges Puzzleteilchen sein, um Jugoremedija erneut zu retten. Eine Möglichkeit dazu bietet der Kongress »Solidarische Ökonomie« in Wien, wo VertreterInnen von Jugoremedija ihre Situation und ihr Anliegen mit VertreterInnen anderer besetzter Betriebe diskutieren wollen.

Vom 22.-24. Februar findet in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt. Dort wird es im Rahmen eines Workshops über selbstverwaltete Betriebe in Griechenland, Serbien und Argentinien Gelegenheit geben, mit VertreterInnen von Jugoremedija und eines besetzten und seit kurzem selbstverwalteten Betriebs in Thessaloniki zu sprechen. Näheres zum Programm unter: http://www.solidarische-oekonomie.at/ Siehe auch die Terminankündigung in dieser Ausgabe.

** Peter Haumer ist Lohnabhängiger und lebt in Wien*

Anmerkungen:

1 *Um dem Verkauf von Staatsanteilen an einen Privatinvestor zuvorzukommen, hatten sich 46 ArbeiterInnen von Jugoremedija 2010/2011 entschieden, ihre Aktien zu bündeln, bescheidene Mittel durch den Verkauf von Autos, durch Kredite u.a. aufgebracht und ein Grundstück erworben, auf dem sie ihre eigene Fabrik Luksolfarmacija, die Penicillin herstellt, errichteten. Penpharm ist ein Zusammenschluss von Jugoremedija und Luksolfarmacija.*

2 *Siehe die aufschlussreiche Presseerklärung unter: www.deltaholding.rs, Anm. d. Red.*

...ohne Euch reicht`s für uns!

Griechische Arbeiter übernehmen ihre Baustofffabrik

Seit Mai 2011 haben sie keinen Lohn bekommen, seit September des gleichen Jahres keine staatliche Arbeitslosenunterstützung: Wie für Millionen andere hat die Krise auch für die Arbeiter des Baustoffherstellers Vio.Me im griechischen Thessaloniki desaströse Folgen. Allerdings haben sie rechtzeitig gehandelt und mittels Betriebsbesetzung verhindert, dass der vormalige Eigentümer der Fabrik auf seinem Rückzug die Maschinen mitnimmt. Mitte Februar haben sie nun die Produktion in Eigenregie wieder aufgenommen. Der Betrieb wird auf ökologische Produktion umgestellt, die Entlohnung egalitär gestaltet. Unterstützung erfahren die Arbeiter dabei von einem großen Solidaritätsnetzwerk, aus dessen Reihen auch der folgende Text stammt: »Besetzen. Widerstand leisten. Produzieren!«

»Wir denken, dass das die Zukunft der Arbeiterkämpfe ist.«

Makis Anagnostou, Vertreter der Betriebsgewerkschaft von Vio.Me.

Dienstag, der 12. Februar wird der erste offizielle Tag der Produktion unter Arbeiterkontrolle von Vio.Me in Thessaloniki, Griechenland sein. Das heißt, eine hierarchisch organisierte, von Bossen diktierte Produktion wird durch eine von der Arbeitervollversammlung in direkter Demokratie geplante Produktion ersetzt. Die Arbeiter haben der ungleichen Verteilung der Ressourcen ein Ende gesetzt. Auf der Basis kollektiver Entscheidungen wollen sie für eine gleiche und faire Bezahlung sorgen. Als baustoffproduzierende Fabrik planen die Arbeiter außerdem, die Ausrichtung des Unternehmens zu ändern hin zu einer Produktion umweltverträglicher Produkte.

»Bei einer auf fast 30 Prozent gestiegenen Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen, abgespeist mit leeren Worten, Versprechungen und Steuererhöhungen, nicht entlohnt seit Mai 2011, einem Produktionsstillstand in einer von den Eigentümern verlassenen Fabrik, haben die Arbeiter von Vio.Me in ihrer gewerkschaftlichen Vollversammlung beschlossen, sich nicht mit einer langfristigen Arbeitslosigkeit abzufinden, sondern darum zu kämpfen, die Fabrik zu übernehmen und selbst zu betreiben. Es ist nun an der Zeit für Arbeiterkontrolle bei Vio.Me!« (Proklamation der Solidaritätsinitiative und der Arbeiter von Vio.Me. Der vollständige Text findet sich unter www.viome.org)

Die Arbeiter von Vio.Me wurden seit Mai 2011 nicht mehr entlohnt, im Anschluss daran verließen die Eigentümer und Manager die Fabrik. Nach einer Reihe von Vollversammlungen entschlossen sich die Beschäftigten, die Fabrik gemeinsam wieder in Betrieb zu nehmen. Seitdem haben sie die Fabrik besetzt und die für die Produktion benötigten Maschinen geschützt. Sie haben sich außerdem mit anderen Arbeitenden und Kollektiven aus ganz Griechenland vernetzt und dadurch große Unterstützung erhalten. Dank der Solidarität und der Unterstützung all dieser Menschen, Individuen wie auch Gruppen, können die Arbeiter ihr Überleben und das ihrer Familien sichern.

Das Phänomen der Besetzung, der Wiederinstandsetzung und der Kontrolle von Unternehmen durch ArbeiterInnen ist nichts Neues – weder historisch noch gegenwärtig. Seit 2001 gibt es ungefähr 300

Trotz alledem: nicht locker lassen*

Willi Hajek über Kathedralen, Baumhütten und Nester des Widerstands – diesseits und jenseits des Rheins

»Paris und Berlin sind eine Schicksalsgemeinschaft«, tönt die Internetseite des Deutschen Bundestages im Rückblick auf die Feierstunde vom 22. Januar, mit der das deutsche und französische Parlament den 50. Jahrestag des »deutsch-französischen Freundschaftsvertrages« von 1963 begingen. »Aus unterschiedlichen Traditionen heraus«, so Angela Merkel zu diesem Anlass, arbeiteten die beiden Länder an einer EU, die geprägt sei von »Einigkeit, Brüderlichkeit und von der Würde des einzelnen Menschen«. Einigkeit, Brüderlichkeit, Würde? Ein Blick auf soziale Konflikte in beiden Ländern macht schnell deutlich, dass die Interpretation dieser Leitideen besser nicht den Regierungen überlassen werden sollte. Konkret fassbar werden sie eher in jenen Bewegungen gegen Betriebsschließungen oder gegen »unsinnige Projekte«, in denen die Frage: »In welcher Welt leben wir? Und welche Gesellschaft wollen wir?« aufkommen, wie der folgende Streifzug durch die deutsch-französischen Verhältnisse zeigt.

In beiden Ländern stehen Schließungen von Fabriken an, in Frankreich zwar einige mehr als in Deutschland, aber auch hier!

Stahlwerke wie Florange in Lothringen, Raffinerien wie Petroplus bei Rouen, Autobuden wie PSA-Peugeot in Aulnay bei Paris, Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetriebe wie Doux in der Bretagne – fast immer geht es um Betriebe, die in der Region wichtige Träger von Lohnarbeit sind, sowohl innerhalb der Unternehmen als auch in der umgebenden Region.

Doch fangen wir bei Opel Bochum an: Bundesweit warten viele sozial Engagierte und BasisgewerkschafterInnen auf den Sturm aus Bochum wie ehemals 2004 bei den »sechs Tagen der Selbstermächtigung«. Bislang stellt sich der Protest allerdings eher als zarter Windhauch dar – ein kleiner Umzug in einigen Abteilungen, initiiert von aktiven Vertrauensleuten und Betriebsräten, einige lassen die Produktionsarbeit liegen und schließen sich dem Zug an, aber mehr als ein erster zaghafter Schritt war es (noch) nicht. Auf der Betriebsversammlung stellte sich der Vertrauensleute-Vorsitzende dem GM-Vorstandschef, der gerade die Schließung des Bochumer Opelwerks verkündet hatte, in den Weg, aber auch hier konnten die gut vorbereiteten Sicherheitsleute den Widerstand aus dem Weg räumen. Sichtbar wurde bei dieser Aktion aber auch, dass das Management von GM sehr wohl mit möglichem Widerstand rechnete und sich deshalb auch mit reichlich vorhandenem Sicherheitspersonal ausgestattet hatte. Die IG Metall und der Betriebsrat warnen die Opel-Belegschaft vor blindem Aktionismus und wollen weiter verhandeln. Zudem bekommt Opel Rüsselsheim von GM den Zuschlag für eine neue Modell-Produktion ab 2016 – und dort gibt es inzwischen mehr Mitglieder als in Bochum.

Vereint, doch für was?

Eine ähnliche Situation finden wir in Frankreich: Bei PSA-Peugeot in Aulnay bei Paris mit einer Belegschaft in ähnlicher Größe wie in Bochum (knapp 3 000 Beschäftigte) ist ebenfalls die Schließung geplant. Auch hier gibt es eine kampferfahrene Belegschaft und aktive Gewerkschaftsgruppen. Aber neben einigen militanten Aktionen und großmäuligen Erklärungen einiger CGT-Gewerkschaftsvertreter – »Ihr wollt den sozialen Krieg, den sollt Ihr bekommen« – ist der Belegschaft nicht sehr klar, wofür sie gemeinsam kämpfen soll. Ein Teil möchte gerne mit hohen Abfindungen wie bei Opel – von denen sie momentan noch träumen – den Betrieb und die Maloche verlassen, der andere Teil ist eher bereit zu kämpfen und will klare Zusagen für eine Anschlussproduktion, egal welcher Art, mit garantierter Lohnarbeit und Erhalt aller bisher erworbenen sozialen Ansprüche. Bislang offensichtlich nicht zu vermitteln ist eine Orientierung auf die Verkürzung der Arbeitszeit. (Siehe Kasten)

Erschwerend kommt hinzu, dass auch in Frankreich, ähnlich wie in Deutschland, versucht wird, zwischen den Standorten Konkurrenz zu erzeugen. Die Verhandlungen laufen, die Regierung bzw. der Industrieminister beteiligen sich daran. Auch in Frankreich warten viele engagierte Gewerkschafter auf den großen Kick durch die AutowerkerInnen.

Geschlossen werden soll auch das Stahlwerk Arcelor Mittal in Florange/Lothringen. Seit fast einem Jahr demonstrieren, blockieren und marschieren die ArbeiterInnen, um die Schließung zu verhindern. Aber auch hier kommt es nicht zu einer gesellschaftlichen Dynamik, die der Regierung und der Bourgeoisie Angst macht und sie zurückweichen lässt. In den letzten Wochen kam die Forderung nach »Nationalisierung« auf, vor allem aus Kreisen der *Front de Gauche*.[1] Die CFDT-Gewerkschaften lehnen diese Forderung ab, die Regierung auch. Die »Linksfront« hat vorgeschlagen, einen Marsch – ähnlich dem der Bergarbeiter in Spanien vor einigen Monaten – nach Paris zu veranstalten mit der Losung »Nationalisierung des Stahlwerks Florange«, um Druck auf die Regierung zu machen. Ob das klappen wird, ist offen. Ein Teil der militanten Stahlwerker ist müde von dem mittlerweile einjährigen Hin- und Her-Gezerre ohne wirklichen Einfluss auf das Kräfteverhältnis. Was aber sicherlich zugenommen hat, ist die totale Ernüchterung in der Region und bei allen Beteiligten – wieder einmal aufs Neue – gegenüber dieser neuen Regierung und ihrer Unfähigkeit, eine andere Politik zur Verbesserung der Lage der Stahlwerker durchzuführen. Links gleich rechts – also auch: Sarkozy gleich Hollande – das ist alltägliches Erleben und Begreifen.

Parallel zu diesen Aktivitäten und Ereignissen in der alltäglichen Arbeitswelt versucht die Regierung mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Ökonomie neue Maßnahmen vorzubereiten, um dem in Frankreich ansässigen Kapital die Steigerung der Produktivität – sprich die Ausbeutung der ArbeiterInnen – zu erleichtern und auf diese Weise dessen Emigrationsgelüste in andere Länder und Kontinente zu mindern. Ein Beispiel für solche Verlagerungen ist Renault.

Fortsetzung auf Seite 16 oben

Frankreich: Paris plant Gesetz gegen Werksschließungen

Die FAZ vom 11. Februar meldet, dass Präsident Hollande in Frankreich plant, gesetzlich gegen Unternehmen vorzugehen, die trotz Gewinnen Werke schließen wollen. Bis zum Sommer wolle die Regierung ein entsprechendes Gesetzesprojekt auf den Weg bringen. Damit soll vor allem die Schließung profitabler Standorte verhindert oder erschwert werden. Voraussichtlich sollen Unternehmen, die sich von Werken oder Standorten trennen wollen, gezwungen werden, dafür einen Käufer zu finden. Hollande, so die FAZ, wolle mit diesem Vorstoß, der natürlich auf die Kritik des französische Arbeitgeberverband Medef stößt, ein Wahlkampfversprechen erfüllen. Er hatte angekündigt, Entlassungen zu verteuern, die nur dem Interesse der Aktionäre dienten. Beschäftigte sollten zudem erweitertes Klagerecht gegen solche Maßnahmen erhalten. Das Gesetz scheint als Reaktion auf die von Willi Hajek beschriebenen Proteste entstanden zu sein. Wir werden das Vorhaben weiter beobachten. Die Red.

Betriebe in Argentinien, die demokratisch von ArbeiterInnen verwaltet werden; Gesundheitszentren, Zeitungen und Schulen, aber auch Metallfabriken, Druckereien und Hotels. Entwicklungen dort haben gezeigt, dass ArbeiterInnen nicht nur in der Lage sind, Unternehmen ohne Chefs zu verwalten, sondern dies auch besser können. Das Beispiel Argentiniens breitet sich in Südamerika aus und hat nun auch Europa und die Vereinigten Staaten erreicht. In Chicago haben die ArbeiterInnen von New World Windows, nach jahrelangen Kämpfen mit (ehemaligen) Eigentümern und Chefs, die Produktion in Selbstverwaltung aufgenommen. In Griechenland zeigen Arbeiter nun wieder, dass der Weg vorwärts – aus der Arbeitslosigkeit, der Krise trotzend – Arbeiterkontrolle und demokratische Selbstverwaltung ist.

»Wir fordern alle ArbeiterInnen, alle Arbeitslosen und all diejenigen, die am eigenen Leib die Krise erfahren haben, dazu auf, die Arbeiter von VioMe zu unterstützen. Jetzt, da sie daran gehen, in der Praxis zu beweisen, dass wir, die ArbeiterInnen, es auch ohne Bosse schaffen! Wir fordern sie auf, am Kampf teilzunehmen und den Kampf zu organisieren, wo immer sie arbeiten, mit Versammlungen, direkter Demokratie – ohne Bürokraten!« (www.biom-metal.blogspot.gr)

Wie bei allen Fabrikwiedereröffnungen, so ist auch hier die Frage der anfänglichen Finanzierung von zentraler Bedeutung. War die bisherige Solidarität in der Lage, das Überleben der Arbeiter von Vio.Me und ihrer Familien zu sichern, so ist der Kapitalbedarf, der zur Fortsetzung der Produktion notwendig ist, riesig. Die Arbeitergewerkschaft hat einen tragfähigen Geschäftsplan, aber es wird einige Zeit erfordern, bis er greifen wird. Die ersten Monate werden ausschlaggebend sein. Finanzelle Unterstützung kann dabei viel ausmachen und jeder Beitrag ist hilfreich.

Direkte finanzielle Unterstützung kann an die Arbeitergewerkschaft von Vio.Me in Thessaloniki über die internationale Solidaritätswebseite geschickt werden: www.viome.org

Solidaritätserklärungen und Fragen an: protbiometal@gmail.com

Unterzeichnet: Solidaritätsinitiative Thessaloniki, Brendan Martin (Working World), Dario Azzellini und Marina Sitrin

Vorläufige UnterstützerInnen der Initiative: David Harvey, Naomi Klein, Avi Lewis, John Holloway, Silvia Federici, George Caffentzis, David Graeber, Mag Wompel (labournet.de) und Cooperativa de Trabajo Lavaca, Buenos Aires, Argentina

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

FRANKREICH Autogestion: Selbstverwaltung in Frankreich heute und gestern · Schule mal etwas anders: Pädagogische Selbstverwaltung – zwischen »reiner« Pädagogik und politischem Anspruch · »La conquête du pain« – Die Eroberung des Brotes durch eine selbstverwaltete Bäckerei · Das Fahrradatelier DYNAMO: Vive le vélo! · »Nancy bastelt« - Sich die geistigen und materiellen Produktionsmittel zurückerobern · Notre Dames des Landes: Platz für Experimente REPRESSION Gemeinnützigkeit bedroht: Hände weg vom Frauenverband Courage! ANTIMILITARISMUS Selbstorganisiertes Festival in Köln: FriedensARTen ANDALUSIEN Erfolgreiche Landbesetzung in Somonte WIRTSCHAFT Zwangswerkammerung: Alternative Ökonomie fest im Griff der Kammern VOLKSBEGEHREN »Neue Energie für Berlin« geht in die zweite Stufe: Jetzt aktiv werden – für unser Stadtwerk und unser Netz GENO Genossenschaftsgesetz: Abbau von Benachteiligungen für Kleinstgenossenschaften · Neue Genossenschaft gegründet: Fairnopoly SERIE Vereinfachte Welterklärungen – Mythen über Deutschland GEMEINSCHAFTEN Kommune Lossehof: Mein Ausstieg u.v.m.
Archiv-CD.5 mit »BUNTE SEITEN 2013«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
Probelesen: www.contraste.org

Fortsetzung von Seite 15 oben

Von den rund 130 000 Beschäftigten weltweit arbeiten 60 Prozent in Europa, doch der Anteil der Beschäftigten außerhalb Frankreichs nimmt immer mehr zu. Aktuell sollen 14 Prozent der Beschäftigten in Frankreich, also 7 500, abgebaut werden. Wenn die Belegschaften an den französischen Standorten keine weiteren Zugeständnisse machten, dann werde es weitere Verlagerungen ins Ausland geben, so drohte die Direktion von Renault.

Sarkozy wird auf seinem Ruhesitz ab und an in höllisches Lachen – »rire infernal« sagen die SatirikerInnen – ausbrechen über die jämmerliche Rolle seiner Regierungs-Nachfolger: Der neue Innenminister lässt genauso wie unter Sarkozy weiter die Roma durch die Polizei von ihren Stellplätzen vertreiben. Und eine französische Aktivistin für die baskische Sache wird von der neuen Regierung in Toulouse verhaftet und an Spanien ausgeliefert – etwas, was die Sarkozy-Gendarmen nicht gewagt hatten.

Verbündet – gegen »unnütze Projekte«

Doch gibt es auch eine andere Realität und etwas Bewegung in der französischen wie auch deutschen Gesellschaft: *Nôtre Dame des Landes* mobilisiert die GallierInnen und lässt sie, ähnlich wie Stuttgart 21, ihre soziale Fantasie und Widerständigkeit entfalten. *Nôtre Dame des Landes*, das sind 2 000 Hektar Land, engagierte Bauern und Bäuerinnen, junge BesetzerInnen aus Stadt und Land und städtische BürgerInnen aller Generationen, Geschlechter und Herkünfte, die sich gegen das ihrer Ansicht nach unnütze und verschwenderische Flughafen-Projekt auf ihrem fruchtbaren Ackerboden wehren. Das Projekt schlummert schon Jahrzehnte bei den staatlichen Behörden. Doch die jetzige Regierung und speziell ihr Regierungschef, ehemaliger Bürgermeister in Nantes und Deutschlehrer, möchte dieses Projekt nun in seiner Regierungszeit realisieren. Westfrankreich und die Region um Nantes sollen für die große Welt, die Moderne des 21. Jahrhunderts, erschlossen werden, ein ähnlicher Metropolentraum wie bei Stuttgart 21.

Die Planungen für dieses Projekt reichen in die 60er-Jahre zurück. Aber in der Zeit des roten Jahrzehnts (1968 bis 1978) mit einer starken und rebellischen ArbeiterInnen- und – gerade in dieser Gegend – auch Bauern-Bewegung war es nicht zu verwirklichen. Die Stadt Nantes zusammen mit der Bretagne als umgebender Region verbindet traditionell eine kampferfahrene Bauernbewegung, die sich ähnlich wie in Wyhl im badischen Land gegen den Bau von Kernkraftwerken erfolgreich wehrte. Das französische Pendant zu Whyl heißt Plogoff und ist ebenfalls Geschichte. Die Erinnerung an den damaligen Erfolg stärkt die Resistance in *Nôtre Dame des Landes*.

Der Mai 1968 und die sich selbst versorgende Kommune von Nantes waren in der Folgezeit ein Begriff. Hier verbündeten sich ArbeiterInnen aus den besetzten Betrieben in Nantes mit den aufständischen Bauern aus der Region, die sie täglich mit frischen Nahrungsmitteln versorgten. 1973 wurde in der Region die linke alternative Bauerngewerkschaft – die *Conféderation paysanne* – gegründet. Einige der Akteure gegen das Flughafenprojekt gehören dieser Generation an und sind anerkannte Sprecher der Bewegung. Manche nennen diese Bewegung auch das »Larzac der Bretagne« und verbinden damit den erfolgreichen Kampf der Bauernbevölkerung auf der südfranzösischen Hochebene von Larzac gegen die Einrichtung eines Militärübungsplatzes auf Ackerland.

Kurzum: Diese Widerstandsbewegung entwickelt in ganz Frankreich eine Dynamik, von der die AktivistInnen der obigen Arbeiterkämpfe noch träumen. Inzwischen haben sich mehr als hundert Unterstützungskollektive in ganz Frankreich entwickelt, die oft die Frage stellen: »Welche Gesellschaft wollen wir?« Nicht von ungefähr gibt es inzwischen große Risse in der ökologischen Bewegung und insbesondere bei der Partei der Grünen, die an der Regierung beteiligt ist.

Aber inzwischen hat sich auch ein Kollektiv von Piloten der Air-France zusammengefunden, die zeigen wollen, dass der alte Flughafen in Nantes für den Flugverkehr sehr wohl ausreicht und dass es der Politik eher darum geht, den Bedürfnissen der low-cost-Fluggesellschaften (Ryanair, Easyjet etc.) nachzukommen. Die Piloten gehen davon aus, dass durch zusätzliche Lande- und Startkapazitäten die Konkurrenz zwischen den Fluggesellschaften und den Standorten verschärft und so die Arbeitsbedingungen des Flugpersonals angegriffen und verschlechtert werden sollen. Durch die Aneignung und Verbreitung von nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Projekt-Unterlagen ist inzwischen auch klar, dass die Kosten für den Flughafen viel zu niedrig angesetzt wurden – ähnlich wie bei Stuttgart 21 oder beim Großflughafen Berlin.

Im Juni 2012 fand das erste europäische Treffen der »unnützen Projekte« in *Nôtre Dame des Landes* statt. Die Akteure von Stuttgart 21 waren auch aktiv dabei und werden im Juni 2013 das nächste Treffen in Stuttgart organisieren.

DIE EINZIGE ZERSTREUUNG: FUSSBALL, AUF EINER WIESE AUF DER ANDEREN STRASSENSEITE.

Eine Notiz zu PSA Aulnay

Seit Mittwoch, dem 16. Januar, streikten etwa 600 Arbeiter der 3 000 Beschäftigten von PSA Aulnay für Neuverhandlungen über die Schließung des Werks. Der Betrieb blieb aber nicht besetzt. Die Leitung sperrte ab Montag den Zugang zum Betrieb, alle Eingänge wurden mit Sicherheitspersonal besetzt. Der Grund: Beschädigungen an Maschinen und Einrichtungen durch die Beschäftigten – so behauptet die Leitung.

Unterdessen finden Versammlungen außerhalb des Betriebs in den Gewerkschaftslokalen statt, etwa 250 Arbeiter beteiligen sich zudem an den Aktionen.

Zwei Aktionen wurden am 22. Januar durchgeführt: Etwa 100 KollegInnen beteiligten sich an dem Besuch zweier Händler von Peugeot und Citroën, die Aktion dauerte eineinhalb Stunden und führte zu vielen Diskussionen mit den Besuchern und KundInnen. Die zweite Aktion war der Besuch einer Zahlstelle auf der Autobahn bei Senlis, bei der eine freie, kostenlose Durchfahrt hergestellt wurde, verbunden mit einer kleinen Spende für die Streikkasse.

Am 24. Januar gehen die Empörten nach Renault Flins, um die dortigen KollegInnen zu besuchen, und nachmittags werden sie eine andere Zahlstelle an der Autobahn besuchen, um die Streikkasse weiter aufzufüllen. Auf gewerkschaftlicher Seite sind *Solidaires Industrie* und CGT involviert in den Streik, beide unterstützen die Beschäftigten bei diesen Aktionen.

Situationsbericht vom 23. Januar

»Gesindel« und »Geschwüre« auf der Notbremse

Der Präfekt, Vertreter des Staats in der Region, kann jederzeit das Gelände räumen

Dringliches

Arbeiterbewegung museumsreif!?

Ausstellung und zweifaches Begleitprogramm in Mannheim

Noch bis 28. August ist im Technomuseum Mannheim die Ausstellung »Durch die Nacht zum Licht? Geschichte der Arbeiterbewegung 1863-2013« zu sehen. Dargestellt werden die Geschichte der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung wie auch das Alltagsleben von Arbeiterinnen und Arbeitern von der industriellen Revolution bis zur Gegenwart der »Dienstleistungsgesellschaft«.

»Auf 800 Quadratmetern Ausstellungsfläche zeigt das Technomuseum über 500 Exponate von mehr als 70 Leihgebern – unter anderem Handschriften von Karl Marx, Karl Liebknechts Gehrock, den Haftbefehl gegen Erich Honecker sowie eine Guy-Fawkes-Maske der Occupy-Bewegung. Von der Hand-Druckpresse bis zum Industrieroboter kann man anhand unterschiedlicher Produktionsmaschinen und -milieus nachvollziehen, wie die Arbeiterbewegung im Laufe ihrer Geschichte geprägt und verändert wurde.« Außerdem zeigt das Technomuseum drei Begleitausstellungen im Vorraum zur Sonderausstellungsfläche: vom 23. Februar bis zum 14. April ›24 Köpfe der Mannheimer Arbeiterbewegung‹, vom 24. April bis 9. Juni die Geschichte der Konsumvereine in der Region, und ab dem 17. Juli erinnert eine Wanderausstellung des DGB in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Gedenkstätte Sachsenhausen an Gewerkschafter in Konzentrationslagern.

Zur Ausstellung gibt es ein vielgestaltiges Begleitprogramm mit Vorträgen, Diskussionen und Liederabenden. Die Veranstaltungen des Technomuseums werden ergänzt durch die Reihe »Wenn die Nacht am tiefsten… Geschichte und Perspektiven der (anderen) Arbeiterbewegung«, veranstaltet vom Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar.

Ort: *Technomuseum, Museumsstr. 1, 68165 Mannheim, täglich 9 – 17 Uhr*
Weitere Informationen: *www.technomuseum.de, Tel.: (0621) 42 989*

Ausgewählte Termine aus beiden Veranstaltungsreihen:

Donnerstag, 21. Februar 2013, 19 Uhr: *Politische Streiks. Podiumsdiskussion mit Florian Wilde (Rosa-Luxemburg-Stiftung) und Felipe van Keirsbilck (angefragt, Generalsekretär der Angestelltengewerkschaft Centre National des Employés in Belgien). Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 46*

Donnerstag, 7. März 2013, 19 Uhr: *Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Veranstaltung mit Betroffenen. Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Str. 1*

Freitag, 8. März 2013, 18 Uhr: *Internationaler Frauentag und Arbeiterbewegung. Mit Sylvia Schreit, Historikerin an der Bundeswehr-Universität München. Auditorium im Technomuseum*

Donnerstag, 14. März 2013, 19 Uhr: *Krise ohne Widerstand? Mit Christian Frings. wildwest, Alphornstr. 38*

Donnerstag, 11. April 2013, 19 Uhr: *Das Mannheimer Solidaritätskomitee. Mit Aktiven des Bündnisses gegen Betriebsschließungen und Arbeitsplatzabbau. Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Straße 1*

Donnerstag, 25. April 2013, 19 Uhr: *Internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit im Daimler-Benz-Konzern. Mit Valter Sanches, Beschäftigter bei Mercedes Benz do Brasil und Mitglied im Aufsichtsrat der Firma. Arbeiterkneipe im Technomuseum, Museumsstr. 1*

Donnerstag, 2. Mai 2013, 19 Uhr: *Revitalisierung von Gewerkschaften und Wiedergewinnung gewerkschaftlicher Handlungsmacht in Zeiten der Krise. Mit Klaus Dörre, Soziologe. Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Straße 1*

Mittwoch, 22. Mai 2013, 18 Uhr: *Arbeiterturn- und Sportvereine im Spannungsfeld von sozialistischer Arbeiterkultur und Volkssport. Mit Michael Krüger, Sportwissenschaftler. Auditorium im Technomuseum*

Donnerstag, 6. Juni 2013, 19 Uhr: *Sozial durch Arbeiterbewegung? Zur Entstehung des Modells ›Soziale Marktwirtschaft‹. Mit Uwe Fuhrmann, Historiker. wildwest, Alphornstr. 38*

Donnerstag, 20. Juni 2013, 19 Uhr: *iSlaves. Ausbeutung und Widerstand in Chinas Foxconn-Fabriken. Buchvorstellung mit Ralf Ruckus. wildwest, Alphornstr. 38*

Mittwoch, 26. Juni 2013, 18 Uhr: *Flashmob, Boykott, Streiks & Co: Neue und alte Formen des Arbeitskampfes. Diskussion mit Martina Kirsch (frühere Betriebsratsvorsitzende von Transmedia Mannheim), Anton Kobel (Gewerkschaftssekretär i.R.), Jana Seppelt (ver. di Stuttgart), Wolfgang Stather (Anwalt für Arbeitsrecht). Moderation: Torsten Bewernitz. Auditorium im Technomuseum*

Mittwoch, 24. Juli 2013, 18 Uhr: *Niedergang und Neuanfang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR. Mit Renate Hürtgen. Auditorium im Technomuseum*

Politische Tour de France

Arbeiten oder Leben?
Bildungsurlaub in Paris

Auf Demonstrationen in der BRD sehen wir nur wenige oder gar keine Plakate, die Bezug nehmen auf die wachsenden Belastungen beim Lohnarbeiten und Leben, obwohl auch hier arbeitsweltliche Symptome wie Burn-out, Depressionen, Nervenzusammenbrüche und Selbsttötungen festgestellt werden und zunehmen. In Frankreich sind Transparente und Parolen auf Demonstrationen, die gerade diese Frage der Belastungen und nach dem »Leben, aber wie?« immer wieder stellen, sehr häufig. Sei es als Leitparole während der Demonstrationen gegen die Verlängerung des Renteneintrittalters »*La bourse ou la vie* – die Börse oder das Leben«, oder als nachdenklicher Appell: »Du lebst nur einmal«. Das soziale Unbehagen, die »*malaise social*«, ist eines der zentralen Themen

lassen. Die Gerichte haben dem Flughafenbau zugestimmt. Tagsüber kreisen Hubschrauber über dem Gelände, die Bauern und Anwohner bezeichnen die momentane Situation als Kriegszustand. Die Gendarmerie räumt das Gelände, zerstört die von den Widerständlern selbst gebauten Hütten. Die Staatsmacht zieht ab, am nächsten Tag werden die Hütten mit Unterstützung der Anwohner und Bauern wieder aufgebaut. »Résistance et Sabotage« ist die Tageslosung. Die Solidarität verbreitert sich, Ärzte in der Region erklären öffentlich mit Bildern aus ihrer Behandlungspraxis die Folgen des Einsatzes von Waffen und Chemikalien für die demonstrierenden BesetzerInnen. Der Innenminister hat die Widerständigen von *Nôtre Dame des Landes* eine »Kyste« – ein Geschwür – genannt, das entfernt werden müsse. Mit dieser Wortschöpfung knüpft er direkt an Sarkozy an, der die jugendlichen Widerständigen in den Vororten der Städte als »Racaille« – als Gesindel – bezeichnet hatte. Bei den Demonstrierenden gibt es seitdem eine neue Parole auf den Transparenten: »Geschwüre aller Länder, vereinigt euch!« Hieß es in den 70/80er-Jahren noch: »Tous au Larzac – Alle auf den Larzac«, so heißt es heute: »Tous pour nôtre dame des landes – Alle für nôtre dame des landes«.[2]

Schließen wir mit Walter Benjamins Frage nach dem revolutionären Weg:

»Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.«

Im Internet ist eine eindrückliche Dokumentation des Widerstands gegen den geplanten Flughafen zu finden: »Nôtre Dame des Luttes«, Jean-Francois Castell, 52 Minuten: www.youtube.com/watch?v=_Z0mfkeGp34

* *»On lâche rien« (»Wir lassen nicht locker«), so der Titel eines Songs der Gruppe »HK & Les Saltimbanks« von der aktuellen CD »Les Temps Modernes«, der zur Hymne der Occupy-Bewegung in Frankreich, Spanien und Quebec wurde. Siehe: www.youtube.com/watch?v=x6_7Mbp76jU*

Anmerkungen:

1 *Der »Front de Gauche« ist eine linke Wahlplattform, die aus drei Parteien besteht: Gauche Unitaire, Parti de gauche und Parti communiste français*

2 *Wer mehr erfahren möchte, dem sei der wunderbare Film über die Auseinandersetzung auf dem Larzac von Christian Rouaud empfohlen.*

Höllenpläne

Genug von »Just in time« und unfreiwilliger Teilzeit – Einzelhandelsbeschäftigte in den USA ergreifen Initiative

»Schedules from Hell«, so übertitelt die Zeitschrift Labor Notes in ihrer Dezember-Ausgabe einen Beitrag von Jenny Brown*, der eine ganz eigene Sicht auf den Kampf um die Länge des Arbeitstags vermittelt. Während die Beschäftigten in der Autoindustrie sich den Achtstundentag erneut erkämpfen müssten und Wäschereibeschäftigte ihrem Boss beibringen müssten, was das Wort »Wochenende« bedeute (zwei weitere, lesenswerte Berichte zum Thema Arbeitszeit in den USA, die sich in der gleichen Ausgabe finden), wären die Beschäftigten des Einzelhandels froh, sie könnten auch nur annähernd vierzig Stunden in der Woche arbeiten. Wir dokumentieren, weil die Frage, wie mit der Ausweitung von unfreiwilliger Teilzeit umzugehen ist, hierzulande noch viel zu wenig diskutiert ist:

Wieder einmal wird der Ruf nach einer Vierzigstundenwoche laut – aber für die Beschäftigten im Einzelhandel hat er eine vollkommen neue Bedeutung. Teilzeitkräfte fordern: Schluss mit den unberechenbaren Dienstplänen! Wir brauchen genügend Arbeitsstunden, um überleben zu können!

»Ich habe mein Haus verloren. Ich habe den Sohn verloren, den ich gerade adoptieren wollte.« Cory Parker sieht die Verantwortung dafür bei der Geschäftsleitung von Walmart in Tupelo/Mississippi, die ihm nicht genug Stunden gibt, um davon leben zu können. »Und ich bin nicht der Einzige. Wir verlieren unser Zuhause, weil wir keine Stunden bekommen.« Parker ist bei der Beschäftigtengruppe *OUR Walmart* aktiv, die für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen beim größten privaten Arbeitgeber der Welt kämpft.

Willkürliche Dienstpläne und mangelnde Arbeitsstunden waren auch 2011 die zentralen Themen, als es darum ging, eine Target-Filiale in Valley Stream/Long Island zu organisieren. »Sie gaben uns teilweise nicht mal fünfzehn Stunden in der Woche«, berichtet Tashawna Green. Und während sie und ihre KollegInnen nicht einmal annähernd so viele Stunden bekamen, wie sie gebraucht hätten, fragten die Filialleiter sie noch, ob sie nicht Bekannte hätten, die sich gerne bewerben würden. Nach einem aufreibenden Kampf verlor die Gewerkschaft die Abstimmung über ihre Anerkennung in dieser Filiale.

Aktuell hat die Gewerkschaft *Retail Workers* (RWDSU) den Bekleidungseinzelhändler Abercrombie and Fitch in New York City ins Visier genommen. Dort sind die Teilzeitarbeitsverträge laut Kassiererin Bintou Kamara bei zehn Wochenstunden gedeckelt.

Das von der Gewerkschaft unterstützte *Retail Action Project* (RAP) führt die Kampagne an. Es unterstützte die Beschäftigten dabei, mit Petitionen und Demonstrationen vor den Geschäften auf die alles andere als nachhaltige Schichtplangestaltung aufmerksam zu machen. Die Beschäftigten schwenkten riesige Schilder, auf denen sie öffentlich den Vorwurf der »Unterbeschäftigung« gegen ihren hochgradig imagesensiblen Arbeitgeber erhoben.

Fortsetzung auf Seite 18 oben

des öffentlichen Lebens. Basisgewerkschaften wie die Sud-Solidaires und die CGT-Gewerkschaften attackieren selbst vor Gericht verantwortliche Manager wegen Körperverletzung mit Todesfolge.

Wir wollen uns in dieser Bildungswoche mit unterschiedlichen Akteuren treffen, die alle in diese Auseinandersetzung um das Leiden bei der Arbeit – *la souffrance au travail* – einbezogen sind und sich engagieren.

Auf dem Programm stehen Treffen mit

- Eric Beyel von der Gesundheitskommission der *solidaires*
- Danièle Linhardt, Gesundheitssoziologin
- Kollegen vom *observatoire de la santé publique*
- Kollegen von Renault und France Télécom
- einem Theaterkollektiv, das ein Stück zum Thema erarbeitet hat
- Autoren eines Kriminalromans zum Thema.

Zeit & Ort: *5. bis 10. Mai 2013, Paris*
Seminarleitung: *Willi Hajek, Jeremy Clarke, Peter Bach*
Teilnahmebeitrag: *280 Euro (Einzelzimmerzuschlag 145 Euro)*
Kontakt & Anmeldung: *Forum Eltern und Schule, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund, Tel. (0231) 14 80 11; ab-fesch@t-online.de*

Wein- und Umsturzgelüste

Politisch-historische Tour de Pfalz

Die Pfalz ist nicht nur als Weinbaugebiet interessant – auch als Ort der Demokratiebewegung in Deutschland kann sie in Erinnerung gebracht und unter die Lupe genommen werden. Der Politikwissenschaftler und Geograph Thomas Handrich bietet politische Radreisen in der Region an – eigenfüßig pedalierend getestet und für gut befunden von unserem Redaktionsmitglied Anton Kobel. Aus dem Programm:

»Wir werden uns zunächst mit den Auswirkungen der Französischen Revolution in der Pfalz befassen. Diese wurde keineswegs nur abgelehnt. Kurz nach der Revolution befreiten sich Dörfer von feudalen Zwängen, rund um Bergzabern wurde kurzerhand eine Republik nach französischem Vorbild ausgerufen. Wenige Jahrzehnte später ereignete sich das berühmte Hambacher Fest. Es konnte nur hier, wo die demokratische Opposition am Stärksten war, stattfinden. Und auch 1849 war die Pfalz, mit Kaiserslautern als Zentrum, für kurze Zeit Hauptstadt des Pfälzischen Aufstandes zur Verteidigung der ersten demokratischen Verfassung in Deutschland.«

Vom historischen Weinort Rhodt unter Rietburg werden verschiedene historisch und kulinarisch interessante Orte angesteuert.

Termine: *14. bis 20. Juli 2013* und *12. bis 16. September 2013*
Vorbereitung & Leitung: *Thomas Handrich*
Kosten: *690 Euro / 500 Euro (ermäßigt 550 / 400 Euro)*
Informationen & Anmeldung: *www.politische-radreisen.de; Thomashandrich1@aol.com, Tel.: (0163) 960 6125*

Anders wirtschaften – aber wie?

Testfeld Bodenkultur: 4. Kongress »Solidarische-Ökonomie« in Wien

Lasst 100 Blumen blühen: Am 22. und 24. Februar 2013 findet in Wien ein Kongress zur Frage statt, wie das weite Feld der Solidarischen Ökonomie bestellt werden kann. Auf der Suche nach konkreten Möglichkeiten nicht-kapitalistischen Wirtschaftens werden so unterschiedliche Aspekte wie Grundeinkommen, (Wissens-) Allmende, Tauschringe, Selbstverwaltung von Häusern und Betrieben, Fairer Handel, Interkulturelle Gemeinschaftsgärten, Volxküchen, Regionalwährungen, Genossenschaften und öffentliche Dienstleistungen besprochen. Der *express* unterstützt dabei vor allem den Austausch zwischen VertreterInnen besetzter Betriebe in Serbien, Griechenland und Argentinien (s. den Beitrag von Peter Haumer in dieser Ausgabe).

So vielfältig wie die Themen fallen auch die Formen der Auseinandersetzung aus: Vom klassischen Vortrag über *Open Space* bis hin zu Performances sind die TeilnehmerInnen zu allem eingeladen bzw. aufgefordert. Der Kongress wird von einer ehrenamtlichen Vorbereitungsgruppe organisiert, die nicht nur bei der inhaltlichen Gestaltung auf die Mitwirkung aller setzt: Auch Küche, Kinderbetreuung, Übersetzungen und vieles andere soll nach Möglichkeit gemeinsam bewältigt werden.

Das umfassende Kongressprogramm mit seiner Vielzahl an Einzelveranstaltungen ist auf der Internetseite der KongressinitiatorInnen zu finden.

Programm & Informationen: *www.solidarische-oekonomie.at/*
Termin: *22. bis 24. Februar 2013*
Ort: *Universität für Bodenkultur, Peter Jordan Straße 82, 1190 Wien*

Leserliches

To be read – To be continued

Auf in die demokratiefreie Zone: Wer Blockupy 2013 will, muss Blockupy 2012 lesen können

Paradoxie des Sicherheitsstaates: Im Mai 2012 verhinderte ein riesiges Polizeiaufgebot die angekündigte Blockade des Frankfurter Bankenviertels mittels einer vollständigen Blockade

Quer-stellen statt quer-lesen
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen: 4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen und Infos: www.akweb.de

Fortsetzung von Seite 15 oben

Dienst je nach Wetter – Software macht's möglich

Der Konzern Walmart ebnete in den 1990er Jahren mit Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr und intensivem Einsatz von Teilzeitkräften den miesen Dienstplänen den Weg. Ketten wie Jamba Juice (Fastfood), Pier One (Möbel) und Aéropostale (Bekleidung) benutzen inzwischen eine Software, die die Schichten in Viertel(!)stunden-Häppchen zerhackt. Diese Software bezieht in ihre Prognose der Kundenströme laufend auch aktuelle Daten aus Wettervorhersage und Verkaufszahlenauswertung mit ein, so dass Planänderungen in letzter Minute nichts Ungewöhnliches mehr sind.

Die Konsequenzen sind tiefgreifend. In einer 2011 durchgeführten Umfrage bei 436 New Yorker Einzelhandelsbeschäftigten hatten 70 Prozent keine Ahnung, wie ihr Schichtplan für die nächste Woche aussehen würde. Nur 17 Prozent hatten laut einer Studie der *City University of New York* (CUNY) und des RAP einen festen Einsatzplan. Viele wussten frühestens zwölf Stunden im Voraus, wann oder ob sie arbeiten würden. Von 20 Prozent der Befragten erwartete der Arbeitgeber »immer oder häufig«, am Vorabend oder zu Beginn des Arbeitstages telefonisch anzufragen, ob sie im Plan stehen.

Die Software verwehrt es den Beschäftigten auch, einen zweiten Job anzunehmen, indem sie ihnen Stunden streicht, wenn sie einmal nicht verfügbar waren. Das kann existenzielle Konflikte verursachen: »Wenn Du Dich für die Familie oder die Gesundheit entscheidest, könntest Du Deinen Job verlieren«, fasst Organizerin Ademola Oyefeso von den *Retail Workers* in New York zusammen.

Beratungsfirmen preisen die schöne neue Flexibilität als Methode der Unterwerfung von ArbeiterInnen. So verrät Einzelhandelsberater Burt P. Flickinger III der *New York Times*: »Viele Teilzeitbeschäftigte spüren einen massiven Wettbewerbsdruck. Während ihrer begrenzten Stunden arbeiten sie sehr hart, um Eindruck auf die Manager zu machen, damit diese ihnen mehr Stunden geben.« Eine Arbeiterin beim Bekleidungseinzelhändler Club Monaco berichtet im Rahmen der erwähnten CUNY-Studie: »Unsere Verkäufe werden erfasst. Und Du weißt: Wenn Du unter einer bestimmten Marke bleibst, bekommst Du nächste Woche keine Stunden.« »Wir werden nach Stunden bezahlt, aber wir rackern uns ab, als würden wir auf Kommission verkaufen«, schildert eine andere Beschäftigte das System von Club Monaco.

»Weil sie es so wollen«

Die Arbeitgeber behaupten, die Beschäftigten wollen Teilzeit arbeiten, um zu studieren oder Kinder großzuziehen. Dabei macht ihre Forderung an die ArbeiterInnen, ständig verfügbar zu sein, jegliche Absprache über Kinderbetreuung, jede Kursteilnahme sowie generell eine normale Lebensplanung unmöglich.

Tatsächlich wuchs die Zahl der unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigten zwischen 2006 und 2010 von 644 000 auf 1,5 Mio. »Dieses explosive Wachstum von Teilzeitverträgen geht nicht auf eine freie Entscheidung der ArbeiterInnen zurück«, resümiert der CUNY-Bericht.

Neun US-Bundesstaaten schreiben gesetzlich einen Anwesenheitslohn vor: Wenn Beschäftigte zur Arbeit kommen, ihre Schicht dann aber gekürzt oder gestrichen wird, müssen sie dennoch für eine festgelegte Mindeststundenzahl bezahlt werden. In New York haben sie Anspruch auf die Bezahlung von vier Stunden, auch wenn sie tatsächlich kürzer arbeiten.

Das *Retail Action Project* informiert mit einer Broschüre zur Arbeitszeiterfassung über diese gesetzliche Regelung. Es macht den ArbeiterInnen Mut, ihren Anwesenheitslohn zu verlangen, und empfiehlt ihnen, die gearbeiteten Stunden aufzuschreiben – mit denen man sonst schnell durcheinander kommt, wenn sich die Pläne jeden Tag ändern –, um sicher zu gehen, dass sie korrekt bezahlt werden.

Sozialversicherungsleistungen umgehen

Die Praktiken der Arbeitszeitplanung verschärfen zudem das Problem der Krankenversicherungslücken. Die Schichtplanungssoftware von Walmart warnt die Manager, wenn Beschäftigte sich einer Stundenzahl nähern, ab der sie Anspruch auf eine Krankenversicherung hätten. Nur 29 Prozent der Befragten der CUNY-Studie erhielten entsprechende Leistungen. Wie Evelin Cruz, Aktivistin bei *OUR Walmart*, berichtet, fordert die Gruppe das Unternehmen auf, »eine bezahlbare Krankenversicherung zur Verfügung zu stellen, damit wir nicht auf Medicaid[1] zurückfallen, obwohl wir einen Job haben.«

Perverse Anreize in der neuen Bundesgesetzgebung zur Krankenversicherung werden Arbeitgeber vermutlich dazu veranlassen, den Anteil der Teilzeitjobs noch zu erhöhen. Denn ab 2014 müssen Arbeitgeber mit über 50 Beschäftigten, die den Vollzeitbeschäftigten (über 30 Wochenstunden) keine adäquate Krankenversicherung bieten, eine Strafe von 2 000 Dollar pro ArbeiterIn bezahlen.

Der Konzern Darden Restaurants, dem die Restaurantketten Red Lobster, Olive Garden und Capital Grille gehören, hat bereits angekündigt, den Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Reaktion auf dieses Gesetz erhöhen zu wollen. Dabei arbeiten schon jetzt drei Viertel der Darden-Beschäftigten Teilzeit. Auch John Schnatter, Chef von Papa John's Pizza, hält es für wahrscheinlich, dass seine Franchiseunternehmen Stunden kürzen werden, um die Versicherung zu umgehen.

Schwarzer Freitag[2]

Letztes Jahr öffnete Walmart seine Läden um 20 Uhr am Abend von Thanksgiving. Dieses Jahr ziehen Target, Toys R Us und Sears nach. »Im Wesentlichen bedeutet das, dass Thanksgiving für hunderttausende ArbeiterInnen ausfallen wird«, beklagt Dan Schlademan, Organizer des Projekts *Making Change at Walmart* bei den *Food and Commercial Workers*, »da sie die Läden für den Verkauf vorbereiten müssen.« Die ruinierten Feiertage, sagt er, haben dem Organizing von *OUR Walmart* im letzten Jahr einen Schub gegeben.

Rund 160 Beschäftigte legten letzten Monat im Rahmen eines eintägigen Streiks gegen ungerechte Beschäftigungspraktiken in Läden in Dallas, Seattle, Washington D.C., Miami, Sacramento und Los Angeles die Arbeit nieder. 200 machten sich zur Walmart-Zentrale in Arkansas auf, anstatt zur Arbeit zu gehen.

Sie kreisten Manager David Scott ein und bildeten im Stil von *Occupy Wall Street* ein »Volksmikrofon«, um ihrer Botschaft Gehör zu verschaffen. »Wir sind hier, weil wir nicht genug Stunden bekommen«, skandierten sie. »Wir sind hier, weil wir nicht für unsere Familien sorgen können.« Die ArbeiterInnen forderten Walmart auf, die Schikanen gegen ihre Gruppe zu beenden, aber diese dauern laut Schlademan an. Seit den Aktionstagen wurden Mitgliedern der Gruppe die Stunden gekürzt, und etliche wurden gefeuert.

Nun sprechen sich Mitglieder von *OUR Walmart* dafür aus, die Läden am *Black Friday* gewaltlos zu stören, durch Aktionen und weitere Arbeitsniederlegungen. *Jobs with Justice* und *Occupy* haben vor, mit den Beschäftigten Flugblätter zu verteilen und zu demonstrieren. »Wir werden darauf bestehen, dass diese Probleme gelöst werden«, sagt Colby Harris, der bei Walmart in Dallas beschäftigt ist. »Sie können uns nicht ignorieren.«

Cory Parker und seine KollegInnen in Tupelo hatten am 8. November noch keine Dienstpläne für Thanksgiving bekommen. »Keiner weiß, womit er an diesem Tag zu rechnen hat«, sagt er, denn die Manager in seinem Laden wissen nicht, wie viele Leute die Arbeit niederlegen werden.

Quelle: *Labor Notes, Dezember 2012*
Übersetzung: *Anne Scheidhauer, TIE Bildungswerk e.V.*

** Jenny Brown ist Redakteurin der Labor Notes. jenny@labornotes.org.*

Anmerkungen:

1 *Medicaid ist die zusammenfassende Bezeichnung für staatlich finanzierte Programme auf Bundes- und auf Bundesstaatenebene, mit denen eine basale Gesundheitsversorgung für ›einkommensschwache‹ Teile der US-Bevölkerung gewährleistet werden soll. (Anm. d.Ü.)*

2 *Black Friday (nicht zu verwechseln mit dem Tag des Börsencrashs im Jahre 1929) wird in den USA der Freitag nach Thanksgiving genannt. Da Thanksgiving, das höchste Familienfest des Jahres, immer auf den vierten Donnerstag im November fällt, gilt der darauffolgende Black Friday als Start in ein traditionelles Familienwochenende und als Beginn der Weihnachtseinkaufssaison. Die meisten Amerikaner haben an diesem Tag Urlaub und nutzen diesen für erste Weihnachtseinkäufe, entsprechend groß sind die Umsätze in den Geschäften. Viele Läden und Handelsketten öffnen schon in den frühen Morgenstunden – bislang üblicherweise um fünf Uhr – und bieten Sonderangebote, Rabatte und Werbegeschenke. Deshalb warten viele Menschen nachts in langen Schlangen vor den Geschäften, um Schnäppchen zu ergattern. Seit 2005 werden in den USA am Black Friday die höchsten Umsätze des Jahres erzielt. (Anm. d.Ü.; Quelle: wikipedia)*

---

des Frankfurter Bankenviertels. Die Aktionstage nahmen so einen ganz anderen Verlauf als jenen, den das »Blockupy-Bündnis« aus globalisierungskritischen und bewegungslinken Gruppen, Occupy-AktivistInnen, GewerkschafterInnen und Mitgliedern der Linkspartei im Vorfeld ersonnen hatte. Drastische Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit waren der Preis, den hessische Politik und Ordnungsbehörden zu zahlen bereit waren. Zwar überlagerte der Streit um Grundrechte so das ursprüngliche politische Anliegen; trotzdem markierte Blockupy einen Fortschritt in den Versuchen der Linken in Deutschland, in den Protesten gegen das europaweite Spardiktat mitzumischen.

Inzwischen sind Vorbereitungen für einen zweiten Anlauf im Gange. Das Blockupy-Bündnis ruft für den 31. Mai und 1. Juni 2013 erneut zu Aktionen und einer Großdemonstration in Frankfurt auf. Passend zur Mobilisierungsphase ist jetzt, herausgegeben und verlegt vom globalisierungskritischen Netzwerk attac, ein aufwändig gestalteter Band zur Dokumentation und Auswertung der vergangenen Aktionstage erschienen. Neben verschiedenen Texten aus dem gesamten Spektrum der InitiatorInnen umfasst er zahlreiche großformatige Fotos. Aus dem Ankündigungstext: »Trotz aller nüchternen inhaltlichen Auseinandersetzung ist der Band emotional geraten; die Schrecken der allgegenwärtigen Polizeipräsenz, die Atmosphäre der Willkür, das Moment der Hilflosigkeit, aber auch kleine und große Siege, überraschend fröhliche Augenblicke und die Stärke der großartigen Abschlussdemonstration – alle Höhen und Tiefen dieser Tage sind in diesem Buch zu finden.«

Beiträge u.a. von: Attac, ums Ganze!-Bündnis, Interventionistische Linke, Occupy, ver.di, »Die Linke«, No Troika-Bündnis, Grüne Jugend, Griechisches Komitee für ein Schuldenaudit, Attac Norwegen

Information & Bezug: attac: *»Blokkupy – Europäischer Widerstand in der demokratiefreien Zone«, Attac Trägerverein 2012, 180 Seiten, 14,95 Euro, ISBN 978-3981321425, zu beziehen über www.shop.attac.de*

Der arabische Frühling als Aufbruch der ArbeiterInnen

Neues aus der Ränkeschmiede – Jenseits von Jasmin und anderen Bürgerrechts-Duftmarken

Verfolgt man hierzulande die massenmediale Berichterstattung zu den Entwicklungen in Tunesien und Ägypten seit dem so genannten arabischen Frühling, scheint der Drops schon fast gelutscht: Nach einem kurzen Aufblitzen von Emanzipations- und Demokratisierungshoffnungen scheint den gröbsten Anforderungen bürgerlicher Grundrechte Genüge getan, den Rest erledigt der sattsam bekannte Gott des neoliberalen Sachzwangs Hand in Hand mit islamistischen Reaktionären. Wie unvollständig dieses Bild ist, zeigt eine von dem TIE-Mitarbeiter Michael Fütterer erstellte Broschüre, die die deutlich längere Geschichte der ArbeiterInnen- und Frauenbewegungen in den beiden Ländern in den Mittelpunkt rückt. Der soziale Widerstand war ein wichtiger Faktor im Vorlauf der Revolten von 2010 und 2011. Inwiefern es diesen großen emanzipatorischen Bewegungen in Zukunft gelingt, den Lauf der Dinge zu beeinflussen oder zu bestimmen, ist noch längst nicht ausgemacht – wenn man den Boden mythologisierender Deutungen verlässt, wie es diese Broschüre tut.

Sie umfasst Texte zu Geschichte und Situation von Ägypten und Tunesien und zur ArbeiterInnen- und Frauenbewegung in den beiden Staaten. Ergänzt werden sie um Interviews mit einem Historiker und verschiedenen AktivistInnen.

Information & Bezug: *Michael Fütterer: »Ein Aufbruch der ArbeiterInnen. Der Arabische Frühling in Tunesien und Ägypten«, Ränkeschmiede Nr. 21, hrsg. von AFP e.V./tie – Internationales Bildungswerk e.V., Dezember 2012, 52 Seiten.*
Die Broschüre kann für 5 Euro zzgl. Porto bestellt werden bei: tie – Internationales Bildungswerk e.V., Heidestr. 131, 60385 Frankfurt, Telefon: (069) 977 60 666, info@tie-germany.org.

Lieber Umwege als Sackgassen

Edgar Weick über die Lebenserinnerungen von Andreas Buro

Ist der Eindruck falsch? Es ist still geworden um die pazifistische Friedens- und Konfliktforschung. Liegt das daran, dass die Disziplin im Zuge ihrer akademischen Etablierung ihren politisch-pazifistischen Impetus verloren und sich zu einer zunehmend zahnlosen Institutionenkunde oder aber zur Legitimationswissenschaft für die Außenpolitik gewandelt hat? Oder ist der Eindruck nur entstanden, weil die von den Medien erzeugte Öffentlichkeit kaum noch Notiz von der Kärrnerarbeit jener Menschen nimmt, die sich seit Jahrzehnten der Kriegslogik widersetzen und nach immer neuen Wegen und Konzepten suchen, einer friedlichen und zivilen Konfliktbewältigung Chancen zu eröffnen? – Und wie verhalten wir uns gegenüber der tagtäglichen Kriegsberichterstattung und den moralischen Nötigungen, die durch die Bilder und Berichte auf uns einwirken? Wer stellt noch diese Frage und hat den Mut zu einer entschiedenen Antwort?

Wer die Erinnerungen von Andreas Buro, die »Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten« liest, kann nachvollziehen, wie schwer es ist, sich dem Naheliegenden zu entwinden. Der Pazifismus, der Andreas Buro auszeichnet, ist keine moralische Haltung, mit der er aufgewachsen ist und der er glaubenstreu sein Leben lang gefolgt ist. Es ist ein Pazifismus, der aus politischer Erfahrung und begriffener Geschichte herausgearbeitet wurde. Ein Lebensweg durch eine Welt wird beschrieben, in der kaum etwas als selbstverständlich angesehen werden kann, in der ein Hin- und Hergerissen-Werden nach immer neuen Entscheidungen drängte, ein Lebensweg, der dann letztlich diesen Andreas Buro so hat werden lassen, wie ihn viele heute kennen: ein unbeugsamer Kopf in der deutschen Friedensbewegung, ein Mann, dessen Stimme und Argumente ein großes Gewicht haben, obwohl er sich doch immer eher der leisen Töne bediente.

Andreas Buro gibt Einblick in sein Leben. Seine Erinnerungen sind geradezu Material für das, was man »soziales Lernen« in einem umfassenden Verständnis nennen könnte. Er offenbart Privates, das viele seiner Wegbegleiter, die meinten, ihn gut zu kennen, wahrscheinlich hier zum ersten Mal erfahren. War es das »gute Leben«, von dem heute so viele billig reden, das uns hier in einer Bilanz beschrieben wird? Es war ein erfülltes Leben an den historischen Fronten seiner Zeit, von ungebrochener Hoffnung getragen und von der ständigen Gefahr des Scheiterns begleitet.

Andreas Buro, 1928 in Berlin geboren, stammt aus einer bürgerlichen Familie, die ihm einen gänzlich anderen Lebensweg vorgezeichnet hat als diesen, auf den er nun zurückblicken kann. Er ist geprägt durch die Erfahrungen, die Buro als Jugendlicher noch im Kriege machen musste, in der militärischen Gemeinschaft einer Ritterakademie und als fünfzehnjähriger Flakhelfer im Kriegseinsatz. Frühe Tagebuchaufzeichnungen geben bedrückende Einblicke in das Leben eines Jugendlichen, der in den Sog des Militärischen geraten und der Faszination von Ruhm und Ehre erlegen ist. In die Nachkriegszeit führen »unsichere Schritte« und ein für uns heute geradezu unverständliches Bedürfnis, »Deutschland wieder stark und groß zu machen«. Dies sei hier erwähnt, um den weiten Weg zu markieren, den Andreas Buro vom Pimpf und Flakhelfer zum angesehenen kritischen Politikwissenschaftler und unermüdlichen Aktivisten in der Friedensbewegung zurückgelegt hat.

Er wird Waldarbeiter, studiert zuerst an der Humboldt-Universität in Berlin und dann Forstwirtschaft in Eberswalde, erträgt ein Berufsverbot in der DDR und beginnt eine Karriere in der Industrie und in der Holzforschung. Seine beruflichen Wege führen in den Westen. Bei seinem behutsamen Suchen nach einem politischen Engagement entflammt in ihm seine erste große Liebe. Die gegenseitige Zuneigung ist hier in Gedichten nachzulesen, die eine eigene Veröffentlichung wert wären – wie übrigens auch andere Gedichte, die in diesem Buch zu finden sind.

Die Zeit des beginnenden politischen Engagements ist die Zeit, die Andreas Buro selbst als sein »Doppelleben« bezeichnet. Über die »Internationale der Kriegsdienstgegner« findet er 1960 zum Ostermarsch. Der politische Kampf gegen die Atombewaffnung hatte damals eine breite Unterstützung gefunden. Es war vor allem ein moralischer Protest, der die Menschen auf die Straße trieb. Und so sah sich Buro auch selbst: »Nicht als Systemgegner, sondern systembejahend habe ich mich in die Arbeit gegen die Atomwaffen begeben« (S. 97). Es ist ein großes Verdienst dieses Buches, die damals beginnende Friedensbewegung als eine Bewegung tiefgreifender Lernprozesse und auch sein eigenes Lernen biographisch als Teil dieses Prozesses zu beschreiben. Sehr schnell hat sich das Aktionsfeld für Andreas Buro ausgeweitet. Friedenspolitik bekam durch internationale Kooperationen neue Dimensionen. Bis zu den letzten Seiten dieses Buches wird von den Schauplätzen und Lernorten berichtet, auf denen sich dieses bewegte Leben abspielte – politisch, wissenschaftlich und ganz persönlich.

Andreas Buro: »Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten«, Verlag Brandes & Apsel, Frankfurt a. M. 2011, 325 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3860997093

Es mag so manchen Leser überraschen, dass die Darstellung dramatischer politischer Entwicklungen manchmal abbricht und das Familiäre in den Vordergrund tritt. Biographien sind der Ort, an dem aufgezeigt werden kann, wie im Leben eines Menschen, der als Exponent einer großen Bewegung wahrgenommen wird, das Politische von »Privatem« durchwirkt ist, von dem wir uns oft viel zu wenig gegenseitig mitteilen. In diesem Buch erfahren wir so manches über einen Andreas Buro, der viel Kraft und menschliches Vermögen auch für seine Familie aufgebracht hat.

Übergänge werden beschrieben, persönliche und politische. Andreas Buro beginnt ein weiteres Studium, das der Politikwissenschaft. Er wird Hochschullehrer in Frankfurt und konzentriert sich auf die Friedens- und Konfliktforschung. In der internationalen Arena bewegt er sich als Wissenschaftler, als politischer Berater, als Lernender und Suchender bis in die heutigen Tage hinein. Vietnam, der Nahe Osten, Jugoslawien, Afghanistan, die Türkei, es gibt kaum eine Region dieser durch Kriege geschundenen Welt, auf die sich Andreas Buro nicht analytisch und friedensdenkend eingelassen hätte. Das kam allen Politikfeldern zugute, in denen er eine politisch gestaltende Rolle übernommen hat: Nach dem Ende der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« war es das Sozialistische Büro, danach das Komitee für Grundrechte und Demokratie, dessen friedenspolitischer

Fortsetzung auf Seite 20

ABER ES GIBT AUCH BEDEUTEND SCHÄBIGERE ORTE, IN DEN EHEMALIGEN KOHLEABBAUGEBIETEN, IN RUDNYANI ZUM BEISPIEL, GEMEINSCHAFTEN, VERWÜSTET VON ALKOHOL UND INZUCHT. MILAN BEGLEITET UNS NUR UNGERN, ER WILL NIE WIEDER DORTHIN ZURÜCK.

Leserbrief zu Joachim Hirsch: Bricht der Kapitalismus zusammen?

in: express 12/2012

Liebe Redaktion,
zum x-ten Male wird einer linken Öffentlichkeit erklärt, dass der Kapitalismus sich nicht selbst abschafft. Wer hätte das gedacht … und vor allem, wer hätte das jemals behauptet? Es hört einfach nicht auf! Fällt das Reizwort »Zusammenbruch«, dann spult eine bestimmte Sorte linker Theoretiker gebetsmühlenartig die gleiche Leier ab.
Wer sich etwas auskennt, der weiß, dass weder Rosa Luxemburg noch Henryk Grossmann, diese beiden wohl bekanntesten »Zusammenbruchstheoretiker«, mit einem ökonomischen Zusammenbruch die »Selbstabschaffung des Kapitalismus« verbanden. Mir ist auch nicht bekannt, dass Robert Kurz mit seiner Theorie einer »finalen Krise« das jemals behauptet hätte. Warum also ständig dieses Spielchen?
Da wollen uns Leute auf den Weg der Reformen einschwören, die diesen Zusammenbruch vermeiden sollen, den Kapitalismus sozusagen in sanfteres Fahrwasser überführen. Galt noch bis vor wenigen Jahren allein die Annahme einer Krise, die ökonomischen Zusammenbruch der Kapitalakkumulation bedeutet, für ausgemachte linksradikale Spinnerei, so stellt man sich jetzt mehr oder weniger gezwungenermaßen den Tatsachen. Die versuchte Orientierung und Konzentration auf reparierenden Sozialreformismus aber bleibt bestehen! (…) Am Schluss stehen dann oft so denkwürdige Sätze wie dieser von Joachim Hirsch:
»Angesichts dessen lohnte es sich vielleicht, mal wieder genauer darüber nachzudenken, ob er wirklich die beste aller denkbaren gesellschaftlichen Ordnungen ist.«
Aber »es lohnt« (?) sich halt nur »vielleicht«! Tatsächlich offenbar nicht. Entweder denkt der Mann nicht darüber nach oder er verheimlicht seine tollen, möglicherweise sogar »genaueren«, Gedanken! Und auf diese Weise betreibt man »self-fullfilling prophecy«. So nämlich kann eine tiefe Krise niemals zur Grundlage für Bestrebungen der Lohnabhängigen werden, den Kapitalismus abzuschaffen. Entweder diese Leute wollen gar keine Überwindung des Kapitalismus, oder aber sie selbst sind es, die auf »Selbstabschaffung« hoffen. Anderenfalls würden sie es nicht bei solchen Schlusssätzen belassen. (Die müssten verboten werden…)
Wer also wirklich den Kapitalismus abschaffen will, muss mit einem ökonomischen Zusammenbruch – einiges dazu hab ich ja schon gesagt – als einer notwendigen objektiven Bedingung rechnen. Er muss – sich vorbereitend – praktisch-programmatisch an einem konkreten Konzept des Übergangs zu einer Gesellschaft arbeiten, die in Produktion und Reproduktion folgendes realisiert:
- Gemeineigentum statt Privateigentum
- gesellschaftliche Kooperation statt Konkurrenz
- Selbstbestimmung in Selbstverwaltung statt Fremdbestimmung durch Kommando über fremde Arbeitskraft

Das erfordert keine andere »Wirtschafts- und Sozialpolitik«, sondern die Aktivität der großen Masse der Menschen selbst, ferner die Rücknahme der vom Staat wahrgenommenen gesellschaftlichen Funktionen in und durch die Gesellschaft (auf Basis einer »Selbstregierung der Kommunen« – wie es Marx im »Bürgerkrieg in Frankreich« nannte) und die Beseitigung des politischen Charakters der öffentlichen Gewalt. Wer darüber heute nicht sprechen will, hat keine Perspektive sozialer Emanzipation zu bieten. Der sorgt im Übrigen selbst dafür, dass – wenn die Situation da und die Möglichkeit gegeben ist – es zu keiner sozialen Umwälzung kommen kann, der Kapitalismus nicht abgeschafft wird.
Man kann so etwas auch konkreter diskutieren. Dazu muss es überhaupt mal an- und ausgesprochen werden. Aber, wie ich mittlerweile weiß, ist der »Staatssozialismus« – in welcher Form auch immer – in den Köpfen der Leute wohl die größte Barriere dafür. Da setzt man vor allem auf andere »Wirtschafts- und Sozialpolitik« einer zentralisierten Staatsmacht.
Die Perspektive sozialer Emanzipation liegt darin, dass Belegschaften beginnen – wie jetzt in einer Baustofffirma in Griechenland (zu Viomihaniki Metalleutiki s. in dieser Ausgabe S. 14) – den Betrieb zu besetzen und ihn in Selbstverwaltung weiter zu führen. Die Perspektive sozialer Emanzipation liegt im Widerstand gegen Privatisierung, im Kampf um Kommunalisierung und Demokratisierung wie jetzt in der europäischen Initiative gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft. Dazu schreibt ein Kommentator der FR vom 12. Februar 2013:
»Auf lokaler Ebene verstehen die Menschen sehr wohl, worauf es ankommt. Auf Autonomie und Selbstbestimmung – nicht nur beim Wasser«.

Herzliche Grüße
Robert Schlosser

Fortsetzung von Seite 19 oben

Sprecher Buro heute noch ist. In dieser Arbeit ist er zum konsequenten Pazifisten geworden.

So sehr diese Biographie das persönliche Leben in der Geschichte der Zeit und gegen die herrschenden Kräfte dieser Zeit beschreibt, es ist kein Geschichtsbuch. Es ist ein Buch, das die Anstrengungen immer neuer Realitätsbewältigungen thematisiert, sowohl in der internationalen Politik als auch in seiner allernächsten Nähe. So stehen nebeneinander die Blockaden in Mutlangen, die Arbeit an der Universität, das Engagement für Menschen in einem Flüchtlingsheim, neue persönliche Beziehungen, internationale Konferenzen, die Auseinandersetzungen mit den Befürwortern militärischer Interventionen auf dem Balkan. Ein wichtiges Kernstück dieses Buches ist die Kritik der »humanitären militärischen Interventionen«, in gewissem Sinne eine friedenspolitische Bilanz.

Andreas Buro denkt am Ende seines Buches über zwei Zukunftsszenarien nach: über eine zunehmende Militarisierung und Entdemokratisierung der Staaten mit den entsprechenden Folgen einerseits und über eine Entwicklung verstärkter Dialogbereitschaft und Kooperation vor dem Hintergrund wachsender Kosten und Risiken militärischer Machtpolitik andererseits. Sehr vorsichtig wird eine Hoffnung ausgesprochen: »Mich plagt so die Frage, was die Friedensbewegung beitragen kann, um die Tendenzen in Richtung des zweiten Szenariums zu verschieben. Mit dem Bemühen um die Entfaltung ziviler Konfliktbearbeitung arbeiten wir sicher in diesem Sinne.« (S. 315)

In einem sehr schönen Brief an seinen Freund Volker Böge, mit dem das Buch noch einmal einen nachdenkenden Abschluss findet, verwendet Andreas Buro selbst das Wort »Puzzleteile« für seine Autobiographie. Das ist zu bestätigen.

Nachtrag

Für den *express*[1] muss den »Puzzleteilen« zu dieser Lebenserinnerung noch ein weiteres hinzugefügt werden, das auf den entsprechenden Seiten seines Buches nicht zu finden ist. Andreas Buro wird ihm die nötige Bedeutung nicht zugemessen haben. Nach Auffassung des Rezensenten sollte aber hier doch an diesen geradezu beispiellosen Vorgang erinnert werden. Er belegt, wie mit einem streitbaren Pazifisten vor gar nicht so langer Zeit im Meinungsstreit umgegangen wurde, um ihn politisch, intellektuell und menschlich mundtot zu machen.

Andreas Buro hatte sich mit einem längeren Artikel, der am 8. September 1995 in der *Frankfurter Rundschau* unter dem Titel »Acht Säulen, um darauf den Frieden zu stellen« veröffentlich wurde, an der Debatte um eine militärische Intervention im Bosnien-Krieg beteiligt. Damals hatte sich Joschka Fischer, der zu dieser Zeit einer der Sprecher der Fraktion »Bündnis 90/Die Grünen« im Bundestag war, in einem Grundsatzpapier für eine militärische Intervention zum Schutz der Zivilbevölkerung ausgesprochen. Andreas Buro bezeichnet in diesem Artikel diesen grauenvollen Krieg als »einen ganz normalen Krieg mit allen kriegsüblichen Grausamkeiten«, er untersucht die Gefahren, die bei einer Eskalation drohen, und prüft die »humanitären« Begründungen für militärische Einsätze. Vor diesem Hintergrund entfaltet er ein differenziertes Instrumentarium einer zivilen und pazifistischen Konfliktbearbeitung und Konfliktbewältigung. Er weiß, wovon er spricht und ist sich durchaus bewusst, welche Energie aufgebracht werden müsste, um erfolgreich einen solchen Weg einzuschlagen. Er schreibt am Ende seiner Skizze, die ja ein Beitrag zu Klärung geradezu existentieller Fragen einer weltweiten Friedenspolitik ist: »Auf diesem schwierigen Weg werden wir stets von Trauer und Empörung über das Morden in Europa und der Welt heimgesucht sein. Niemand wird es schnell überwinden können. Darum müssen wir die Spannung aushalten zwischen unserem Wunsch, das Grauenhafte sogleich zu stoppen, und unserer Verantwortung, einen zukunftsträchtigen Weg zu bauen. Auf ihm ist die humanitäre Hilfe die einzige Erleichterung.«

Zu diesem Artikel erscheint am 16. September 1995 ein Leserbrief von Micha Brumlik unter der Überschrift: »Entschuldigung für jeden denkbaren Völkermord«. Brumlik interessiert sich überhaupt nicht für die gedanklich diffizile und von erheblichen moralischen Skrupeln gekennzeichnete Skizze. Er schreibt:

»Der Völkermord bosnischer Serben an bosnischen Muslimen hat die letzten Illusionen über die deutsche Friedensbewegung zerstört, die in Gestalt von Andreas Buro nicht nur ihren längst bekannten politischen, sondern jetzt auch ihren ethischen Bankrott erklärt hat *(FR, 8. September 1995 »Acht Säulen, um darauf den Frieden zu stellen«).* Indem dieser Autor den Tod irakischer Soldaten in Folge kriegerischer Handlungen der von den UN ermächtigten Streitmacht im Golf-Krieg mit der Selektion und Ermordung wehrloser muslimischer Männer durch eine bosnisch-serbische Soldateska gleichsetzt, hat er die Basis jeder zivilisierten, rechtlichen Argumentation verlassen. Indem Buro das bewußte Erschießen wehrloser Zivilisten – muß man ihn daran erinnern, daß auch das Ermorden von Kriegsgefangenen völkerrechtlich nicht zulässig gewesen wäre – als ganz ›normale‹ Kriegshandlung bezeichnet, tut er nichts anderes als Ernst Nolte, der die nationalsozialistische Judenverfolgung als mindestens verständliche deutsche Kriegshandlung bewertet. Die Gleichsetzung von *wirklichen Kombattanten* hier und *wehrlosen Zivilisten als möglichen Kombattanten* dort stellt nichts anderes dar als eine Entschuldigung für jeden denkbaren Völkermord. Mit Vertretern dieser Position gibt es nichts mehr zu diskutieren: Sie erweisen sich nicht nur als der Differenzierung unfähig, sondern auch moralisch als unzurechnungsfähig.«

Für die Friedens- und Konfliktforschung ist dieser Leserbrief ein Dokument, das nicht in den Zeitungsarchiven verschwinden darf. Es ist ein Dokument der intellektuellen Waffen, mit denen offenbar auch in einer zivilisierten Welt noch Differenzen ausgetragen werden. Der Pädagoge Micha Brumlik und der Politologe Andreas Buro waren Hochschullehrer an der gleichen Universität, sie kannten sich persönlich aus gemeinsamer politischer Arbeit. Brumlik ist gebeten worden, sich zu dieser Diffamierung zu äußern und hat geschwiegen. Andreas Buro wird am 9. März der Göttinger Friedenspreises 2013 der Stiftung Dr. Roland Röhl verliehen. Er wird in seiner Rede »Friedens- oder Kriegs-Politik, das ist die Frage nach unserer Zukunft« der ungebrochen »streitbare Pazifist« bleiben.

Anmerkung:

1 *Die Rezension ist ohne diesen Nachtrag erschienen in der HLZ, Nr. 12/2012*

In den nächsten Ausgaben: Schrittchen für Schrittchen ins Grundeinkommensparadies • Organizing im Bankenviertel • Fleischberge – ein Übelkeit erregender Branchenzustand • Pest: Werkverträge in der Autoindustrie • Und schon wieder: Entgeltstrukturreformen, Fortsetzung der Commons-Serie **Nächster Redaktionsschluss: 10. März 2013**

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007
- ☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006
- ☐ *Andrea Gabler:* »Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe ›Socialisme ou Barbarie‹«, Hannover 2008
- ☐ *Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel, Uli Wohland:* »Kampagnen. Eine Kampfform der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, Frankfurt 2007

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);
- ☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
- ☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
- ☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen

- ☐ gegen Rechnung
- ☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung: AFP, Sparda-Bank Hessen eG, Kto.-Nr. 3 95 00 37 (BLZ 500 905 00); Zusatz Ausland: iban: DE28 5009 0500 0003 9500 37, swift: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Henke Druck, Berlin